

Deutschland im Kampf



9.10.40







Deutschland im Kampf

**Dieser Band enthält die Berichtszeit
vom 1. September bis 31. Dezember 1939
Er ist aufgeteilt in acht Halbmonats-Lieferungen**





Der Führer

Presse-Illustrationen Hoffmann, Berlin



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirigent A. J. Berndt

Reichspropagandaministerium

Oberstleutnant von Wedel

Oberkommando der Wehrmacht

Erste September-Lieferung

(Nr. 1 der Gesamtlieferung)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9



3053



Geleitwort

„Deutschland im Kampf“ ist der Titel dieser Sonderausgabe des Archiv.

Deutschland im Kampf? Befindet sich das Reich nicht seit 1914 ununterbrochen im Kampf, im Kampf um seine innere und im Kampf um seine äußere Freiheit? Gewiß — aber nun hat dieser Kampf seine höchste Steigerung gefunden. Nun heißt es für das deutsche Volk, sich zu bewähren und, um mit einem Wort von Goethe zu sprechen, allen Gewalten zum Trotz sich zu erhalten; gilt es, den Ring zu sprengen, den Deutschlands Gegner um seine Grenzen zu legen sich mühten, das Würgeband zu zerreißen, das Deutschland erdroffeln soll. Das deutsche Volk ist in diesen Kampf mit einer Geschlossenheit und Entschlossenheit hineingegangen wie nie zuvor in der Geschichte. Es ist in diesen Kampf gegangen mit der festen Gewissheit, daraus als Sieger hervorzugehen und für diesen Sieg ohne Rücksicht und ohne Zögern Alles einzusetzen.

So trägt der Kampf, der Deutschland jetzt aufgezwungen wurde, einen ganz anderen Charakter als frühere Kriege. Es fehlten die stürmischen Begeisterungskundgebungen beim Auszug der Truppen, es fehlten aber auch die großen Siegesfeiern und die starken Worte. Es fehlt die Viertischpolitik und das Parlamentsgeschwätz, es fehlen die Vereinsreden von der stolzen Größe unserer Zeit. Um so mehr empfindet jeder Deutsche bis in die letzte Gütte hinein diese Größe. Es fühlt jeder, daß der geschichtliche Entscheidungskampf entbrannt ist, von dem Sein oder Nichtsein Deutschlands und des deutschen Volkes abhängen wird. Wir wissen, daß wir siegen werden, wenn wir niemals die Lehren der Geschichte und die Lehren der letzten 25 Jahre vergessen.

Um das Geschehen dieser Tage, das für jeden Deutschen zur stolze-
sten Erinnerung seines Lebens gehören wird, für alle Zeiten fest-

zubehalten und jedem Deutschen die Möglichkeit zu geben, sich rückschauend die Vorgänge seit den letzten Augusttagen unseres Jahres 1939 wieder gegenwärtig zu machen, ist dieses Werk ins Leben gerufen worden „Deutschland im Kampf“.

Wer als Kind den Weltkrieg erlebte, der wird sich erinnern, wie damals die Schüler die wöchentlich erscheinende Ausgabe des Gesamtwerkes erstanden, das den Titel trug „Der Weltkrieg“. Gewiß, sie verstanden oft noch gar nicht, welches Geschehen hinter diesen Schlachtberichten stand, die gezeichnet waren: Der Generalquartiermeister gen. von Stein. Trotzdem haben sie mit heißem Herzen über den Lektoren gelesen und ein Bild daraus gewonnen, wie die Väter und Brüder draußen an den Fronten kämpften.

So soll diese Folge „Deutschland im Kampf“ nicht nur dem Erwachsenen in der Heimatfront, nicht nur unseren Soldaten und unserer kämpfenden Wehrmacht das eigene Erlebnis festhalten, sondern auch der Jugend die Möglichkeit geben, die Geschichte unserer Zeit im Werden zu verfolgen und verstehen zu lernen, damit sie alle die große Verpflichtung spüren, die der deutschen Nation vom Jüngling bis zum Greis in diesem großen Kampf am deutschen Schicksal erwächst. Im gesamten deutschen Volk aber soll sie das Gedächtnis an den Freiheitskampf Deutschlands verankern.

Berlin, im September 1939.

Die Herausgeber



Ministerialdirigent
im Reichspropagandaministerium



Oberstleutnant des Generalstabes
im Oberkommando der Wehrmacht

Zeittafel

1. 9. 39 Der Führer verkündet im Reichstag den Abwehrkampf gegen Polen (S. 8, 35).
Aufruf des Führers an die Wehrmacht (S. 15).
Erneuerung des Eisernen Kreuzes (S. 16).
Stiftung eines Verwundetenabzeichens (S. 17).
Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren (S. 41, 61).
Erlaß der Kriegswirtschaftsverordnung (S. 64, 68).
Staatsgrundgesetz der Freien Stadt Danzig über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich (S. 7).
Aufruf Gauleiter Forsters an die Danziger Bevölkerung (S. 8).
Lagebefehle der Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile (S. 15).
Gnadenerlaß des Führers für die Wehrmacht (S. 42).
Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen (S. 42).
Aufruf des zivilen Luftschutzes (S. 61).
Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels (S. 65).
Vereinfachung der Rechtspflege (S. 62).
2. 9. 39 Antwort des Führers an Kardinal (S. 9).
Aufruf des Stellvertreters des Führers über Wert und Wichtigkeit der Heimatfront (S. 9).
Vermittlungsvorschlag Mussolinis (S. 48).
Erlaß der Grenzonenverordnung (S. 62).
Sitzung des Reichsbankdirektoriums (S. 69).
Aufruf des Befehlshabers der slowakischen Armee (S. 18).
3. 9. 39 England und Frankreich erklären den Kriegszustand (S. 12, 48).
Aufrufe des Führers an das deutsche Volk (S. 9), an die NSDAP (S. 11), an die West- (S. 18) und Ostarmee (S. 19).
Eintritt Churchills und Edens in das Kriegskabinett Chamberlain (S. 50).
4. 9. 39 Verordnung über Gemeinschaftswerke in der gewerblichen Wirtschaft (S. 70).
5. 9. 39 Das oberschlesische Industriegebiet in deutscher Hand (S. 23).
6. 9. 39 Krakau kampfflos besetzt (S. 23).

7. 9. 39 Die Befähigung der Westerplatte ergibt sich (S. 24).
8. 9. 39 Deutsche Truppen erreichen Warschau (S. 24).
9. 9. 39 Gnabenerlaß des Führers für die Zivilbevölkerung (S. 42).
Rede Görings vor der Gefolgschaft der Rheinmetall-Vorfig-
Werke in Berlin-Legel (S. 55).
Neufassung des Arbeitsdienstgesetzes (S. 63).
10. 9. 39 Allgemeiner Paß- und Sichtvermerkswang für Auslands-
reisen (S. 63).
11. 9. 39 Konferenz der Oslo-Staaten in Brüssel (S. 72).
12. 9. 39 Beendigung der Vernichtungsschlacht bei Radom (S. 26).
Gesetz zur Änderung der Preisenordnung (S. 13).
Bekanntmachung über bedingtes Banngut (S. 14).
13. 9. 39 Über 60 000 Gefangene bei Radom (S. 26).
14. 9. 39 Der Ring um Warschau geschlossen (S. 26).
-

Dokumente

1. Politische

Das Staatsgrundgesetz über die Wiedervereinigung von Danzig mit dem Deutschen Reich

Am 1. September sendet Gauleiter Forster aus Danzig folgendes Telegramm an den Führer:

Mein Führer!

Ich habe soeben folgendes Staatsgrundgesetz, die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich betreffend, unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt:

Staatsgrundgesetz der freien Stadt Danzig,
die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich betreffend,
vom 1. September 1939

Zur Behebung der dringenden Not von Volk und Staat der freien Stadt Danzig erlasse ich folgendes Staatsgrundgesetz:

Artikel I

Die Verfassung der freien Stadt Danzig ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Artikel II

Alle Gesetzesgewalt und vollziehende Gewalt wird ausschließlich vom Staatsoberhaupt ausgeübt.

Artikel III

Die freie Stadt Danzig bildet mit sofortiger Wirkung mit ihrem Gebiet und ihrem Volk einen Bestandteil des Deutschen Reiches.

Artikel IV

Bis zur endgültigen Bestimmung über die Einführung des deutschen Reichsrechts durch den Führer bleiben die gesamten Gesetzesbestimmungen außer der Verfassung, wie sie im Augenblick des Erlasses dieses Staatsgrundgesetzes gelten, in Kraft.

Danzig, den 1. September 1939

Albert Forster,
Gauleiter.

Ich bitte Sie, mein Führer, im Namen Danzigs und seiner Bevölkerung, diesem „Staatsgrundgesetz“ Ihre Zustimmung zu geben und durch Reichsgesetz die Wiedereingliederung in das Deutsche Reich zu vollziehen.

In Ergebenheit gelobt Ihnen, mein Führer, Danzig unvergängliche Dankbarkeit und ewige Treue.

Hell Ihnen, mein Führer!

Albert Forster,
Gauleiter.

„Das Gesetz wird vollzogen“

Der Führer richtet am gleichen Tag das folgende Telegramm an Gauleiter Forster:

Ich nehme die Proklamation der freien Stadt Danzig über die Rückkehr zum Deutschen Reich entgegen. Ich danke Ihnen, Gauleiter Forster, allen Danziger Männern und Frauen für die unentwegte Treue, die Sie durch so lange Jahre gehalten haben.

Großdeutschland begrüßt Sie aus übervollem Herzen. Das Gesetz über die Wiedervereinigung wird sofort vollzogen.

Ich ernenne Sie zum Chef der Zivilverwaltung für das Gebiet Danzig.

Adolf Hitler.

Berlin, den 1. September 1939.

Aufruf an die Bevölkerung von Danzig

Gaulleiter Förster richtet an die Bevölkerung von Danzig die nachstehende Proklamation:

Männer und Frauen von Danzig!

Die Stunde, die Ihr seit 20 Jahren herbeigesehnt habt, ist angebrochen. Danzig ist mit dem heutigen Tage heimgekehrt in das Großdeutsche Reich. Unser Führer Adolf Hitler hat uns befreit. Auf den öffentlichen Gebäuden in Danzig weht heute zum ersten Male die Hakenkreuzfahne, die Flagge des Deutschen Reiches. Sie weht aber auch von den ehemaligen polnischen Gebäuden und überall im Hafen. Von den Türmen des alten Rathauses und der ehrwürdigen Marienkirche läuten die Glocken die Befreiungshunde Danzigs ein.

Wir danken unserm Herrgott, daß er dem Führer die Kraft und die Möglichkeit gegeben hat, auch uns vom Übel des Versailler Diktates zu befreien. Wir Danziger sind glücklich, nun auch Bürger des Reiches sein zu dürfen.

Danziger und Danzigerinnen!

Wir wollen in dieser feierlichen Stunde zusammenstehen, uns gegenseitig die Hand reichen und dem Führer das heilige Versprechen geben, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, für unser herrliches großes Deutschland.

Es lebe das befreite, wieder ins Reich heimgekehrte Deutsche Danzig! Es lebe unser großes deutsches Vaterland! Es lebe unser geliebter Führer Adolf Hitler!

Danzig, 1. September 1939.

Albert Förster,
Gaulleiter.

Der Führer verkündet im Reichstag den Abwehrkampf gegen Polen

Der Großdeutsche Reichstag nimmt am gleichen Tage das Danzig-Gesetz an.

Im Großdeutschen Reichstag verkündet der Führer und Reichschanzler Adolf Hitler am 1. September den Kampf der Abwehr gegen Polen für des Reiches Recht und Sicherheit (f. S. 35). Nach seiner Rede gibt Reichsinnenminister Dr. Frick den Wortlaut des Gesetzes über

die Wiedervereinigung der freien Stadt Danzig mit dem Reich

bekannt und beantragt als Führer der Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Zustimmung des Reichstags. Nachdem der Reichstag in allen drei Lesungen dem Gesetz seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilt hat, verkündet Reichstagspräsident Hermann Göring die einstimmige Annahme des Gesetzes. Er beendet die Sitzung mit den Worten:

Mein Führer!

Der Deutsche Reichstag in Vertretung des deutschen Volkes steht in dieser geschichtlichen Stunde

geschlossen und einmütig hinter dem Führer.

Er repräsentiert den Willen des deutschen Volkes, für die Ehre und Zukunft der Nation und des Reiches jedes, aber auch jedes Opfer zu bringen.

Er gelobt in diesem Augenblick vor der Nation, dem Führer blinde Treue und Gehorsam in jeder Not und in jeder Gefahr. Die einzelnen Mitglieder des Reichstages werden auf allen Plätzen, auf die sie gestellt sind, oder als Soldaten ihre Pflicht bis zum äußersten erfüllen.

Ihr Vertrauen auf die Wehrmacht ist unbegrenzt, ihre Überzeugung vom endgültigen Sieg in dem uns von Polen aufgezwungenen Kampfe zur Abwehr unerträglicher Übergriffe und zur Wiedergutmachung des uns zugefügten Versailler Unrechtes ist eine unerschütterliche. Der Reichstag verspricht in seiner eigenen Geschlossenheit jederzeit das Vorbild der Nation zu sein.

Abgeordnete!

Es lebe der Führer!

Sieg heil!

Der Führer antwortet Roosevelt

Präsident Roosevelt hat an alle Regierungen, die an etwaigen Feindseligkeiten beteiligt sein sollten, einen Appell gerichtet, öffentlich ihren Entschluß bekanntzugeben, daß ihre Truppen unter keinen Umständen Luftbombardements auf die Zivilbevölkerung oder auf unbefestigte Städte unternehmen werden unter der Voraussetzung, daß die gleichen Kriegsregeln auch von allen ihren Gegnern aufs genaueste befolgt werden.

Der Führer hat noch am gleichen Tage dem Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin seine Antwort mit der Bitte übermittelt, diese unverzüglich dem Präsidenten Roosevelt zur Kenntnis zu bringen.

Die Antwort des Führers hat folgenden Wortlaut: Die in der Botschaft des Herrn Präsidenten Roosevelt vertretene Auffassung, daß es ein Gebot der Menschlichkeit ist, bei militärischen Aktionen unter allen Umständen den Abwurf von Bomben auf nichtmilitärische Objekte zu unterlassen, entspricht durchaus meinem eigenen Standpunkt und ist von mir von jeher vertreten worden. Ich stimme daher dem Vorschlag, daß die an den jetzt im Gange befindlichen Feindseligkeiten beteiligten Regierungen öffentlich eine entsprechende Erklärung abgeben, bedingungslos zu. Meinerseits habe ich bereits in meiner heutigen Reichstagsrede öffentlich bekanntgegeben, daß die deutschen Luftstreitkräfte den Befehl erhalten haben, sich bei ihren Kampfhandlungen auf militärische Objekte zu beschränken. Es ist eine selbstverständliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung dieses Befehls, daß sich die gegnerischen Luftstreitkräfte an die gleiche Regel halten.

Berlin, 2. September 1939.

Adolf Hitler

Berlin, 2. September 1939.

Auf Weisung des Reichsministers des Auswärtigen, v. Ribbentrop, ist am Freitag der polnischen Botschaft in Berlin eine Note übermittelt worden, durch die der polnischen Botschaft mitgeteilt wird, daß die deutschen Luftstreitkräfte den Befehl erhalten haben, sich bei ihren Kampfhandlungen in Polen auf militärische Objekte zu beschränken. Der polnischen Botschaft ist gleichzeitig mitgeteilt worden, daß es eine selbstverständliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung dieses Befehls sei, daß die polnischen Luftstreitkräfte sich an die gleiche Regel halten. Sollte dies nicht der Fall sein, so werde deutscherseits sofort schärfste Vergeltung geübt werden.

An die Heimatfront

Der Stellvertreter des Führers verkündet in der Nacht zum 2. September mit der nachfolgenden Verlautbarung Wert und Wichtigkeit der Heimatfront:

In einer großen Zahl bei mir eingehender Gesuche bitten Parteigenossen, Ratt auf ihrem heiligen Posten, mit der Waffe in der Hand den Dienst für ihr Volk leisten zu dürfen.

Alle diese Gesuche müssen der Ablehnung verfallen.

So verständlich der in den Gesuchen zum Ausdruck gebrachte Wunsch ist: nicht der Wunsch des einzelnen ist entscheidend, sondern entscheidend ist das Gesamtinteresse.

Dieses verlangt, daß wichtige Stellen durch die geeignetsten Persönlichkeiten besetzt bleiben.

Jeder Parteigenosse erfüllt seine Pflicht auf dem ihm zugewiesenen Posten, bis ein neuer Befehl ihn zu neuer Verwendung bestimmt.

Berlin, Den 1. September 1939.

Rudolf Heß.

Aufruf des Führers an das deutsche Volk

Am 3. September erläßt der Führer den folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Seit Jahrhunderten hat England das Ziel verfolgt, die europäischen Völker der britischen Welt Eroberungspolitik gegenüber dadurch wehrlos zu machen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte proklamiert wurde, nach dem England das Recht in Anspruch nahm, den ihm jeweils am gefährlichsten erscheinenden europäischen Staat unter fadenhässlichen Vorwänden anzugreifen und zu vernichten.

So hat es einst die spanische Weltmacht bekämpft, später die holländische, dann die französische und seit dem Jahre 1871 die deutsche. Wir selber sind Zeugen gewesen des von England getriebenen Einkreisungskampfes gegen das Deutschland der Vorkriegszeit.

Sowie sich das Deutsche Reich unter seiner nationalsozialistischen Führung von den furchtbaren Folgen des Versailler Diktates zu erholen begann und die Krise zu überstehen drohte, setzte die britische Einkreisung sofort wieder ein. Die uns seit dem Weltkrieg bekannten

britischen Kriegshetzer wollen nicht, daß das deutsche Volk lebt.

Sie haben vor dem Weltkrieg gelogen, daß ihr Kampf nur dem Hause Hohenzollern oder dem Deutschen Militarismus gelte, daß sie keine Absichten auf Deutsche Kolonien hätten, daß sie nicht daran dächten, uns die Handelsflotte zu nehmen, und sie haben dann das Deutsche Volk unter das Versailler Diktat gezwungen. Die getreue Erfüllung dieses Diktats hätte früher oder später 20 Millionen Deutsche ausgerottet.

Ich habe es unternommen, den Widerstand der Deutschen Nation dagegen zu mobilisieren und in einer einmaligen friedlichen Arbeit dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot zu sichern. In eben dem Ausmaß aber, in dem die friedliche Revision des Versailler Gewaltdiktats zu gelingen schien und das Deutsche Volk wieder zu leben begann, setzte

Die neue englische Einkreisungspolitik

ein. Die gleichen Kriegsheher wie vor 1914 traten auf.

Ich habe England und dem englischen Volk zahlreiche Male die Verständigung und die Freundschaft des deutschen Volkes angeboten. Meine ganze Politik war auf dem Gedanken dieser Verständigung aufgebaut. Ich bin stets zurückgestoßen worden, und unter heuchlerischen Erklärungen wurden immer neue Vorwände gesucht, um den Deutschen Lebensraum einzuzengen und uns da, wo wir niemals britische Interessen bedrohten, das eigene Leben zu erschweren oder zu unterbinden.

England hat Polen zu jener Haltung veranlaßt, die eine friedliche Verständigung unmöglich machte. Es hat durch seine Garantieerklärung der polnischen Regierung die Aussichten eröffnet, ohne jede Gefahr Deutschland zu provozieren, ja anzugreifen zu dürfen.

Die Britische Regierung hat sich aber in einem getäuscht: Das Deutschland des Jahres 1939 ist nicht mehr das Deutschland von 1914! Und der Kanzler des heutigen Reiches heißt nicht mehr Bethmann-Hollweg.

Ich habe schon in meiner Rede zu Saarbrücken und in Wilhelmshaven erklärt, daß wir uns gegen die britische Einkreisungspolitik zur Wehre setzen werden. Ich habe vor allem keinen Zweifel darüber gelassen, daß trotz aller Schuld und Langmut die polnischen Angriffe gegen Deutsche sowohl als gegen die freie Stadt Danzig ein Ende finden müssen.

Geführt durch die britische Garantieerklärung und durch die Versicherung britischer Kriegsheher hat Polen geglaubt, diese Warnung in den Wind schlagen zu dürfen. Seit zwei Tagen kämpft nun die Deutsche Wehremacht im Osten, um

Die Sicherheit des Reichsgebiets

wiederherzustellen. Der polnische Widerstand wird von unseren Soldaten gebrochen.

England aber kann glauben: Heute sind im Deutschen Reich 90 Millionen Menschen vereint. Sie sind entschlossen, sich von England nicht abwürgen zu lassen. Sie haben nicht wie England 40 Millionen Quadratkilometer auf dieser Erde durch Krieg erobert. Aber sie haben den Willen, auf dem Boden, der ihnen gehört, zu leben, und sich dieses Leben von England auch nicht nehmen zu lassen.

Wir wissen, daß nicht das britische Volk im ganzen für all dies verantwortlich gemacht werden kann.

Es ist jene jüdisch-plutokratische und demokratische Herrenschicht, die in allen Völkern der Welt nur gehorsame Sklaven sehen will, die unser neues Reich haßt, weil sie in ihm Vorbilder einer sozialen Arbeit erblickt, von der sie fürchtet, daß sie ansteckend auch in ihrem eigenen Lande wirken könnte.

Den Kampf gegen diesen neuen Versuch, Deutschland zu vernichten, nehmen wir nunmehr auf. Wir werden ihn mit nationalsozialistischer Entschlossenheit führen. Die britischen Geld- und Machtpolitiker aber werden erfahren, was es heißt, ohne jeden Anlaß das nationalsozialistische Deutschland in den Krieg ziehen zu wollen.

Ich war mit seit Monaten bewußt, daß das Ziel dieser Kriegsheher ein schon seit langem gefaßtes war. Die Absicht, bei irgendeiner günstigen Gelegenheit Deutschland zu überfallen, stand fest. Mein Entschluß aber, diesen Kampf zu führen und zurückzuschlagen, steht noch fester.

Deutschland wird nicht mehr kapitulieren!

Ein Leben unter einem zweiten und noch schlimmeren Diktat von Versailles hat keinen Sinn.

Sklavenvolk sind wir nicht gewesen und wollen wir auch in Zukunft nicht sein! Was immer Deutsche in der Vergangenheit für den Bestand unseres Volkes und unseres Reiches an Opfern bringen mußten, sie sollen nicht größer gewesen sein als jene, die wir bereit sind, heute auf uns zu nehmen. Dieser Entschluß ist ein unerbittlicher.

Er bedingt daher einschneidende Maßnahmen. Er zwingt uns vor allem ein Gesetz auf:

Wenn der Soldat an der Front kämpft,

soil niemand am Fricge verdienen.

Wenn der Soldat an der Front fällt, soll sich niemand zu Hause seiner Pflicht entziehen. Wer sich diesen Geboten widersetzt, hat nicht damit zu rechnen, daß die Volksgemeinschaft auch auf ihn eine Rücksicht nimmt.

Im übrigen wissen wir:

Solange das deutsche Volk in seiner Geschichte einig war, ist es noch nie besiegt worden. Nur die Uneinigkeit des Jahres 1918 führte zum Zusammenbruch. Wer sich daher jetzt an dieser Einigkeit und Einheit veründigt, hat nichts anderes zu erwarten, als daß er als Feind der Nation vernichtet wird.

Wenn unser Volk in solchem Sinne seine höchste Pflicht erfüllt, wird uns auch jener Herrgott belächeln, der seine Gnade noch immer dem gegeben hat, der entschlossen war, sich selbst zu helfen.

Die für die Verteidigung und Sicherung des Reiches notwendigen Befehle werden erlassen, die für ihre Durchführung und Einhaltung vorgesehenen Männer bestimmt. Ich selbst beuge mich heute an die Front.

Berlin, 3. September 1939.

Adolf Hitler.

Aufruf des Führers an die NSDAP.

An die NSDAP. erläßt der Führer am 3. September den folgenden Aufruf:

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen!

Unser jüdisch-demokratischer Weltfeind hat es fertig gebracht, das englische Volk in den Kriegszustand gegen Deutschland zu ziehen. Die Gründe dafür sind genau so verlogen und fadensteinig, als es die Gründe 1914 waren. Darin hat sich nichts geändert. Aber geändert haben sich die Kraft und der Wille des Reiches, dieses Mal den uns aufgezwungenen Kampf mit jener Entschlossenheit zu führen, die nötig ist, um das neue beabsichtigte Verbrechen an der Menschheit zunächst zu machen.

Das Jahr 1918 wird nicht wiederkehren!

Die deutsche Wehrmacht wird im Osten in wenigen Wochen den von den Engländern gelegten Einkreisungsring zersprengen. Sie wird im Westen in der größten Festungsanlage aller Zeiten den deutschen Boden schützen.

Das deutsche Volk wird jedes Opfer bringen in der Erkenntnis, daß es seiner Zahl, seinem Werte und seiner geschichtlichen Vergangenheit nach diese Auseinandersetzung nicht zu fürchten hat. Geschlagen sind wir in der Geschichte nur dann geworden, wenn wir uneinig waren.

Daß das Deutsche Reich und Volk in diesen Krieg mit unzerstörbarer Einigkeit hinein- und herausgehen soll, sei unser aller Schwur. Darin liegt

die höchste Aufgabe für die nationalsozialistische Bewegung.

Wer sich den Gemeinschaftsanforderungen widersetzt, aus der Gemeinschaftsleistung sich entfernt oder wer glaubt, sie gar sabotieren zu können, wird dieses Mal unbarmherzig vernichtet.

Der brave Soldat an der Front soll wissen, daß uns sein Leben immer noch höher steht als das von Landesverrätern. Er soll aber auch wissen, daß in diesem Kampf erstmals in der Geschichte nicht von dem einen verdient wird, während die anderen verbluten.

Wer daher glaubt, sich in diesen schicksalhaften Monaten oder Jahren bereichern zu können, erwirbt kein Vermögen, sondern holt sich nur den Tod.

Ich mache alle nationalsozialistischen Funktionäre dafür verantwortlich, daß sie auch in ihrem persönlichen Leben vorbildlich die Opfer auf sich nehmen, die die Gemeinschaft zu tragen hat. Was wir heute besitzen, ist gänzlich belanglos, entscheidend ist nur eines: daß Deutschland siegt!

Was wir heute verlieren, ist ohne Bedeutung, wichtig aber ist, daß unser Volk seinem Angreifer widersetzt und damit seine Zukunft gewinnt. In wenigen Wochen muß die nationalsozialistische Volksgemeinschaft sich in eine auf Leben und Tod verschworene Einheit verwandelt haben.

Dann werden die kapitalistischen Kriegsherrn Englands und seiner Trabanten in kurzer Zeit erkennen, was es heißt, den größten Volksstaat Europas ohne jede Veranlassung angegriffen zu haben.

Der Weg, den wir heute beschreiten, ist nicht schwerer als der Weg von Versailles bis 1939.

Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen.

Berlin, den 3. September 1939.

Adolf Hitler.

England erklärt den Kriegszustand

Die Britische Regierung fordert in einer Note an die Reichsregierung die Zurückziehung der auf polnisches Gebiet eingedrungenen deutschen Truppen in ihre Ausgangsstellungen. England betrachte sich als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich, wenn nicht bis 11 Uhr in London eine befriedigende Antwort von der Deutschen Regierung erteilt werde. Darauf ist dem Britischen Botschafter folgendes Memorandum übermittelt worden:

Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie bezieht sich, darauf folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.

2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen.

Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre — dessen sind sich die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewußt — zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden.

„Wenn Verständnis hätte nicht die Abhilfe über die Forderung geführt, Polen zu verklären. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einfach-
willigen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der Abfassung dieses Diktates als für eine große
Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren.“

Auch britische Staatsmänner erklärten gerade die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettpolitik.

3. Die Britische Regierung hat — ein einmaliger Vorgang in der Geschichte — dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihrer militärischen Unterstützung zu.

Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen.

Die freie Stadt Danzig wurde gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und sozialpolitisch mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zernietet und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verbrüche gegen das Gesetz des Danziger Statuts wurden gebilligt und durch die ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt.

Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich mißhandelten Deutschen Bevölkerung, dennoch fünf Monate lang geduldig zugeesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Handlung zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden, und daß sie entschlossen sei, für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein Leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau auszubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit wahren zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten.

Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzuführen.

Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitschaft erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch die Intransigenz der von England gedeckten polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die

schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reiches, ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verflüchteten, hat sich die Deutsche Reichsregierung entschlossen, dieser fortwährenden und für eine Großmacht unerträglichen Bedrohung des erst äußeren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch sabotiert hatten, allein noch übrig bleiben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reiches zu verteidigen.

Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischen Absichten oder Verpflichtungen im Osten des Reiches Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter britischem Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das Deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, sich von Polen mißhandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutz des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Falle der Weigerung zu beherrschen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine Verständigung, ja, eine engste Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts bzw. jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Austrottung des deutschen Volkes predigen.

Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen.

Die im Auftrage der Britischen Regierung von Herrn King Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

Berlin, den 3. September 1939.

Frankreich erklärt den Kriegszustand

Am 3. September gegen 13 Uhr macht der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop Mitteilung davon, daß sich Frankreich, falls Deutschland nicht gewillt sei, seine Truppen aus Polen zurückzuziehen, ab 17 Uhr „verpflichtet“ sehe, Polen zu helfen.

Nach einer Meldung aus Paris vom 4. September hat die französische Regierung den in Paris beglaubigten diplomatischen Vertretungen am Abend des 3. September mitgeteilt, daß sich Frankreich mit Deutschland im Kriegszustand befinde.

Die polnischen Grausamkeiten

Das Deutsche Rote Kreuz hat am 12. September an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf das folgende Telegramm gerichtet:

Entgegen der strengen Beachtung aller völkerrechtlichen Bestimmungen und Gesetze der Menschlichkeit bei deutschen Kampfhandlungen üben deutsche Polen im Rückzug vor deutscher Besatzung auf Volksdeutsche grausamste Unmenschlichkeiten. Deutsches Rotes Kreuz hat dringenden Wunsch, daß das Internationale Komitee Vertreter entsenden möchte zu eigener Bezeugung bei völliger Freiheit der Feststellung. Zusammenhelfenfalls Benachrichtigung und unverzügliche Abreise von größter Dringlichkeit.

Gefetz zur Änderung der Disziplinarordnung

Die Reichsregierung hat in dem Bestreben, den friedlichen Seehandel soweit irgend anständig zu schonen, in der Deutschen Disziplinarordnung vom 28. August nur diejenigen für das feindliche Gebiet oder für die feindliche Streitmacht bestimmten Gegenstände und Stoffe zum unbedingten Banngut erklärt, die unmittelbar der Land-, See- oder Luftfracht dienen. Nachdem die britische Regierung jedoch eine Liste des unbedingten Bannguts aufgestellt hat, die weit über diesen Rahmen hinausgeht, sieht sich die Reichsregierung gezwungen, den Kreis des unbedingten Bannguts ebenfalls zu erweitern.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Als Banngut (unbedingtes Banngut) werden folgende Gegenstände und Stoffe angesehen, wenn sie für das feindliche Gebiet oder für die feindliche Streitmacht bestimmt sind:

1. Waffen jeder Art, ihre Bestandteile und ihr Zubehör.
2. Munition und Munitionsteile, Bomben, Torpedos, Minen und andere Arten von Geschossen, die für das Abschließen oder Abwerfen dieser Geschosse bestimmten Vorrichtungen, Pulver und Sprengstoffe einschließlich Sprengkapseln und Zündmittel.
3. Kriegsschiffe aller Art, ihre Bestandteile und ihr Zubehör.
4. Kriegsluftfahrzeuge aller Art, ihre Bestandteile und ihr Zubehör: Flugzeugmotoren.
5. Kampfwagen, Panzerkraftwagen und Panzerzüge, Panzerplatten jeder Art.
6. Chemische Kampfstoffe, die zu ihrem Abschließen oder Abblasen bestimmten Vorrichtungen und Maschinen.
7. Militärische Kleidungs- und Ausrüstungsgegenstände.
8. Nachrichten-, Signal- und militärische Beleuchtungsmittel und ihre Bestandteile.
9. Transport- und Verkehrsmittel und ihre Bestandteile, Zug-, Last- und Reittiere.
10. Kraft- und Heizstoffe aller Art, Schmieröle.
11. Gold, Silber, Zahlungsmittel, Schuldurkunden.
12. Geräte, Werkzeuge, Maschinen und Stoffe zur Herstellung oder zum Gebrauch der in den Ziffern 1 bis 11 genannten Gegenstände und Erzeugnisse.

Artikel 2

Artikel 1 dieses Gesetzes wird Artikel 22 Abs. 1 der Preisenordnung.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Führerhauptquartier, den 12. September 1939.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Keitel

Der Reichsminister des Auswärtigen

von Ribbentrop

Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gurtner

Bekanntmachung über bedingtes Banngut

Nachdem die britische Regierung eine Liste bedingten Bannguts aufgestellt und in diese Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter aufgenommen hat, sieht sich die Reichsregierung gezwungen, nunmehr auch ihrerseits entsprechend zu verfahren.

Es wird daher folgendes bekanntgemacht: Als Banngut (bedingtes Banngut) werden unter den Voraussetzungen des Artikel 24 der Preisenordnung vom 28. August 1939 folgende Gegenstände und Stoffe angesehen:

Nahrungsmittel (einschließlich lebende Tiere), Genussmittel, Futtermittel und Kleidung, Gegenstände und Stoffe, die zu ihrer Herstellung gebraucht werden.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 14. September 1939 in Kraft.

Berlin, den 12. September 1939.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Keitel

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine

Raeder

Der Reichsminister des Auswärtigen

von Ribbentrop

Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gurtner

2. Militärische

An die Wehrmacht!

Am 1. September 1939 erließ der Führer und Oberste Befehlshaber nachstehenden Rufruf:

Der polnische Staat hat die von mir erstrebte friedliche Regelung nachbarlicher Beziehungen verweigert, er hat statt dessen an die Waffen appelliert.

Die Deutschen in Polen werden mit blutigem Terror verfolgt, von Haus und Hof vertrieben. Eine Reihe von für eine Großmacht unerträglichen Grenzverletzungen beweist, daß die Polen nicht mehr gewillt sind, die deutsche Reichsgrenze zu achten. Um diesem wahnwichtigen Treiben ein Ende zu bereiten, bleibt mir kein anderes Mittel, als von jetzt ab Gewalt gegen Gewalt zu setzen.

Die deutsche Wehrmacht wird den Kampf um die Ehre und die Lebensrechte des wiederauferstandenen Deutschen Volkes mit harter Entschlossenheit führen.

Ich erwarte, daß jeder Soldat eingedenk der großen Tradition des ewigen deutschen Soldatentums seine Pflicht bis zum Letzten erfüllen wird.

Bleibt euch stets und in allen Lagen bewußt, daß ihr die Repräsentanten des nationalsozialistischen Großdeutschland seid!

Es lebe unser Volk und unser Reich!

Adolf Hitler.

Tagesbefehl an das Heer

Ebenfalls am 1. September erließen die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile Tagesbefehle:

Soldaten!

Die Stunde der Bewährung ist gekommen. Nachdem alle anderen Mittel erschöpft sind, müssen die Waffen entscheiden. Im Bewußtsein unserer gerechten Sache ziehen wir in den Kampf für ein klares Ziel: die dauerhafte Sicherung deutschen Volkstums und deutschen Lebensraumes gegen fremde Übergriffe und Machtansprüche.

Als Träger der stolzen Überlieferung der alten Armer wird das junge nationalsozialistische Heer das ihm geschenkte Vertrauen rechtfertigen. Unter dem Oberbefehl des Führers wollen wir kämpfen und siegen. Wir bauen auf die Entschlossenheit und Einigkeit des deutschen Volkes. Wir wissen um die Stärke und Kraft der deutschen Wehrbereitschaft. Wir glauben an den Führer.

Vorwärts, mit Gott für Deutschland!

Der Oberbefehlshaber des Heeres
von Brauchitsch,
Generaloberst.

Tagesbefehl an die Luftwaffe

Soldaten der Luftwaffe! Kameraden!

Wochen und Monate habt ihr mit geballten Fäusten und zusammengebißenen Zähnen die unerhörten und ungläublichen Provokationen erlebt, die ein dem Wahnsinn des Versailles Diktates entsprungenes Staatsgebilde dem Großdeutschen Reich zu bieten wagte. Das Maß ist voll, nicht länger mehr kann das deutsche Volk dem verbrecherischen Treiben zusehen, dem schon Hunderte und Tausende unserer Volksgenossen in den ehemaligen deutschen Ostprovinzen zum Opfer fielen. Jedes weitere Zögern wäre jetzt gleichbedeutend mit der Aufgabe der heiligen Lebensrechte der deutschen Nation.

Der Führer hat gerufen. Eure große Stunde ist da. Die Luftwaffe — jahrelang wirksamstes Instrument der Friedenspolitik des Führers — hat nun zu beweisen, daß sie in dem entscheidenden Augenblick für Erfüllung ihrer bewährten Aufgaben zur Stelle ist. Wertschätzend ist das Vertrauen des Führers und des deutschen Volkes zu euch. Als euer Oberbefehlshaber bin ich stolz und glücklich darüber, denn ich weiß mit selbstloser Gewißheit, daß jeder einzelne unter euch sich dieses Vertrauen in jeder Weise würdig zeigen wird.

Flieger! In blitzschnellem Zusatzen werdet ihr den Feind vernichten, wo er sich zum Kampfe stellt oder in der Auflösung zurückflutet. Ihr werdet jeden Widerstand zermürben und zerbrechen mit letztem opferfreudigem Einsatz.

Männer der Bodenorganisation! Ihr werdet freudig und gewissenhaft den Einsatz und die Sicherheit eurer Kameraden in der Luft vorbereiten und gewährleisten.

Flakartilleristen! Ihr werdet jeden Angreifer herunterholen. Jeder Schuß aus euren Geschützen wird dem Leben eurer Frauen, Mütter und Kinder, wird dem ganzen deutschen Volk die Sicherheit verbürgen.

Funker! Ihr seid die Träger des raschen und reibungslosen Zusammenwickelns in unserer Waffe. Ihr gebt unserer Waffe die Möglichkeit, den eigenen alles überragenden Angriff voranzutragen und den feindlichen Gegenstoß rechtzeitig abzufangen und zum Scheitern zu bringen.

Kameraden! Jedem von euch blitze ich jetzt ins Auge und verpflichte jeden von euch, alles zu geben für Volk und Vaterland. An eurer Spitze unser geliebter Führer, hinter euch die ganze im Nationalsozialismus geeinte deutsche Nation: Da gibt es für uns nur eine Lösung: Sieg.

Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe
Hermann Göring,
Generalfeldmarschall.

Tagesbefehl an die Kriegsmarine

Der Ruf des Führers ist an uns ergangen. Die Stunde der Entscheidung findet uns bereit, einzustehen für Ehre, Recht und Freiheit unseres Vaterlandes. Eingedenk unserer ruhmreichen Tradition werden wir den Kampf führen in unerschütterlichem Vertrauen auf unseren Führer und in festem Glauben an die Größe unseres Volkes und Reiches.

Es lebe der Führer!

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine
Raeder
Großadmiral, Dr. h. c.

Die vollziehende Gewalt in Danzig

Der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst von Brauchitsch richtete in der Nacht zum 2. September den nachstehenden Ruf aus an die Danziger Bevölkerung:

Deutsche Volksgenossen!

Die Stunde der Heimkehr ins Großdeutsche Vaterland ist gekommen. Deutsche Truppen haben euer Land in den Schutz und die Oberhoheit des Reiches übernommen. Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat mir vollziehende Gewalt im Gebiet des ehemaligen freistaates Danzig übertragen. Ich habe mit dieser Ausübung den Oberbefehlshaber der ostpreussischen Truppen beauftragt und unterstelle ihm den Bauleiter Forster als Chef der Zivilverwaltung.

Alle Anordnungen, die getroffen werden, dienen dem Wohle unseres Vaterlandes wie jedes einzelnen von euch und sind notwendig, um der Wehrmacht die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern. Alle Behörden und sonstigen Dienststellen versehen ihrer Aufgaben weiter.

In dieser großen und entscheidenden Stunde bin ich gewiß, daß ihr, wie bisher, in unverbrüchlicher Treue, Geslossenheit und Opferbereitschaft dem Führer folgen werdet.

Es lebe der Führer!

Der Oberbefehlshaber des Heeres
von Brauchitsch.

Plakate mit diesem Ruf aus sind im ganzen ehemaligen freistaatsgebiet öffentlich angebracht. Das Gebiet ist zum Operationsgebiet erklärt worden.

Das Eiserne Kreuz erneuert

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat eingedenk der heldenmütigen Kämpfe, die Deutschlands Söhne in den früheren großen Kriegen zum Schutz der Heimat bestanden haben, und im Hinblick auf den gegenwärtigen Abwehrkampf den Orden des Eisernen Kreuzes erneuert.

Das Eiserne Kreuz wird ausschließlich für besondere Tapferkeit vor dem Feinde und für hervorragende Verdienste in der Truppenführung in vier Stufen verliehen. Eine Verleihung für sonstige Verdienste oder nach Art des früheren Eisernen Kreuzes am weiß-schwarzen Band erfolgt nicht.

Neben dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse und dem Großkreuz, dessen Verleihung sich der Führer und Oberste Befehlshaber für überragende Taten vorbehalten hat, ist neu das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes geschaffen. Es wird als Halsorden getragen und ist etwa dem früheren Orden Pour le Mérite zu vergleichen. Das Band des Eisernen Kreuzes zeigt die Farben Schwarz-Weiß-Rot.

Entsprechend der nationalsozialistischen Grundhaltung der neuen Wehrmacht erfolgt die Verleihung aller Stufen ohne Unterschied des Dienstgrades. Auch der einfache Schmuck kann das Ritterkreuz, also den Halsorden, erhalten.

Ist der Ausgezeichnete schon im Besitz einer oder beider Klassen des Eisernen Kreuzes des Weltkrieges, so erhält er an Stelle eines zweiten Kreuzes eine silberne Spange.

Die Verordnung über die Erneuerung des Eisernen Kreuzes hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1

Das Eiserne Kreuz wird in folgender Abstufung und Reihenfolge verliehen:

Eisernes Kreuz 2. Klasse,
Eisernes Kreuz 1. Klasse,
Fitterkreuz des Eisernen Kreuzes,
Großkreuz des Eisernen Kreuzes.

Artikel 2

Das Eiserne Kreuz wird ausschließlich für besondere Tapferkeit vor dem Feinde und für hervorragende Verdienste in der Truppenführung verliehen.

Die Verleihung einer höheren Klasse setzt den Besitz der vorangehenden Klasse voraus.

Artikel 3

Die Verleihung des Großkreuzes behält ich mir vor für überragende Taten, die den Verlauf der Kampfhandlungen entscheidend beeinflussen.

Artikel 4

Die 2. Klasse und die 1. Klasse des Eisernen Kreuzes gleichen in Größe und Ausführung den bisherigen mit der Maßgabe, daß auf der Vorderseite das Hakenkreuz und die Jahreszahl 1939 angebracht sind.

Die 2. Klasse wird an einem schwarz-weiß-roten Bande im Knopfloch oder an der Schnalle, die 1. Klasse ohne Band auf der linken Brustseite getragen.

Das Fitterkreuz ist größer als das Eiserne Kreuz 1. Klasse und wird am Halse mit schwarz-weiß-rotem Bande getragen.

Das Großkreuz ist etwa doppelt so groß wie das Eiserne Kreuz 1. Klasse, hat an Stelle der silbernen eine goldene Einfassung und wird am Halse an einem breiteren schwarz-weiß-roten Bande getragen.

Artikel 5

Ist der Beliehene schon im Besitz einer oder beider Klassen des Eisernen Kreuzes des Weltkrieges, so erhält er an Stelle eines zweiten Kreuzes eine silberne Spange mit dem Hakenkreuz und der Jahreszahl 1939 zu dem Eisernen Kreuz des Weltkrieges verliehen, die Spange wird beim Eisernen Kreuz 2. Klasse auf dem Bande getragen, beim Eisernen Kreuz 1. Klasse über dem Kreuz angebracht.

Artikel 6

Der Beliehene erhält eine Bestätigungsurkunde.

Artikel 7

Das Eiserne Kreuz verbleibt nach Ableben des Beliehenen als Erinnerungsfuß den Hinterbliebenen.

Artikel 8

Die Verordnung über die Erneuerung des Eisernen Kreuzes hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 1. September 1939.

Der Führer
Adolf Hitler.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Keitel.

Der Reichsminister des Innern
Dr. Frick.

Der Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers
Dr. Meißner.

Stiftung eines Verwundetenabzeichens

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat durch Verordnung vom 1. September 1939 ein Verwundetenabzeichen gestiftet.

Das Verwundetenabzeichen gleicht dem Verwundetenabzeichen des Heeres im Weltkriege mit der Abweichung, daß der Stahlhelm ein Hakenkreuz trägt.

Das Verwundetenabzeichen wird ebenfalls in drei Stufen, in Schwarz, in Silber und in Gold, verliehen.

Die Verordnung lautet:

Als Ehrung für diejenigen, die bei tapferem Einsatz ihrer Person für das Vaterland durch feindliche Waffeneinwirkung verwundet oder beschädigt wurden, stifte ich das Verwundetenabzeichen.

Artikel 1

Das Verwundetenabzeichen wird in drei Stufen verliehen:



in Schwarz für ein- und zweimalige Verwundungen oder Beschädigungen,
in Silber für drei- und viermalige Verwundungen oder Beschädigungen,
in Gold für mehr als viermalige Verwundungen oder Beschädigungen.

frühere Verwundungen, für die bereits ein Verwundetenabzeichen verliehen wurde, werden für die Verteilung angerechnet.

Artikel 2

Das Verwundetenabzeichen ist das gleiche wie das des Heceres im Weltkrieg. Der Stahlhelm trägt ein auf der Spitze stehendes Hakenkreuz.

Artikel 3

Das Verwundetenabzeichen wird auf der linken Brustseite getragen.

Artikel 4

Mit der Durchführung der Verordnung beauftrage ich den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht in Verbindung mit dem Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers.

Berlin, den 1. September 1939.

Der Führer
Adolf Hitler.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Keitel.

„Der Reichspräsident
Friedrich

Der Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers
Dr. Meißner.

Aufruf an die slowakische Armee

Der slowakische Verteidigungsminister, General Catlos, hat an die slowakischen Truppen am 2. September 1939 folgenden Tagesbefehl gerichtet:

Offiziere, Feldwebel, Soldaten! Wieder steht das slowakische Volk, das slowakische Heer vor einer geschichtlichen Prüfung. Unsere Interessen haben uns mit der deutschen Armee verbündet und in ein feindliches Verhältnis zu Polen gestellt. Die Feindseligkeiten haben begonnen.

Danach, wie unsere Truppen sich im Kampf halten werden, wird man uns jetzt und in Zukunft beurteilen. Danach wird man uns werten, wird man uns messen und für uns eintreten. Auf unserer Entschlossenheit, Disziplin und Besonnenheit beruht jetzt auch die Lebensfrage unseres Bestehens für Staat und Nation. Wir müssen uns für alle Zukunft Achtung und Anerkennung erwerben. Ein entschlossenes Deutschland braucht einen entschlossenen Verbündeten. Den gemeinsamen Wunsch, die unterjochten Brüder in Polen zu befreien, werden wir in gemeinsamer Anstrengung erfüllen. Wir wollen unsere geschichtliche Mission erfüllen und durch Treue, Gewissenhaftigkeit und unbedingten Gehorsam die abgetrennten Gebiete wieder mit unserem slowakischen Staat vereinigen. Das ist ein glückliches Los unserer jetzigen Generation. Durch unsere Opfer werden wir den Dank unserer Nachkommen verdienen. Die Nation muß stolz sein auf ihre slowakische Armee, die sie durch Generationen ersehnte. Wir werden entweder siegen oder fallen!

Ich befehle, mannhaft in den Kampf zu gehen, wagemutig und energisch den Willen des Staatsoberhauptes, der slowakischen Regierung und der ganzen Nation zu erfüllen, unbedingt meine und meiner Unterkommandanten Befehle zu erfüllen, initiativ und tapfer die Freiheit der unfreien Slowaken zu erkämpfen. Gott helfe uns! Mit ihm werden wir siegen!

General Catlos,
Befehlshaber der slowakischen Armee.

An die Westarmee!

Am 4. September 1939 begab sich der Führer an die Ostfront. Zuvor erließ er noch folgende Aufrufe:

Soldaten der Westfront!

So wie vor dem Krieg hat England auch nach dem Kriege die Politik der Einkreisung gegen Deutschland weiter betrieben. Trotzdem Deutschland im Westen des Reiches an keinen anderen Staat Forderungen zu stellen hat, trotzdem Deutschland keinerlei territoriale Forderungen in diesem Gebiet beanspruchte, und trotzdem Deutschland gerade England genau so wie Frankreich so oft das Angebot einer herzlichen Verständigung, ja Freundschaft, gemacht hat, hat sich die britische Regierung, getrieben von den uns noch aus dem Weltkrieg her bekannten Kriegsheern, entschlossen, die Maske fallen zu lassen und unter einem fadenscheinigen Vorwand den Kriegszustand zu proklamieren.

Sie hat seit Monaten die polnischen Angriffe gegen Leben und Sicherheit der Volksdeutschen sowohl wie auch die Vergewaltigung der freien Stadt Danzig mit dem Versprechen gedeckt, Polen sofort

helfen zu wollen, wenn Deutschland dagegen sich zur Wehr setzen sollte. Nachdem nun Polen im Gefühl dieses Schicksals auch aggressive Angriffsakte gegen das Reichsgebiet unternommen hat, habe ich mich entschlossen,

Diesen um Deutschland gelegten Einkreisungsring zu sprengen.

Der Nichtangriffs- und Konsultationspakt mit Sowjetrußland gibt uns die Sicherheit einer Politik friedlicher Verständigung mit diesem größten Reiche des Ostens.

Seit zwei Tagen kämpfen nun in Erwiderung der polnischen Angriffshandlungen Teile der deutschen Wehrmacht im Osten zur Herstellung eines Friedens, der dem deutschen Volk Leben und Freiheit sichern soll. Ihr Vorgehen ist schon nach 48 Stunden überall von Erfolg begleitet. Obwohl nur ein kleiner Teil der deutschen Luftwaffe im Osten ihren Einsatz gefunden hat, beherrscht sie den gesamten polnischen Luftraum. Das deutsche Volk und eure Kameraden im Osten erwarten nun von euch, Soldaten der Wehrmacht, daß ihr unerschütterlich wie eine Mauer aus Stahl und Eisen die Grenze des Reiches gegen jeden Angriff hütet in einer Festungsanlage, die hundertmal stärker ist als die nie belagerte Westfront des Großen Krieges. Wenn ihr eure Pflicht tut, wird der Kampf im Osten in wenigen Wochen seinen erfolgreichen Abschluß gefunden haben. Und dann steht die Kraft des ganzen 90-Millionen-Staates hinter euch.

Als alter Soldat des Weltkrieges und als euer Oberster Befehlshaber begebe ich mich im Vertrauen auf euch heute zur Ostarmee.

Unsere platonischen Gegner werden erkennen, daß ihnen jetzt ein anderes Deutschland gegenübertritt als das vom Jahre 1914.

Berlin, den 3. September 1939.

Adolf Hitler.

An die Ostarmee!

Soldaten der Ostarmee!

Seit Monaten betreibt England seine schon vor dem Weltkrieg bekannte Politik der Einkreisung gegen Deutschland. Es versuchte zu diesem Zweck sich aller europäischen Staaten und Völker zu bedienen. Polen war ausersehen, in dieser Einkreisungsfront eine um so wichtigere Rolle zu spielen, als die Sowjetunion es ablehnte, ihre eigenen Interessen den englischen unterzuordnen.

Die dauernden Verfolgungen der Deutschen in Polen, der mit allen Mitteln begonnene Kampf gegen die freie Stadt Danzig zwangen mich zunächst, an unserer Ostfront die Maßnahmen zur Sicherung des Reiches zu treffen. Der Nichtangriffs- und Konsultationspakt mit Sowjetrußland hat die beiden größten und stärksten Staaten Europas in dem Willen geeint, ihre Völker niemals mehr gegeneinander kämpfen zu lassen.

Polen aber muß und wird als das wichtigste Glied der britischen Einkreisungs- und Vernichtungspolitik zum Frieden gezwungen werden.

Soldaten der Ostarmee! Ihr habt schon in knapp zwei Tagen Leistungen vollbracht, auf die ganz Deutschland mit Stolz blickt. Ich weiß, daß ihr die Größe der euch gestellten Aufgabe erkennt und euer Bestes tut, um zunächst diesen Gegner in höchster Schnelligkeit niederzuwerfen.

Der mit ungeheuren Mitteln ausgebaute Westwall wird unterdes Deutschland gegen Frankreich und England abschirmen und damit schützen.

Ich selbst begebe mich als alter Soldat des Weltkrieges und als euer Oberster Befehlshaber nach heute an die Front zu euch.

Berlin, 3. September 1939.

Adolf Hitler.

Tagesbefehl an die Truppen der Ostfront

Am 6. September 1939 erließ der Oberbefehlshaber des Heeres den nachstehenden Tagesbefehl:

Soldaten!

Krakau, Bromberg und Groubenz sind in unserer Hand. Der Korridor trennt nicht mehr Ostpreußen und Danzig vom deutschen Mutterland.

Der Feind ist auf der ganzen Front zurückgeworfen und im Rückzug. Altbewährte Frontkämpfer des Weltkrieges wie junge Soldaten haben in gleicher Weise Anteil an den in kurzer Zeit erzielten Erfolgen.

Im entschlossenen Einsatz hat unsere tapfere Luftwaffe euren Kampf hervorragend unterstützt.

Ich spreche euch allen Dank und Anerkennung aus für eure Leistungen, die sich würdig an die großen Tage des Heeres der deutschen Geschichte reißen.

Mit der Einnahme von Krakau hat das deutsche Heer auch das Grab des ersten Marschalls von Polen, Dillsudski, in seine Obhut genommen. Sein Ziel war der Friede mit Deutschland. Die Mißachtung seines Vermächtnisses führte zum Kriege.

Das Deutsche Heer achtet und ehrt diesen großen Soldaten. Auf Anordnung des Führers ist heute an seinem Grabmal in feierlicher Form eine Ehrenwache aufgezogen.

Soldaten! Tage großer Leistungen liegen hinter euch. Jetzt heißt es, dem Feind an der Klinge zu bleiben und alle Kräfte anzuspannen bis zur letzten Entscheidung!

In Vertrauen und Zuersticht steht ganz Deutschland hinter euch. Vor uns steht als Vorbild an persönlicher Mut und starker Entschlossenheit unser Führer und Oberster Befehlshaber.

Vorwärts zum Sieg!

von Brauchitsch,
Generaloberst.

Dank an die Flieger

Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe erließ am 7. 9. folgenden Tagesbefehl:

Soldaten der Luftwaffe!

Nach schnellen vernichtenden Schlägen ist die Luftheerschaft an der Ostfront euer. Kein feindliches Flugzeug vermochte die Verteidigung des Deutschen Luftraumes anzutasten. In treuer Kampferverbundenheit und schnell entschlossener Einsatzbereitschaft habt ihr hervorragenden Anteil an dem raschen Vordringen des Deutschen Heeres genommen. Ihr habt das Recht, auf die Erfolge stolz zu sein. Ich danke euch und mit mir das deutsche Volk, das mehr denn je in unbreitbarem Vertrauen auf seine Luftwaffe blickt.

Unser Führer und Oberster Befehlshaber ist bei euch an der Ostfront. Unter seinen Augen weiter vorwärts!
 Göring

Der Militärbefehlshaber in Danzig-Westpreußen

Der Militärbefehlshaber Danzig-Westpreußen erläßt am 14. 9. 39 folgenden Aufruf:

Der Oberbefehlshaber des Heeres hat mich zum Militärbefehlshaber in den Gebieten der früheren freien Stadt Danzig und der früheren polnischen Provinz Pommern ernannt. Die vollziehende Gewalt in diesem Bereich ist auf mich übergegangen.

Als meine vornehmste Aufgabe betrachte ich es zusammen mit dem mir beigegebenen Chef der Zivilverwaltung, Gauleiter Forster, die durch die früheren Zustände hervorgerufenen Schäden und Nöte zu beseitigen und Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen.

Ich erwarte von jedem einzelnen, daß er mich in diesem Bestreben in edler Volksgemeinschaft nach Kräften unterstützt. Sollte jemand passiven Widerstand leisten oder in anderer Form meinen Anweisungen zuwiderhandeln, so werde ich mit rückichtsloser Strenge einschreiten.

Danzig, 14. September 1939

Heih, General der Artillerie
Der Militärbefehlshaber Danzig-Westpreußen.

3. Wehrmachtberichte

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

1.9., 11.35 Uhr.

Auf Befehl des Führers und Obersten Befehlshabers hat die Wehrmacht den aktiven Schutz des Reiches übernommen.

In Erfüllung ihres Auftrages, der polnischen Gewalt Einhalt zu gebieten, sind Truppen des deutschen Heeres heute früh über alle deutsch-polnischen Grenzen zum Gegenangriff angetreten.

Gleichzeitig sind Geschwader der Luftwaffe zum Niederkämpfen militärischer Ziele in Polen gestartet.

Die Kriegsmarine hat den Schutz der Ostsee übernommen.

1.9., abends.

Im Zuge der deutschen Kampfhandlungen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen wurden an allen Fronten schon heute die erwarteten Anfangserfolge erzielt.

Die von Süden über das Gebirge vorgegangenen Truppen haben die Linie Neumarkt-Sudha erreicht. Südlich Märkisch-Ostrau ist die Olsa bei Teschen überschritten. Südlich des Industriegebietes sind unsere Truppen in Höhe von Kattowitz im zügigen Vordringen. Die aus Schlesien angeführten Truppen sind im flüssigen Vorgehen in Richtung Tschenschau und nördlich davon.

Im Korridor nähern sich unsere Truppen der Brahe und haben die Netze bei Nakel erreicht.

Dicht vor Graudenz wird gekämpft.

Aus Ostpreußen vorgehende Kräfte stehen tief auf polnischem Gebiet im Kampf.

Die deutsche Luftwaffe hat heute in wiederholten kraftvollen Einfällen die militärischen Anlagen auf zahlreichen polnischen Flugplätzen, so z.B. Rahmel, Duhig, Graudenz, Döfen, Plock, Łódź, Tomaszów, Radom, Kuda, Kattowitz, Krakau, Lemberg, Brest, Terespol angegriffen und zerstört.

Außerdem unterstützten mehrere Schlachtgeschwader wirkungsvoll das Vorwärtstommen des Heeres.

Die deutsche Luftwaffe hat sich damit heute die

Luft Herrschaft über den polnischen Raum erkämpft

obwohl starke Kräfte in Mittel- und Westdeutschland zurückgehalten wurden.

Teile der deutschen Seestreitkräfte haben Positionen vor der Danziger Bucht eingenommen und sichern die Ostsee.

Das in Neufahrwasser liegende Schulschiff „Schleswig-Holstein“ nahm die von den Polen besetzte Westerplatte unter Feuer.

In Gdingen wurde der Kriegshafen durch die Luftwaffe bombardiert.

2.9., vorm.

Die deutschen Truppen haben am Nachmittag des 1.9. den Vormarsch auf allen Fronten erfolgreich fortgesetzt. Heute früh sind die Bewegungen überall im Fortschreiten. Der Jablunkapass wurde schnell bezwungen.

Beim Einbruch der Luftwaffe wurden auf den angegriffenen und zerstörten polnischen Flugplätzen zahlreiche feindliche Flugzeuge vernichtet.

2.9., abends.

Das Vorgehen der deutschen Truppen brachte auf allen Fronten weitere schnelle Erfolge.

Die südlich des oberschlesischen Industriegebietes angeführte Kräftegruppe nähert sich Biela und hat Plesz genommen. Nördlich davon wurde eine polnische Bunkerlinie durchbrochen.

Nördlich des Industriegebietes nähern sich unsere Truppen der Warthe. Danzowerbände gehen nördlich Tschenschau auf Radomsko vor. Wielun ist genommen. Die über Kempen angeführten Teile sind in flottem Vorgehen auf Sieradz.

Die pommersche Kräftegruppe hat die Brahe überschritten und in kraftvollem Stoß mit Anfängen die Weichsel südwestlich Graudenz erreicht. Damit ist die Verbindung mit der aus Ostpreußen, Richtung Graudenz, angeführten Gruppe nahezu hergestellt.

Die im nördlichen Korridor befindlichen polnischen Heeresteile sind abgeschnitten.

Die Säuberung der Tucheler Heide ist im Gange.

Auch der aus Ostpreußen nach Süden angeführte Angriff gewann Boden. Deutsche Truppen sind im Vorgehen auf Przasnysz.

Die deutsche Luftwaffe hat heute blitzschnelle und wichtige Schläge gegen militärische Ziele in Polen geführt. Zahlreiche polnische Flugzeuge wurden im Luftkampf vernichtet. Auf der Erde wurden eine große Anzahl von Militärfliegerhorsten angegriffen, insbesondere bei Gdingen, Krakau, Lodz, Radom, Demblin, Brest-Litewsk, Lublin, Luck, Gotab, Warschau-Okecie, Posen-Lawica.

Die in den Hallen und auf den Rollfeldern befindlichen Flugzeuge gingen in Flammen auf.

Ferner wurden an den wichtigsten Bahnhöfen Gleisanlagen zerstört sowie Militärtransporte zum Entgleisen gebracht und im Rückmarsch befindliche Marschkolonnen mit Bomben belegt.

Die Munitionsfabrik Scharzysko-Kamienna flog nach einem Angriff in die Luft.

Nach dem Erfolgen des heutigen Tages ist damit zu rechnen, daß die polnische Fliegertruppe in ihrem Bestand aufs schwerste getroffen ist.

Die deutsche Luftwaffe hat die uneingeschränkte Luftherrschaft über dem gesamten polnischen Raum und steht nunmehr für weitere Aufgaben zum Schutze des Reiches zur Verfügung.

Die Seestreitkräfte vor der Danziger Bucht beschossen vormittags die Befestigungen auf Hela und den Kriegshafen Hela. Marine-fliegerverbände griffen mehrfach den Kriegshafen Gdingen mit Bomben an.

3.9.

Am gestrigen Nachmittag und in den heutigen Morgenstunden drangen weiter die deutschen Truppen auf allen Fronten erfolgreich tief auf polnischem Gebiet vor.

Tschernobrow wurde genommen.

Ostwärts von Wielun wurde die Warthe überschritten.

Ein Versuch der im Korridor abgetrennten polnischen Truppen, nach Süden durchzubrechen, wurde abgefragt. Berent ist in deutscher Hand.

Nach der entscheidenden Wirkung des Einsatzes der deutschen Luftwaffe von gestern beherrschten die Divisionen der beiden gegen Polen eingesetzten Luftflotten uneingeschränkt den polnischen Luftraum und stehen wieder einsatzbereit in ihren Abprunghäfen. Die Einheiten der bisher nicht eingesetzten Luftflotten stehen wie bisher in ihren Fliegerhorsten bereit.

4.9.

Von den aus Schlesien und südlich vorgehenden Truppen drängen nördlich der Hohen Tatra und südlich des Industriegebietes starke Kräfte dem auf Krakau zurückweichenden Gegner nach.

Ostwärts Pleß wurde

Der Weichselübergang erkämpft.

Nördlich des Industriegebietes folgen unsere Truppen dem zurückweichenden Feind über die Linie Koniepol-Kamienka und über die Warthe nordöstlich Wielun. Im schärften Vorgehen haben sie sich Sieracz auf 20 Kilometer genähert.

Die pomerische Kräftegruppe erreichte mit starken Kräften die Weichsel bei Kulm. Das Abschneiden der im nördlichen Korridor stehenden polnischen Kräfte ist damit vollendet.

Der deutsche Angriff gegen die Festung Graudenz ist im Nordosten in die Fortlinie eingedrungen.

Die aus Ostpreußen vorgehende Kräftegruppe nahm Drzasnau.

Polnische Kavallerie, die nördlich Treuburg versuchte in deutsches Land einzudringen, wurde zurückgeworfen.

Die deutsche Luftwaffe führte im Laufe des 3.9. vermehrt ihre Angriffe auf militärisch wichtige Verkehrsanlagen und größere Truppentransporte durch. Der wiederholte Einsatz von Schlacht- und Sturzkampffliegern trug wesentlich zu dem raschen Erfolg der aus Schlesien vorgehenden Truppen bei.

Die Bahnverbindungen Kutno-Warschau, Krakau-Lemberg, Kielce-Warschau, Thorn-Deutsch-Eylau wurden zerstört. Es sind zahlreiche Zugentgleisungen, Brände und Explosionen von Zügen festgestellt. Der Bahnhof Hohenfalsa liegt in Trümmern.

In Okecie bei Warschau wurde das dortige Flugzeugwerk schwer beschädigt. Die dort von den Polen bereitgestellten Festungsluftzeuge wurden vernichtet. Bei einem Luftkampf über Warschau wurden 7 polnische Flugzeuge und 1 polnischer Ballon ohne eigene Verluste abgeschossen.

Die Seestreitkräfte waren auch gestern erfolgreich tätig. Zerstörer haben die im Kriegshafen von Hela liegenden feindlichen Schiffe unter wirkungsvoller Feuer genommen. Vor der Danziger Bucht wurde ein polnisches U-Boot versenkt.

Luftangriffe gegen Gdingen und Hela wurden erneuert und brachten hierbei den polnischen Zerstörer „Wicher“ zum Sinken. Der Minenleger „Gryf“ wurde schwer beschädigt. Im Westen bisher keine Kampfhandlungen.

4.9., abends.

Durch das schnelle Zusammen der deutschen Truppen wurde der Pole verhindert, seine aus Gefangenen-ausgaben beständige Abwehr durchzuführen, die ausgebauten Warthe-Stellung zu halten. Ostrowo, Krotoschin und Lissa sind in deutscher Hand.

Heute morgen haben erstmalig Truppen aus dem Reich auf dem Landwege ostpreussischen Boden erreicht.

Das deutsche Ostheer brach am 4. September auf allen Fronten den feindlichen Widerstand und stieß unaufhaltsam weiter vor. Der Gegner geht stellenweise in Unordnung und schwer erschüttert zurück. Gefangenens- und Beutezahlen mehren sich und lassen sich zur Zeit noch nicht übersehen. Die 7. polnische Division wurde südostwärts Tschernstochau aufgetrieben, der Divisionsstab gefangen.

Im Süden wurde im scharfen Nachdrängen die Verfolgung auf Krakau fortgesetzt, der Skawarabchnitt bei Wadowice überschritten, weiter nördlich Zaworzno genommen. Überstürzt täumt der Feind das ostoberschlesische Industriegebiet. Bei Sieradz wurde der Übergang über die Warthe erzwungen.

Im Norden versucht die umklammerte polnische Korridor-Armee in verzweifelten Einzelaktionen den eisernen Ring zu sprengen, seit gestern häufen sich die Anzeichen der beginnenden Erkenntnis über die hoffnungslose Lage der Polen. Die Befestigungen um Graudenz wurden genommen. Die bei und südlich Kulm unter den Augen des Führers und Obersten Befehlshabers über die Weichsel gestellten Truppen sind auf dem Oshufer in raschem Vordringen. Bei Milawa nahmen die ostpreussischen Truppen in hartem Kampf Mann gegen Mann die Stadt und die dortigen Befestigungen. Der geschlagene Feind weicht nach Süden.

Die Kriegsmarine hat

Sicherungsmaßnahmen für die deutsche Küste planmäßig durchgeführt.

Die Luftwaffe beherrscht den Luftraum. 40 polnische Flugzeuge, darunter 15 im Luftkampf, wurden abgeschossen. In zunehmendem Maße wird durch die Luftangriffe auf feindliche Marsch- und Eisenbahnkolonnen ein planmäßiger Rückschlag des Gegners vereitelt.

An der Nordseeküste griffen gegen 18 Uhr englische Kampfflugzeuge modernster Bauart Wilhelmshaven und Cuxhaven sowie die in den Flußmündungen liegenden Seekreiskräfte an. Die Jagd- und Flakabwehr von Kriegsmarine und Luftwaffe setzte so frühzeitig und wirksam ein, daß der Angriff auf Cuxhaven überhaupt vereitelt wurde, während die Bombenabwürfe in Wilhelmshaven keinen Schaden anrichteten. Von den angreifenden Flugzeugen wurden mehr als die Hälfte abgeschossen.

Die Operationen des Heeres in Polen nahmen am 5.9. ihren planmäßigen Fortgang. Gebirgstruppen und bewegliche Truppen erkämpften sich in breiter Front die Nordausgänge der Beskiden und befinden sich in flüssigem Angriff gegen Neu-Sandis.

Die von Süden und Westen gegen Krakau vorstoßenden Kräfte haben den Feind auf die Stadt zurückgeworfen.

Das oberschlesische Industriegebiet ist in unserer Hand.

Weiter nördlich wurde am frühen Nachmittag die Linie Chęciny—Łopuszno—Plotzkow genommen. Beiderseits Sieradz wurde eine stark ausgebaute Bunkerlinie durchbrochen und der Angriff auf dem Oshufer der Warthe Richtung Łódź fortgesetzt.

Die bei Kulm und Graudenz auf das Oshufer der Weichsel übergegangenen Kräfte sehen die Verfolgung des geschlagenen Feindes fort.

Die aus Ostpreußen über Milawa vorgerückten Truppen haben Cichanow genommen. Der Gegner geht stark gedrängt nach Süden zurück. Schnelle Truppen haben bei Koson den Narew erreicht. 10 000 Gefangene und 60 Geschütze sind bisherige Beute unserer im Norden kämpfenden Truppen.

Die Angriffe der deutschen Luftwaffe haben am gestrigen Tage wiederum starke Störungen der feindlichen Verkehrslinien und rückwärtigen Verbindungen bewirkt. Die Bahnhöfe Żdunsko-Wola-Szarzytka, Cznow und Wezschan brennen, zahlreiche Bahnstrecken sind unterbrochen. Die polnische Fliegertruppe ist mit Ausnahme einzelner Jäger bei Łódź überhaupt nicht mehr in Erscheinung getreten. Luftangriffe auf deutsches Hoheitsgebiet fanden am 5.9. an keiner Stelle statt.

Deutsche Seekreiskräfte vernichteten in der Ostsee ein drittes polnisches U-Boot.

Der Rückschlag des polnischen Heeres hielt gestern auf der ganzen Front an. Durch den entschlossenen Einsatz der Luftwaffe tatkräftig unterstützt, blieben die Truppen des Ostheeres dem weidenden Feind in scharfer Verfolgung auf den Fersen und stellten ihn an verschiedenen Stellen zum Kampf.

In Südpolen wurde Neu-Sandis genommen und dort sowie nördlich davon der Dunajec überschritten. Kampflös befehnten unsere Truppen die Stadt Krakau. Am Graben des Warschauer Pilsudski wurden militärische Ehren erwiesen. Nach der Einnahme von Kielce sind unsere Truppen in raschem Vordringen durch den Westteil der Łysa Góra und nähern sich weiter nördlich den Städten Tomaszow und Łódź.

Im Norden ist die Tucheler Seite nordwestlich Graudenz nunmehr von den versprengten Resten der polnischen Korridor-Armee gesäubert. Die Zahl der erbeuteten Geschütze hat sich auf 90

erhöht. Die 9. und 27. polnische Division, ein polnisches Panzerbataillon, zwei Jägerbataillone und die Kavalleriebrigade Pomorsha sind vernichtet. Nur Reste haben sich ohne Waffen und Gerät durch die Weichsel schwimmend gerettet. Das noch in den Wäldern stehende Kriegsgerät kann erst in Wochen festgestellt und geborgen werden.

Ostwärts der Weichsel ist die Straße Thorn—Strasburg überschritten und ein Brückenkopf über die Drenwz gebildet. Die aus Ostpreußen vorgehenden Truppen haben den Narzew beiderseits Pultusk und bei Kosan erreicht.

Die Luftwaffe hat gestern in durchschlagendem Tiefangriff die weidenden Feindkolonnen angegriffen und zersprengt. Der Angriff gegen Eisenbahnanlagen, Bahnhöfe und Brücken wurde fortgesetzt, dabei die Weichselbrücken südlich Warschau durch Bombentreffer schwer beschädigt. Der Warschauer Westbahnhof steht in Flammen.

8.9.

Die Operationen in Polen nahmen gestern

an vielen Stellen den Charakter einer Verfolgung an,

nur an einzelnen Stellen kam es noch zu ernstern Kämpfen. — Südostwärts Gorlice und ostwärts Tarnow dringen unsere Truppen gegen die Wisloka vor. Nördlich der Weichsel haben bewegliche Kräfte Staszow und nördlich der Lysa Bora die Gegend dicht westlich Kanielna erreicht. Die Bahnlinie Konsthe—Opoczno wurde im Angriff überschritten. Nördlich Tomaszow haben Panzertuppen den Feind aus Ramo Mazowiecka geworfen und sehen dort 60 Kilometer vor Warschau. Zwischen Thorn und Strasburg ist die Drenwz überschritten.

Die Besatzung der Weichselplatte in Danzig hat sich ergeben, ihr Widerstand wurde durch Pioniere, Marinesturmkompanien und SS-Heimwehr unter Mitwirkung der „Schleswig-Holstein“ gebrochen.

Nordostwärts Warschau ist der Narzew bei Pultusk und Kosan überschritten. In der Provinz Posen wurden im Süden und Norden weitere Gebietsteile besetzt.

An diesen schnellen und großen Erfolgen hatte die Luftwaffe wieder entscheidenden Anteil. Ihr Masseneinsatz richtete sich gegen die zurückweichende polnische Armee. Sie griff mit Schlacht- und Sturzkampfgeschwadern unmittelbar in den Erdkampf ein. Marschkolonnen wurden zersprengt, Rückzugswege durch Zerstören von Brücken und Übergängen versperrt, Versuche von feindlichen Gegenangriffen schon in der Bereitstellung zerschlagen. Die Weichselbrücken südlich Warschau sind nachhaltig zerstört, in Warschau selbst die Durchgangsstraßen mit Kolonnen angefüllt und verstopft. Die eilige Räumung der Stadt ist im Gange.

Zwei deutsche Flugzeuge wurden über polnischem Gebiet abgeschossen, ein Flugzeug wird vermißt. Das deutsche Hoheitsgebiet wurde auch gestern nicht angegriffen.

In der Nord- und Ostsee wurde eine Reihe von Minensuchunternehmen durch die Kriegsmarine durchgeführt. Boote einer Minensuchflottille beschossen eine polnische Strandbatterie, die das Feuer erfolglos erwiderte. Ein viertes polnisches U-Boot wurde vernichtet.

9.9.

Auch gestern nahm der Rückzug des geschlagenen polnischen Heeres fast an allen Fronten seinen Fortgang. Die feindlichen Nachhuten vielfach durchstoßend, erreichten bewegliche Truppen mit vordersten Teilen zwischen Sandomierz und Warschau an verschiedenen Stellen die Weichsel und drangen am Nachmittag

von Südwesten her in die polnische Hauptstadt ein.

In Südpolen wurde kämpfend über die Wisloka nach Osten Raum gewonnen und mit motorisierten Verbänden Rzeszow erreicht. Bei Sandomierz gelang es, auch im Osten von der Weichsel Fuß zu fassen. In der Vormarschrichtung auf Lublin wurde westlich der Weichsel Zwolen und Radom genommen, weiter nördlich bei Bora Kalwarja bis an die Weichsel durchgezogen. Lodz wird heute von rückwärts gestaffelten Verbänden besetzt werden, während die Masse der dort kämpfenden Truppen an der Stadt beiderseits vorbeistoßend südlich der Bzura dem kämpfend weidenden Feind folgten. Die Provinz Posen wird ohne feindlichen Widerstand fortschreitend besetzt. Nordostwärts Warschau ist der Feind hinter den Bug bei Wyszkow und ostwärts geworfen.

Die Luftwaffe hat während des ganzen Tages vor allem die Rückzugswege des Gegners westlich und ostwärts der Weichsel angegriffen. Abgesehen von einigen Jagdflugzeugen über den Weichselbrücken zwischen Sandomierz und Warschau trat die polnische Fliegertruppe nur noch wenig in Erscheinung. Im Westen wurden 2 französische Flugzeuge über deutschem Gebiet abgeschossen.

10.9.

Zwischen dem Gebirge und dem Oberlauf der Weichsel setzten die deutschen Kräfte

die Verfolgung des geschlagenen Feindes

in ostwärtiger Richtung fort. Im großen Weichselbogen zwischen Sandomierz und Kutno hat der schnelle Durchbruch der motorisierten Panzertuppen bis an die Weichsel große Erfolge angebahnt.

Teile zahlreicher polnischer Divisionen sind um Radom von der Weichsel abgeschnitten und von allen Seiten umstellt. Ebenso ist dem aus dem Raum Skierniewice—Sohaczew—Kutno nach Osten dringenden Feind der Rückzug über die Weichsel bei Warschau und südlich verlegt. Das Schicksal dieser polnischen Stützpunkte, mit denen noch heftige Kämpfe im Gange sind, wird sich in den nächsten Tagen erfüllen. Die im nördlichen Polen beiderseits der Weichsel vorgehenden deutschen Kräfte haben die Gegend westlich Wloclawek und nordostwärts Ploch erreicht. Nordostwärts Warschau haben wie am Südufer des Bug Fuß gefaßt. Um Lomza und ostwärts wird noch gekämpft.

Die Luftwaffe hat die von Warschau nach Ost und Südost zurückführenden Straßen und Eisenbahnen durch Bombenangriffe blockiert und die in diesem Raume noch vorhandenen Reste der polnischen Bodenanlagen angegriffen.

Bei einem Unternehmen gegen Lublin wurden von einem gemischten Kampf- und Jerschießerverband 7 polnische Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen, 8 polnische Flugzeuge am Boden durch Bombenabwurf schwer beschädigt. Zur Unterstützung des Heeres griffen Fliegerverbände im Raum um Radom sowie zwischen Narew und Bug wirkungsvoll in den Kampf ein.

Im Westen haben erstmalig französische Spähtrupps die deutsche Grenze überschritten und sind in Befehatsberührung mit unseren weit vor dem Westwall befindlichen Vorposten getreten. Der Feind ließ zahlreiche Tote und Gefangene, darunter auch einen Offizier, zurück.

In der Nacht zum 9.9. warfen britische Flugzeuge über einigen Städten Nord- und Westdeutschlands Flugblätter ab. Die Befahrung eines bei Oberstedt (Thüringen) abgeschürzten englischen Kampfflugzeuges wurde gefangenengenommen.

An der Westgrenze wurden 3 französische Flugzeuge über deutschem Hoheitsgebiet abgeschossen. Bombenangriffe haben nicht stattgefunden.

11.9.

Die große Schlacht in Polen nähert sich ihrem Höhepunkt, der

Verichtung des polnischen Feldheeres westlich der Weichsel.

Während in Südpolen der sich zäh wehrende Gegner über den San zurückgedrängt und der Übergang über den Fluß im Abschnitt Sanok—Jawornik—Dolki sowie bei Kadymno und Jozoslaw erzwungen wurde, begannen die in verschiedenen Räumen eingeschlossenen Truppen die Waffen zu strecken. Durchbruchversuche der eingeschlossenen Teile wurden überall verhindert.

Nach hartem Kampf um die polnischen Befestigungen am Narew gelang es bei Nowogrod und Wlza, Brückenköpfe am dem Südufer zu bilden.

Polnische Artillerie aller Kaliber hat von den östlichen Teilen Warschaws aus das Feuer gegen unsere im Westteil der Stadt befindlichen Truppen eröffnet.

Die Einschließung des polnischen Kriegshafens Gdingen wurde fortgesetzt. Neußadt und Puhig sind in deutscher Hand. Seestreitkräfte unterstützen das Vorgehen des Heeres durch erfolgreiche Befestigung polnischer Batterien sowie des Kriegshafens Gdingen.

Die Luftwaffe hat die Straßen und Eisenbahnlinien ostwärts und nordostwärts Warschau und in den Räumen Lemberg und Lublin—Chelm wiederholt mit Erfolg angegriffen und Kolonnen und Truppentransporte dort zerstört. In Lemberg wurde der Westbahnhof zerstört.

Im Westen wurde der geräumte Flugplatz Sauerbrühen von französischer Artillerie beschossen. 3 französische Flugzeuge wurden über Reichsgebiet abgeschossen.

12.9.

Die große Schlacht in Polen geht westlich der Weichsel ihrem Ende entgegen.

Die Südgruppe dringt in Gewaltmärschen gegen und über den San vor. Gebirgstruppen haben am äußersten Südrügel Chyrow südlich Przemysl erreicht. Im Raume zwischen Zwolen, Radom und der Lysa Gora droht der Feind die Waffen, Geschütze und Kriegseräte von wenigstens vier Divisionen stehen als Beute in Aussicht. Die Gefangenenzahl ist noch nicht zu überschauen. Auf dem Ostufer der Weichsel südlich Warschau nahmen Panzertruppen eine Anzahl schwerer Geschütze, darunter vier 21-Zentimeter-Mörser.

Verzweifelte Versuche der um Kutno eingeschlossenen starken feindlichen Kräfte, nach Süden durchzubrechen, wurden vereitelt. Der Ring auch um diese feindliche Gruppe ist geschlossen.

Nördlich der Weichsel nähern sich unsere Truppen der Festung Modlin.

Nach hartem Kampf ist der Feind auch nordostwärts Warschau geworfen. In der Verfolgung haben unsere Truppen mit der Masse die Bahnlinie Warschau—Bialystok überschritten, mit vorgeworfenen Abteilungen die Bahnlinie Warschau—Siedlce erreicht.

Verbände der Luftwaffe wurden, wie am Vortage, zur Unterstützung des Heeres bei Kutno und zur Störung der rückwärtigen Verbindungen des Gegners ostwärts der Weichsel mit gutem Erfolg eingesetzt. Eine Sturzkommando-Gruppe hat die Ostausgänge von Warschau abgetriegt. Der Bahnhof Bialystok wurde zerstört.

Großendorf im westlichen Teil der Halbinsel Iela und seine Hafenanlagen sind von leichten See- und Luftkräften in Besitz genommen.

Im Westen örtliche Vorpostenkämpfe zwischen Saorgemünd und Hornbach.

Luftangriffe auf das Reichsgebiet ereigneten sich gestern nicht.

12.9., abends.

Die deutschen Truppen an der Südfront sind im schnellen Vordringen auf Lemberg. Südöstwärts von Przemysl haben Gebirgstruppen die Stadt Sambor genommen und stehen damit am Dniester. Schnelle Truppen haben sich nordöstlich von Przemysl in den Besitz von Krakowiec gesetzt.

Im Laufe des heutigen Tages ist der Widerstand der südlich Radom eingeschlossenen polnischen Streikräfte gebrochen worden.

Die Beute an Gefangenen und Kriegsmaterial ist auch nicht annähernd zu überschauen.

Durch das Vorgehen unserer Truppen in den Provinzen Posen und Westpreußen worden in den letzten Tagen Posen, Thorn, Gnesen, Hohensalza und zahlreiche andere Städte besetzt. Damit ist auch in dieser Gegend das ehemals deutsche Gebiet nahezu restlos in deutscher Hand.

13.9.

Das deutsche Offizierkorps setzte auch gestern mit seinem Süd- bzw. seinem Nordflügel die Rückmärsche Verfolgung des Feindes fort.

Beiderseits Przemysl vorstoßend wurden Sambor und Jaborow genommen und mit vorgeworfenen Abteilungen Lemberg erreicht. Die südlich Radom eingeschlossenen polnischen Truppen haben aufgehört zu existieren, die gewaltige Beute an Gefangenen, Geschützen und Kampfgerät aller Art wird noch gesichtet und gezählt. Alle Versuche der um Kutno umstellten 5 polnischen Divisionen und 2 Kavallerie-Brigaden, nach Süden durchzubrechen, sind gescheitert, der konzentrische Gegenangriff unserer Divisionen ist im Gange. Östlich und südöstlich von Warschau sind Straße und Bahnlinie Warschau—Siedlce mit starken Kräften überschritten worden. Am äußersten Ostflügel stehen motorisierte Truppen 40 Kilometer nördlich Brest. Weit hinter der Front ist die zu spät aus Lomza nach Süden weichende 18. Division nördlich des Bug gestellt worden.

Die Luftwaffe griff auch gestern erfolgreich Straßen, Brücken und Eisenbahnen östlich der Weichsel an. Im Bahnhof Krystynopol brennen 3 Züge. Der Flugplatz Luck wurde schwer beschädigt, die Flugzeugfabrik Dziala Podlask in Brand geschossen. 14 feindliche Flugzeuge wurden zerstört, davon 2 im Luftkampf. Die Luftaufklärung brachte ausgezeichnete und für die Führung wertvolle Ergebnisse.

Im Westen wurde der Birenberg, etwa 6 Kilometer südöstlich Saarbrücken, auf dem sich der Feind mit zwei Kompanien festgesetzt hatte, im Gegenangriff durch unsere Vorposten wiedergewonnen. Sonst nur geringe Vorpostenkämpfe.

Luftangriffe auf deutsches Reichsgebiet fanden nicht statt.

14.9.

Die Operationen in Südpolen fanden nurmehr geringen Widerstand und gewannen rasch nach Osten Raum. Die Straße Lublin—Lemberg wurde mit starken Kräften bei Komar-Kuscha und Tomaszow erreicht, die Weichsel nördlich Sandomierz an mehreren Stellen überschritten.

Als vorläufiges Ergebnis der

Vernichtungsschlacht bei Radom

sind 60 000 Gefangene, darunter zahlreiche Generale, 143 Geschütze und 38 Panzerwagen eingebracht. Der umfassende Angriff gegen die um Kutno umstellten polnischen Divisionen schreitet vorwärts.

Der Ring um die polnische Hauptstadt wurde gestern auch im Osten geschlossen. Ostwärts Modlin über den Narew vorgehend, nähern sich unsere Truppen auch von Nordwesten der Stadt. Die über die Straße Warschau—Siedlce vorgebrungenen deutschen Kräfte haben mit Teilen nach Südwesten und Westen eingedrückt.

Die 18. polnische Division, darunter der Divisionsstab, streckte gestern nördlich Ostrow-Mazowiecka die Waffen. 6000 Gefangene und 30 Geschütze wurden eingebracht.

Die auf Brest-Litowsk angehaltenen Kräfte nähern sich schnell der Stadt. Als letzte der polnischen Grenzfestungen wurde gestern Osowiec durch ostpreussische Truppen genommen.

Trotz ungünstiger Wetterlage griff die Luftwaffe mit Erfolg den Oststrand von Warschau und rückwärtige Verbindungsstraßen an. 2 feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen.

Im Westen gingen in dem zwischen Saarbrücken und Hornbach weit vor dem Westwall nach Frankreich vordringenden deutschen Gebietsteil härtere französische Kräfte als bisher gegen unsere Gefechtsvorposten vor. In Minenfeldern und in unserem Abwehrgewehr blieben sie liegen.

Der Kampf

„Polen hat nun heute nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen. Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen.“ — So hat der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht am 1. September 1939 im Großdeutschen Reichstag verkündet. In seinem Aufruf an die deutsche Wehrmacht vom gleichen Tage hat er vor dem deutschen Volk und vor aller Welt bekundet, daß die deutsche Wehrmacht den Kampf um die Ehre und die Lebensrechte des wieder auferstandenen deutschen Volkes mit harter Entschlossenheit führen wird. Und so ist es auch geschehen.

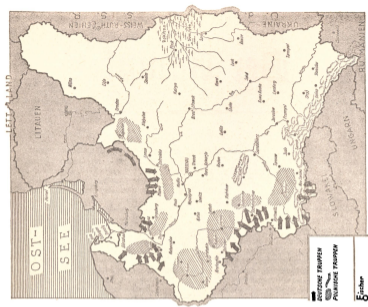
Der Wehrmachtbericht vom 1. September gibt bereits bekannt, daß die Truppen des deutschen Heeres über alle deutsch-polnischen Grenzen zum Gegenangriff angetreten sind, daß die Kriegsmarine den Schutz der Ostsee übernommen hat. Am Abschluß des gleichen Tages teilt das Oberkommando der Wehrmacht mit, daß die deutsche Luftwaffe sich, nach einer Kampfdauer von nicht 24 Stunden, die Luft Herrschaft über den polnischen Raum erkämpft hat. Das Vorgehen der deutschen Truppen bringt auf allen Fronten schnelle Erfolge. Am 4. September wird berichtet, daß erstmalig Truppen aus dem Reich auf dem Landweg ostpreussischen Boden erreicht haben, und bereits am 6. September wird der Oberbefehlshaber des Heeres in einem Tagesbefehl an die Truppen der Ostfront bekannt, daß Krakau, Bromberg und Graudenz in deutscher Hand sind, daß der Korridor Ostpreußen und Danzig vom deutschen Mutterland nicht mehr trennt.

Am 6. September berichtet das Oberkommando der Wehrmacht, daß das ober-schlesische Industriegebiet wieder in deutscher Hand ist. Das polnische Heer befindet sich auf der ganzen Front im Rückzug. Die Truppen des Ostheeres bleiben dem weichenden Feind in scharfer Verfolgung auf den Fersen und stellen ihn an verschiedenen Stellen zum Kampf. Der Rückzug nimmt seit dem 7. an vielen Stellen den Charakter einer Verfolgung an. Am 8. dringen deutsche Truppen vom Südwesten her in die polnische Hauptstadt ein.

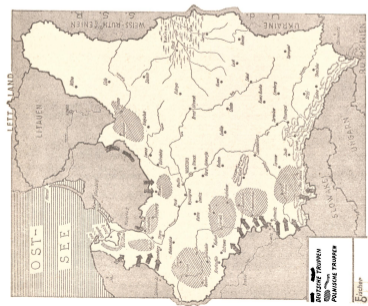
Am 11. September nähert sich die große Schlacht in Polen ihrem Höhepunkt, der Vernichtung des polnischen Feldheeres westlich der Weichsel. Schon am 12. wird verkündet, daß die Schlacht ihrem Ende entgegengeht. Am 12. wird auch der Widerstand der südlich von Radom eingeschlossenen polnischen Streitkräfte gebrochen; Posen, Thorn, Gnesen, Hohensalza und zahlreiche andere Städte sind besetzt. Damit ist auch in dieser Gegend das ehemals deutsche Gebiet wieder nahezu restlos in deutscher Hand. Am 14. ist der Ring um die polnische Hauptstadt geschlossen.

Tag für Tag geben so die Wehrmachtberichte Kunde von einer unübertroffenen Einsatzbereitschaft und Kampfbereitschaft aller deutschen Wehrmachtteile. Das Wunder des deutschen Soldatentums holt seine Kräfte nicht nur aus der Vortrefflichkeit der Ausbildung und der Höchstwertigkeit der Ausrüstung, sondern auch aus dem Geist der Truppe, daraus, daß jeder einzelne im deutschen Feldheere weiß, daß es um die Sicherstellung des deutschen Lebensrechtes geht.

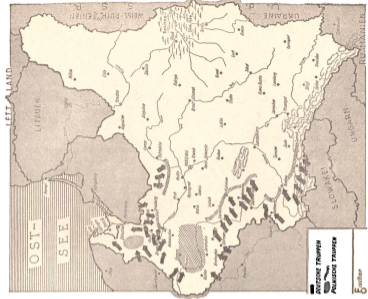
Ein genauer Überblick über die Kampfhandlungen ergibt sich aus den Wehrmachtberichten (Seite 21) und den nachfolgenden Karten, auf denen die Truppenbewegungen Tag für Tag eingezeichnet sind.



2. September abends



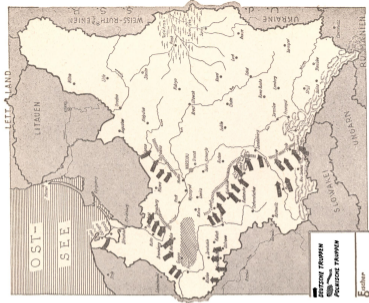
1. September abends



4. September abends



8. September abends



6. September abends



5. September abends



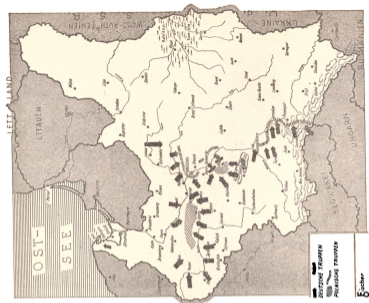
7. September abends



8. September abends



9. September abends



10. September abends



11. September abends



12. September abends

LEIT-LAND



14. September abends



18. September abends

Der Führer an den Reichstag

1. 9. 39

„Abgeordnete, Männer des Deutschen Reichstags!

Seit Monaten leiden wir alle unter der Qual eines Problems, das uns einst das Versailles Diktat beschert hat und das nunmehr in seiner Ausartung und Entartung unerträglich geworden war.

Danzig war und ist eine deutsche Stadt!

Der Korridor war und ist deutsch!

Alle diese Gebiete verdanken ihre kulturelle Erschließung ausschließlich dem deutschen Volk, ohne das in diesen östlichen Gebieten tiefste Barbarei herrschen würde.

Danzig wurde von uns getrennt! Der Korridor von Polen annektiert! Die dort lebenden deutschen Minderheiten in der qualvollsten Weise mißhandelt! Über eine Million Menschen deutschen Blutes mußten schon in den Jahren 1919/1920 ihre Heimat verlassen!

Wie immer, so habe ich auch hier versucht, auf dem Wege friedlicher Revisionsvorschläge eine Änderung des unerträglichen Zustandes herbeizuführen. Es ist eine Lüge, wenn in der Welt behauptet wird, daß wir alle unfere Revisionen nur unter Druck durchzusetzen versuchten.

Fünfundzwanzig Jahre bevor der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte man Gelegenheit, auf dem Wege friedlichster Verständigung die Revisionen durchzuführen. Man tat es nicht! In jedem einzelnen Falle habe ich dann von mir aus nicht einmal, sondern oftmals Vorschläge zur Revision unerträglicher Zustände gemacht. Alle diese Vorschläge sind, wie Sie wissen, abgelehnt worden.

Ich brauche sie nicht im einzelnen aufzuzählen: die Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, ja, wenn notwendig, zur Rüstungsbeseitigung, die Vorschläge zur Beschränkung der Kriegsführung, die Vorschläge zur Ausschaltung von in meinen Augen mit dem Völkerrecht schwer zu vereinbarenden Methoden der modernen Kriegsführung.

Sie kennen die Vorschläge, die ich über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die deutschen Reichsgebiete machte, die endlosen Versuche, die ich zu einer friedlichen Verständigung über das Problem Österreich unternahm, und später über das Problem Sudetenland, Böhmen und Mähren.

Es war alles vergeblich!

Eines aber ist unmöglich; zu verlangen, daß ein unerträglicher Zustand auf dem Weg friedlicher Revision bereinigt wird — und dann die friedliche Revision konsequent zu verweigern!

Es ist auch unmöglich, zu behaupten, daß derjenige, der in einer solchen Lage dann dazu übergeht, von sich aus diese Revisionen vorzunehmen, gegen ein Gesetz verstößt. Das Diktat von Versailles ist für uns Deutsche kein Gesetz! (Lang anhaltende stürmische Zustimmungskundgebungen.)

„Es geht nicht an, von jemand mit vorgehaltener Pistole und der Drohung des Verhängens von Millionen Menschen eine Unterschrift zu erpressen und dann das Dokument mit dieser erpressten Unterschrift als ein feierliches Gesetz zu proklamieren!

So habe ich auch im Falle Danzigs und des Korridors versucht, durch friedliche Vorschläge auf dem Wege der Diskussion die Probleme zu lösen. Daß sie gelöst werden mußten, das war klar!“ (Lofende Weislaßstürme der Abgeordneten.)

„Und daß der Termin dieser Lösung für die westlichen Staaten vielleicht uninteressant sein kann, ist begreiflich. Aber uns ist dieser Termin nicht gleichgültig! Vor allem aber war er und konnte er nicht gleichgültig sein für die leidenden Opfer.

Ich habe in Besprechungen mit polnischen Staatsmännern die Gedanken, die Sie von mir hier in meiner letzten Reichstagsrede vernommen haben, erörtert. Kein Mensch kann behaupten, daß dies etwa ein ungebührliches Verfahren oder gar ein ungebührlicher Druck gewesen wäre.

Ich habe dann die deutschen Vorschläge formulieren lassen, und ich muß es noch einmal wiederholen, daß es etwas Kohaleres und Bescheideneres als diese von mir unterbreiteten Vorschläge nicht gibt. Und ich möchte das jetzt der Welt sagen: Ich allein war überhaupt nur in der Lage, solche Vorschläge zu machen!" (Nachdrückliche Zustimmungskundgebungen.)

„Denn ich weiß ganz genau, daß ich mich damals zur Auffassung von Millionen von Deutschen in Gegensatz gebracht habe. Diese Vorschläge sind abgelehnt worden! Aber nicht nur das! Sie wurden beantwortet: mit Mobilmachungen, mit verstärktem Terror, mit gesteigertem Druck auf die Volksdeutschen in diesen Gebieten und mit einem langsamen wirtschaftlichen, politischen und in den letzten Wochen endlich auch militärischen und verkehrstechnischen Abdröselungskampf gegen die freie Stadt Danzig.

Polen hat den Kampf gegen die freie Stadt Danzig entsefelt!

Es war weiter nicht bereit, die Korridorfrage in einer irgendwie billigen und den Interessen beider gerecht werdenden Weise zu lösen! Und es hat endlich nicht daran gedacht, seine Minderheitenverpflichtungen eingehalten.

Ich muß hier feststellen: Deutschland hat diese Verpflichtungen eingehalten! Die Minderheiten, die im Deutschen Reich leben, werden nicht verfolgt. Es soll ein Franzose aufstehen und erklären, daß etwa die im Saargebiet lebenden Franzosen unterdrückt, gequält und entrechtet werden! Keiner wird dies behaupten können!

Ich habe nun dieser Entwicklung vier Monate lang ruhig zusehen, allerdings nicht, ohne immer wieder zu warnen. Ich habe in letzter Zeit diese Warnungen verstärkt. Ich habe dem polnischen Botschafter vor nun schon über drei Wochen mitteilen lassen, daß, wenn Polen noch weitere ultimative Notizen an Danzig schicken würde, wenn es weitere Unterdrückungsmahnahmen gegen das Deutschtum vornehmen würde, oder wenn es versuchen sollte, auf dem Wege zollpolitischer Maßnahmen Danzig wirtschaftlich zu vernichten, dann Deutschland nicht länger mehr untätig zusehen könnte." (Zwölfende minutenlange Zustimmungskundgebungen.)

„Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß man in dieser Hinsicht das heutige Deutschland nicht mit dem Deutschland, das vor uns war, verwechseln darf." (Mit stürmischem Beifall unterstreichen die Abgeordneten diese Feststellung des Führers.)

„Man hat versucht, das Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, daß man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiß nicht, worin die ‚Provokationen‘ der Kinder oder Frauen bestanden haben sollen, die man mißhandelt und verschleppt, oder die ‚Provokationen‘ derer, die man in der tierischsten, sadistischsten Weise gequält und schließlich getötet hat!

Eines aber weiß ich: daß es keine Großmacht von Ehre gibt, die auf die Dauer solchen Zuständen ruhig zusehen würde!

Ich habe trotzdem noch

einen letzten Versuch gemacht!

Obwohl ich innerlich überzeugt war, daß es der polnischen Regierung — vielleicht auch infolge ihrer Abhängigkeit von einer nunmehr entsefelten, wilden Soldateska — mit einer wirklichen Verständigung nicht ernst ist, habe ich einen Vermittlungsvorschlag der britischen Regierung angenommen. Sie schlug vor, daß sie nicht selbst Verhandlungen führen sollte, sondern versicherte, eine direkte Verbindung zwischen Polen und Deutschland herzustellen, um noch einmal in das Gespräch zu kommen.

Ich muß hier folgendes feststellen: Ich habe diesen Vorschlag angenommen!

Ich habe für diese Besprechungen Grundlagen ausgearbeitet, die Ihnen bekannt sind!

Und ich bin dann mit meiner Regierung zwei volle Tage geseßen und habe gewartet, ob es der polnischen Regierung paßt, nun endlich einen Bevollmächtigten zu schicken oder nicht!" (Stürmische Pfui-Rufe.)

„Sie hat uns bis gestern abend keinen Bevollmächtigten geschickt, sondern durch ihren Botschafter mitteilen lassen, daß sie zur Zeit erwäge, ob und wie weit sie in der Lage sei, auf die englischen Vorschläge einzugehen; sie würde dies England mitteilen.

Meine Herren Abgeordneten! Wenn man dem Deutschen Reiche und seinem Staatsoberhaupt so etwas zumuten kann und das Deutsche Reich und sein Staatsoberhaupt das dulden würden, dann würde die deutsche Nation nichts anderes verdienen, als von der politischen Bühne abzutreten! (Lofende Beifallskundgebungen.)

„Meine Friedensliebe und meine endlose Langmut soll man nicht mit Schwäche oder gar mit Feigheit verwechseln! Ich habe daher gestern abend der britischen Regierung mitgeteilt, daß ich unter diesen Umständen auf Seiten der polnischen Regierung keine Geneigtheit mehr finden kann, mit uns in ein wirklich ernstes Gespräch einzutreten.“

Damit sind diese

Bermittlungsvorschläge gescheitert;

denn unterdes war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag erstens die polnische Generalmobilmachung gekommen und zweitens neue schwere Greuelthaten.

Diese Vorgänge haben sich nun heute nacht abermals wiederholt. Nachdem schon neulich in einer einzigen Nacht 21 Grenzgewissenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute nacht 14 gewesen. Darunter drei ganz schwere.

Ich habe mich daher nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet! (Lofender Beifall, der sich zu einer großartigen Ovation für den Führer steigert. Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen und huldigen dem Führer mit stürmischen Heilrufen.)

„Wenn nun Staatsmänner im Westen erklären, daß dies ihre Interessen berühre, so kann ich eine solche Erklärung nur bedauern; sie kann mich aber nicht eine Sekunde in der Erfüllung meiner Pflicht wandend machen.“

Ich habe es feierlich versichert und wiederhole es, daß wir von diesen Weststaaten nichts fordern und nie etwas fordern werden. Ich habe versichert, daß die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland eine endgültige ist.

Ich habe England immer wieder eine Freundschaft und, wenn notwendig, das engste Zusammengehen angeboten. Aber Liebe kann nicht nur von einer Seite geboten werden, sie muß von der anderen ihre Erwidrerung finden. Deutschland hat keine Interessen im Westen, unser Westwall ist zugleich für alle Zeiten die Grenze des Reiches. Wir haben auch keinerlei Ziel für die Zukunft, und diese Einstellung des Reiches wird sich nicht mehr ändern.

Die anderen europäischen Staaten begreifen zum Teil unsere Haltung. Ich möchte hier vor allem Italien danken, das uns in dieser ganzen Zeit unterstützt hat. Sie werden aber auch verstehen, daß wir für die Durchführung dieses Kampfes nicht an eine fremde Hilfe appellieren wollen.

Wir werden diese unsere Aufgabe selber lösen!

Die neutralen Staaten haben uns ihre Neutralität versichert, genau so, wie wir sie ihnen schon vorher garantierten. Es ist uns heiliger Ernst mit dieser Versicherung, und solange kein anderer ihre Neutralität bricht, werden wir sie ebenfalls peinlichst beachten. Denn was sollten wir von ihnen wünschen oder wollen?

Ich bin glücklich, Ihnen nun von dieser Stelle aus ein besonderes Ereignis mitteilen zu können. Sie wissen, daß

Rußland und Deutschland

von zwei verschiedenen Doktrinen regiert werden. Es war nur eine Frage, die geklärt werden mußte: Deutschland hat nicht die Absicht, seine Doktrin zu exportieren, und in dem Augenblick, in dem Sowjetrußland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren gedenkt, setze ich keine Veranlassung mehr, daß wir auch nur noch einmal gegeneinander Stellung nehmen sollen!

Wir sind uns beide darüber klar: Jeder Kampf unserer Völker gegeneinander würde nur anderen einen Nutzen abwerfen. Daher haben wir uns entschlossen, einen Pakt abzuschließen, der zwischen uns beiden für alle Zukunft jede Gewaltanwendung ausschließt" (lang anhaltender Beifall), „der uns in gewissen europäischen Fragen zur Konsultierung verpflichtet, der das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ermöglicht und vor allem sicherstellt, daß sich die Kräfte dieser beiden großen Staaten nicht gegeneinander verbrauchen.

Jeder Versuch des Westens, hier etwas zu ändern, wird fehlschlagen! Und ich möchte das eine hier versichern: diese politische Entscheidung bedeutet eine ungeheure Wende für die Zukunft und ist eine endgültige!" (Mit tosenden Kundgebungen begleiten die Abgeordneten des deutschen Volkes die Feststellungen des Führers.)

„Ich glaube, das ganze deutsche Volk wird diese politische Einstellung begrüßen! Rußland und Deutschland haben im Weltkrieg gegeneinander gekämpft und waren beide letzten Endes die Leidtragenden. Ein zweites Mal soll und wird das nicht mehr geschehen!

Der Nichtangriffs- und Konsultativpakt, der am Tage seiner Unterzeichnung bereits gültig wurde, hat gestern die höchste Ratifikation in Moskau und auch in Berlin erfahren. In Moskau wurde dieser Pakt genau so begrüßt, wie Sie ihn hier begrüßen. Die Rede, die der russische Außenkommissar Molotow hielt, kann ich Wort für Wort unterschreiben.

Unsere Ziele:

Ich bin entschlossen:

Erstens die Frage Danzig,

zweitens die Frage des Korridors zu lösen,

und drittens dafür zu sorgen, daß im Verhältnis Deutschlands zu Polen eine Wendung eintritt, die ein friedliches Zusammenleben sicherstellt!" (Der Reichstag antwortet dem Führer mit einer Kundgebung äußerster Entschlossenheit.)

„Ich bin dabei entschlossen, so lange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige polnische Regierung dazu geneigt ist, diese Änderung herzustellen, oder bis eine andere polnische Regierung dazu bereit ist!" (Stärkster Beifall.)

„Ich will von den deutschen Grenzen das Element der Unsicherheit, die Atmosphäre ewiger bürgerkriegsähnlicher Zustände entfernen.“ (Zimmer tosenderer Beifall erhebt sich.)

„Ich will dafür sorgen, daß im Osten der Friede an der Grenze kein anderer ist, als wir ihn an unseren anderen Grenzen kennen.“

Ich will dabei die notwendigen Handlungen so vornehmen, daß sie nicht dem widersprechen, was ich Ihnen hier, meine Herren Abgeordneten, im Reichstag selbst als Vorschläge an die übrige Welt bekanntgab.

Das heißt, ich will nicht den Kampf gegen Frauen und Kinder führen! Ich habe meiner Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich bei den Angriffen auf militärische Objekte zu beschränken.

Wenn aber der Gegner glaubt, daraus einen Freibrief abzulesen zu können, seinerseits mit umgekehrten Methoden zu kämpfen, dann wird er eine Antwort erhalten, daß ihm Hören und Sehen verweigert!" (Die Männer des Deutschen Reichstags bereiten dem Führer eine minutenlange Kundgebung.)

„Polen hat nun heute nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen.“ (Stürmische Pfuirufe.)

„Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!"

Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten!" (Erneuter brausender Beifall.)

„Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft. Wer sich selbst von den Regeln einer humanen Kriegsführung entfernt, kann von uns nichts anderes erwarten, als daß wir den gleichen Schritt tun.

Ich werde diesen Kampf, ganz gleich gegen wen, so lange führen, bis die Sicherheit des Reiches und seine Rechte gewährleistet sind!

Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 80 Milliarden für den Aufbau unserer Wehrmacht aufgewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914!

Mein Vertrauen auf sie ist unerlöschlich!

Wenn ich diese Wehrmacht aufrief und wenn ich nun vom deutschen Volk Opfer, und wenn notwendig alle Opfer fordere, dann habe ich ein Recht dazu, denn auch ich selbst bin heute genau so bereit, wie ich es früher war, jedes persönliche Opfer zu bringen!" (Minutenlanger stürmischer Beifall.)

„Ich verlange von keinem deutschen Mann etwas anderes, als was ich selber über vier Jahre lang bereit war, jederzeit zu tun!“ (Erneuter lang anhaltender Beifall.)

„Es soll keine Entbehrungen Deutscher geben, die ich nicht selber sofort übernehme!“ (Immer mehr steigern sich die Kundgebungen der Männer des Reichstages.)

„Mein ganzes Leben gehört von jetzt ab erst recht meinem Volk! Ich will jetzt nichts anderes sein als der erste Soldat des Deutschen Reiches!“ (Der Reichstag antwortet dem Führer mit einer feierlichen Huldigung.)

„Ich habe damit wieder jenen Noß angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg oder — ich werde dieses Ende nicht erleben!“

„Sollte mir in diesem Kampf etwas zustoßen, dann ist mein erster Nachfolger Parteigenosse Göring.“ (Stürmischer Beifall.)

„Sollte Parteigenosse Göring etwas zustoßen, ist sein Nachfolger Parteigenosse Heß.“ (Erneuter stürmischer Beifall.)

„Sie würden diesen dann als Führer genau so zu blinder Treue und Gehorsam verpflichtet sein wie mir!“

Für den Fall, daß auch Parteigenosse Heß etwas zustoßen sollte, werde ich durch Gesetz nunmehr den Senat berufen, der dann den Würdigsten, das heißt den Tapfersten, aus seiner Mitte wählen soll!

Als Nationalsozialist und deutscher Soldat gehe ich in diesen Kampf mit einem starken Herzen! Mein ganzes Leben war nichts anderes als ein einziger Kampf für mein Volk, für seine Wiederauferstehung, für Deutschland, und über diesem Kampf stand nur ein Bekenntnis: Der Glaube an dieses Volk!" (Wrausende Geilrufe.)

„Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt: Kapitulation.“

Wenn irgend jemand aber meint, daß wir vielleicht einer schweren Zeit entgegengehen, so möchte ich bitten zu bedenken, daß einst ein Preuzenkönig mit einem lächerlich kleinen Staat einer der größten Koalitionen gegenübertrat und in drei Kämpfen am Ende doch erfolgreich bestand, weil er jenes gläubige starke Herz besaß, das auch wir in dieser Zeit benötigen.

Der Umwelt aber möchte ich versichern: ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen!" (Der Reichstag dankt dem Führer mit einer erneuten Huldigung für diese Worte.)

„So wie ich selber bereit bin, jederzeit mein Leben für mein Volk und für Deutschland einzusetzen, so verlange ich dasselbe auch von jedem anderen!“

„Wer aber glaubt, sich diesem nationalen Gebot, sei es direkt oder indirekt, widersehen zu können, der fällt!“

„Verräter haben nichts mit uns zu tun!“ (Zofende Zustimmungskundgebung der Abgeordneten.)

„Wir alle bekennen uns damit nur zu unserem alten Grundsatz: Es ist gänzlich unwichtig, ob wir leben, aber notwendig ist es, daß unser Volk, daß Deutschland lebt!“ (Der Deutsche Reichstag erhebt sich wie ein Mann und bereitet dem Führer eine überwältigende Kundgebung.)

Ich erwarte von Ihnen als den Sendboten des Reiches, daß Sie nunmehr auf allen Plätzen, auf die Sie gestellt sind, Ihre Pflicht erfüllen!

Sie müssen Bannerträger sein des Widerstandes, koste es, was es wolle! Keiner melde mir, daß in seinem Gau, in seinem Kreis oder in seiner Gruppe oder in seiner Zelle die Stimmung einmal schlecht sein könnte. Träger, verantwortliche Träger der Stimmung sind Sie!

Ich bin verantwortlich für die Stimmung im deutschen Volk, Sie sind verantwortlich für die Stimmung in Ihren Gauen, in Ihren Kreisen! Keiner hat das Recht, diese Verantwortung abzutreten. Das Opfer, das von uns verlangt wird, ist nicht größer als das Opfer, das zahlreiche Generationen gebracht haben.

Alle die Männer, die vor uns den bittersten und schwersten Weg für Deutschland antreten mußten, haben nichts anderes geleistet, als was wir auch zu leisten haben; ihr Opfer war kein billigeres und kein schmerzloseres und damit kein leichteres, als das Opfer sein würde, das von uns verlangt wird.

Ich erwarte auch von der deutschen Frau, daß sie sich in eiserner Disziplin vorbildlich in diese große Kampfgemeinschaft einfügt!

Die deutsche Jugend aber wird strahlenden Herzens ohnehin erfüllen, was die Nation, der nationalsozialistische Staat von ihr erwartet und fordert!

Wenn wir diese Gemeinschaft bilden,

eng verschworen,

zu allem entschlossen,

niemals gewillt zu kapitulieren,

bann wird unser Wille jeder Not Herr werden!

Ich schließe mit dem Bekenntnis, das ich einst aussprach, als ich den Kampf um die Macht im Reich begann.“ (Die Männer des Reichstages erheben sich von ihren Plätzen.) „Damals sagte ich:

Wenn unser Wille so stark ist, daß keine Not ihn mehr zu zwingen vermag, dann wird unser Wille und unser deutscher Stahl auch die Not zerbrechen und besiegen.

Deutschland — Sieg Heil!“

Die Politik

Im Gegensatz zu der Begeisterung, die sich bei Ausbruch des Weltkrieges in den ersten Augusttagen 1914 in mitreißenden Kundgebungen geäußert hatte, nahm das deutsche Volk den Beginn der seit langem ersehnten Abwehr der polnischen Provokationen durch die Wehrmacht und die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs mit ruhiger und eiserner Entschlossenheit auf. Die Reichstagsrede des Führers am 1. September richtete sich an ein Volk, das durch die nationalsozialistische Erziehung seine innere Geschlossenheit seit mehreren Jahren gefunden hatte und sie in kritischer Stunde nicht erst zu dokumentieren brauchte, das von seiner Führung über die ihm drohenden Gefahren einer mißgünstigen Umwelt nie im unklaren gelassen worden und zur Verteidigung der gewaltigen Aufbauarbeit der letzten Jahre bereit war. Die Führung des Reiches, die auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges in den letzten Jahren nichts unterlassen hatte, um das deutsche Volk widerstandsfähig gegen alle Gefahren wirtschaftlicher und moralischer Natur zu machen, brachte durch ihre ersten Maßnahmen und Verlautbarungen zum Ausdruck, daß sie von Anfang an die Bedeutung der inneren Front nicht geringer schätzte als die der äußeren. Neben den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bereits in den letzten Augusttagen getroffen worden waren, standen die innenpolitischen, deren Ziel eine straff zusammengefaßte schlagkräftige Führung und die vom Führer in der Reichstagsrede angekündigte Unterdrückung jeglichen Verrats schon in seinem Keime war.

Grundlegend für die Führung des Reiches während des Krieges ist der Erlass des Führers über die Bildung eines Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 30. August 1939 (RGBl. I, S. 1539), dessen Bedeutung weit über das rein verwaltungsmäßige hinausgeht. Dem Ministerrat für die Reichsverteidigung, der Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann und der aus dem Reichsverteidigungsrat als ständiger Ausschuß gebildet wurde, gehören als ständige Mitglieder an Generalfeldmarschall Göring als Vorsitzender, ferner der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, die beiden Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und für die Wirtschaft, Dr. Fric und Funk, der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, der die Geschäfte des Ministerrats für die Reichsverteidigung führt, und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel. Der Vorsitzende kann auch andere Mitglieder des Reichsverteidigungsrates und weitere Persönlichkeiten zu den Beratungen zuziehen. Die Befugnisse des Generalfeldmarschalls Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I, S. 887) bleiben ausdrücklich bestehen.

Zur Sicherstellung einer straffen Organisation und einheitlichen Ausrichtung von Verwaltung und Wirtschaft auf die Notwendigkeiten der Reichsverteidigung setzte der Ministerrat für die Reichsverteidigung am 5. September auf Anordnung des Führers im ganzen Reich mit besonderen Vollmachten ausgestattete Reichsverteidigungs-Kommissare ein, deren Bereiche sich mit den Wehrkreisen decken und die im Wehrkreis die Organe des Ministerrats für die Reichsverteidigung sind. Sie sind verantwortlich für die gesamte zivile Reichsverteidigung innerhalb eines jeden Wehrkreises; insbesondere ist es ihre Aufgabe, die Einheitlichkeit der Maßnahmen innerhalb des Wehrkreises sicherzustellen und die enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Wehrmachtdienststellen, insbesondere mit dem Wehrkreisbefehlshaber, zu gewährleisten. Der Aufbau dieser schlagkräftigen Organisation wurde ergänzt durch die Ernennung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei,

Gimmler, zum Stellvertreter und des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Dr. Studart zum Stabsleiter des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung, Reichsführer SS Gimmler setzte am 13. September zur Zusammenfassung aller Kräfte der SS und Polizei in Anlehnung an die Einrichtung der Reichsverteidigungskommissare 15 „Höhere SS- und Polizeiführer“ ein, deren Befehlsbereiche sich ebenfalls mit den Wehrkreisen decken.

Das Wort des Führers, daß sich das Jahr 1918 niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen werde, führte zu Beginn des Krieges zu wirkungsvollen Abwehrmaßnahmen gegen jeden Versuch von Hoch- und Landesverrat, gegen die feindliche Propaganda und das Treiben volkschädlicher Elemente. Zwar ist das deutsche Volk in seiner ganz überwiegenden Mehrheit durch die nationalsozialistische Aufklärungsarbeit immun gegen feindliche Einflüsterungen, wie schon in den ersten Tagen des Krieges die völlige Wirkungslosigkeit der von feindlichen Flugzeugen über deutschem Boden abgeworfenen Flugblätter erwies. Trotzdem aber wurde durch Gesetze und Verordnungen auch die gezielte Grundlage für eine energische Abwehr jedes Verletzungsversuches geschaffen. Da im modernen Krieg der Rundfunk zu den Mitteln gehört, die der Gegner vor allem neben den militärischen Waffen anwendet, um unser Volk feindselig zu beeinflussen und zu zermürben, wurde zur Warnung derjenigen Volksgenossen, denen das nötige Verantwortungsbewußtsein fehlen sollte, vom Ministerrat für die Reichsverteidigung die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September (RGBl. I, S. 1638) erlassen, die das Abhören ausländischer Sender verbietet und mit schweren Strafen bedroht. Gegen Volksschädlinge, die die durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse für ihre Verbrechen ausnutzen, richtete sich eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 5. September (RGBl. I, S. 1679), durch die insbesondere für Plünderungen im freigemachten Gebiet und in freiwillig geräumten Gebäuden die Todesstrafe durch Erhängen eingeführt wurde. Auch Brandstiftungen oder sonstige gemeingefährliche Verbrechen, die die Widerstandskraft des deutschen Volkes schädigen, werden nach der Verordnung mit dem Tode bestraft.

Ein Gnadenerlaß des Führers für die Wehrmacht vom 1. September (RGBl. I, S. 1549), der durch einen Gnadenerlaß vom 9. September für die Zivilbevölkerung (RGBl. I, S. 1753) ergänzt wurde, schuf zahlreichen Volksgenossen, die sich kleinerer Vergehen schuldig gemacht hatten, die Möglichkeit, sich anlässlich des Verteidigungskampfes des deutschen Volkes wieder in die Volksgemeinschaft einzureihen.

Die Stärkung der inneren Front, das Ziel aller innenpolitischen Maßnahmen der Führung des Reiches, ist zuerst und vor allem die Aufgabe der Partei, der der Führer in seiner Reichstagsrede noch einmal klar die Verantwortung für die Stimmung des Volkes gab. Ihre Arbeit vollzieht sich in aller Stille durch die ungezählten politischen Leiter und Amtsträger sowie die Gliederungen der Partei in allen Ortschaften des Reiches. Die Bedeutung dieser Arbeit unterstreicht der Erlaß des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, vom 1. September, der es jedem Parteigenossen zur Pflicht macht, auf dem ihm zugewiesenen Platz zu verharren.

In den Dienst dieser Aufgabe stellte sich auch der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Reichsleiter Dr. Ley, der am 5. September in einem Werk in Berlin-Mariensfelde den Deutschland aufgezungenen Krieg als einen Kampf der Menschen und der Arbeit gegen das Geld kennzeichnete. Wie wieder werde man, so sagte Dr. Ley, einst erklären dürfen, daß die Heimat verlagert habe; ein Dolchstoß von hinten sei im nationalsozialistischen Deutschland niemals möglich. Im Deutschland von heute sei kein billiger Surra-Patriotismus festzustellen, sondern jeder tue würdig, gefaßt und entschlossen bis zum letzten seine Pflicht.

Der polnischen Regierung waren seit dem Herbst des vergangenen Jahres, zuletzt im März 1939, mündlich und schriftlich Vorschläge unterbreitet worden, die unter Berücksichtigung der damals zwischen Deutschland und Polen bestehenden Freundschaft eine für beide Teile annehmbare Lösung der strittigen Fragen hätten ermöglichen können. Polen hat sie aber nicht nur abgelehnt, sondern auch so weitgehende militärische Maßnahmen getroffen, daß der polnische Staat bereits Mitte Juli d. J. tatsächlich mobil gemacht hatte.

Es war Polen und der Welt seit der Führerrede vom 20. Februar 1938 bekannt, daß Deutschland das Schutrecht des Mutterstaates über seine unter fremder Herrschaft lebenden Volksgruppen in Anspruch nimmt. In den internationalen Verhandlungen zur Lösung der sudetendeutschen Frage war dieses Schutrecht von Frankreich und England auch durch die Lat anerkannt worden. Ja, Polen hatte sich selbst bei der Übernahme polnischer Gebietsteile aus dem tschechoslowakischen Staatengefüge auf dieses Schutrecht für seine Volksgruppe gestützt. Es ist selbstverständlich, daß es Deutschland nicht minder für das deutsche Danzig in Anspruch nehmen mußte, sobald das die zunehmende Nötigung des dortigen Deutschtums erforderlich machte. Das geschah, als Polen dem Danziger Senat die ultimative Forderung stellte, eine „Kontingente“ von 200000 polnischen Soldaten in Danzig zu stationieren. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen teilte dem polnischen Botschafter in Berlin mit, daß eine Wiederholung solcher ultimativen Forderungen an das deutsche Danzig und die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen eine Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen müßte. Die polnische Regierung beantwortete diese ganz selbstverständliche Mahnung, die nur dem Ziel diene, die notwendige Lösung des deutsch-polnischen Problems nicht unter gefährliche Spannungen geraten zu lassen, mit der unsachlichen und dreisten Mitteilung an den deutschen Gesandten in Warschau, daß sie eine rechtliche Grundlage für eine „Einmischung“ Deutschlands in die Beziehungen zwischen Danzig und Polen nicht anerkenne und daß sie Einmischungen der Reichsregierung als Angriffshandlungen ansehen werde.

So blies Warschau zum Kriege. Schon seit Monaten hatte man vom Marsch zur Oder, ja zur Elbe, und von der Schlacht bei Berlin geredet und Karten verbreitet, auf denen ganz Ostdeutschland als polnisches Gebiet in Anspruch genommen wurde. Die Armee war schon im Frühsommer mobil gemacht worden. Das Wehrabkommen mit Großbritannien machte Polen siegestrunken, und nun sollte der polnische Angriff seine „Rechtsbegründung“ erhalten. In dem ersten Paragraphen des britisch-polnischen Paktes war jede in der Macht der Parteien gelegene Hilfe und Unterstützung zugesagt, wenn „sich die eine Vertragspartei mit einer europäischen Macht infolge eines Angriffs derselben im Kriegszustand befindet“. Um diese Begründung überhaupt zu finden, mußte schon das Bemühen Deutschlands, sich auf diplomatischem Wege für die Rechte der deutschen Volksgenossen in Danzig einzusetzen, als Angriffshandlung aufgefaßt werden.

In London wurde der Ball sofort aufgefassen. In dem Schreiben, das der britische Ministerpräsident Neville Chamberlain am 22. August an den Führer und Reichskanzler richtete, wurde der feste Entschluß der britischen Regierung betont, ihre Bündnispflicht gegen Polen zu erfüllen. In diesem Schreiben erklang auch schon das Stichwort, daß die englische Propaganda dann im ersten Kriegsmonat bis zu geschmacklosen Flugblättern an das deutsche Volk ausgewalzt hat, daß es „eine gefährliche Täuschung sein würde, zu glauben, daß ein einmal begonnener Krieg frühzeitig enden würde“. Welche Verkennung des Ernstes und der Entschlossenheit, mit der der Führer und Reichskanzler und mit ihm das ganze deutsche Volk daranging, das Unrecht von Versailles im Osten zu beseitigen und damit dem Frieden zu dienen! Gewiß, niemand in Deutschland wollte den Krieg. Wenn er aber unvermeidlich war, weil Versailles und sein Unrecht berechtigt werden sollten, dann konnten auch Drohungen mit langer Kriegsdauer niemand schrecken.

Wie aber mußte eine solche Sprache auf das mobilisierte Polen wirken, das nur die englische Drohung gegen Deutschland aus ihr hörte, auch wenn der britische Premierminister sich sachlich für direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen einsetzte und die Garantie Großbritanniens für ein dabei erreichbares Abkommen anbot!

Der Führer antwortete unter dem 23. August. Er wiederholte, daß Deutschland niemals Konflikte mit England gesucht, sondern im Gegenteil um der englischen Freundschaft willen freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem großen Gebiet Europas vorgenommen habe. Die Lösung der Danziger Frage und des Korridorproblems müsse jetzt aber ohne Aufschub erfolgen. Der Führer hob hervor, daß die Verhandlungswilligkeit Polens durch die

gerade von England ausgestreuten Behauptungen über eine deutsche Mobilmachung gegen Polen und die später abgegebenen „Garantieerklärungen“ nicht sehr positiv zu bewerten sei und stellte damit die Verantwortung Englands für den Krieg klar heraus. In der Tat mußte die von England Polen gegebene Generalzusicherung, ihm unter allen Umständen beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen könnte, das mobilisierte Polen in seinem überheblichen Chauvinismus zum Angriff reizen. Die Folge war, daß die Bedrohung Danzigs und der Terror gegen die 1½ Millionen Deutschen in Polen ständig zunahm, obwohl die deutsche Regierung in Warschau mitgeteilt hatte, daß sie diese Rechtsverletzungen, Übergriffe und Mißhandlungen nicht länger dulden würde.

Herr Chamberlain hatte in seinem Schreiben auch britische Mobilmachungsmaßnahmen angekündigt. Der Führer stellte in seiner Antwort fest, daß ihr eindeutiger Charakter nur gegen Deutschland gerichtet sei, und daß das auch für französische Mobilmachungsmaßnahmen zutrefte. Das bedeutet aber eine Bedrohung des Reiches. „Ich teile daher“, so fährt der Führer fort, „Eurer Exzellenz mit, daß ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigung die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.“ Diese Feststellung knüpft unmittelbar an die Rede des Führers in Wilhelmshaven vom 1. April d. J. an. Schon damals hatte er, leider ohne Gehör zu finden, keinen Zweifel daran gelassen, daß er die britisch-französische Einkreisung nicht untätig hinnehmen werde.

Inzwischen hatte am 23. August der Nichtangriffs- und Konsultationspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion die diplomatischen Netze, die England und Frankreich seit dem Frühjahr zur Einkreisung Deutschlands gesponnen hatten, mit kühnem Zugriff zerrissen. Durch seinen Abschluß war die Hoffnung, Deutschland wieder in einen Zweifrontenkrieg verwickeln zu können, gescheitert geworden. Das aber bedeutete den Tod der Einkreisung. Der Staatsführung des Führers war es gelungen, die verantwortlichen Männer der Sowjetunion davon zu überzeugen, daß eine gemeinsame Arbeit Deutschlands und Rußlands zur Ordnung des Ostraumes die Lösung nicht nur der polnischen Frage, sondern aller osteuropäischen Probleme bedeuten würde. In Deutschland wurde diese Rückkehr zu den besten und erprobten Traditionen preußisch-deutscher Politik im Verhältnis zu dem großen osteuropäischen Reiche mit vollem Verständnis aufgenommen und freudig begrüßt, nicht aus „Synismus“, wie der britische Premierminister Chamberlain im Unterhaus meinte, sondern weil im deutschen Volke die Erinnerung an jene Wendung der russischen Politik während des Siebenjährigen Krieges zugunsten Friedrichs, an die Konvention von Tauroggen des Generals York und schließlich an den Rückversicherungsvertrag Bismarcks mit Rußland stets als vorbildliche geschichtliche Lösungen lebendig geblieben war. Die zunächst positive Haltung der Sowjetunion, die sich in kurzem zur aktiven Beteiligung an der Lösung der polnischen Frage wandelte, befreite nicht nur die skandinavischen Staaten von der Gefahr, wie 1914 ihre Neutralität nach Westen und Osten wahren zu müssen, sondern hielt auch die südsüdliche Staatenwelt, namentlich Rumänien und die Türkei, die bereits in die Einkreisung verstrickt waren, noch rechtzeitig im Gleichgewicht.

Ein letzter Versuch, den der Führer und Reichskanzler am 26. August zur Rettung des Friedens machte, blieb erfolglos. Er empfing an diesem Tage den britischen Botschafter in Berlin und gab dem besonderen Gewicht seines Vorschlages dadurch eindeutigen Ausdruck, daß er ihn als ebenso entscheidend bezeichnete wie den Schritt gegenüber Rußland. Er schlug die Herbeiführung einer Verständigung mit Großbritannien zur Regelung aller zwischen den beiden Staaten schwebenden Fragen vor. Voraussetzung sollte die Lösung der Probleme Danzig und Korridor sein, ferner die Erfüllung der kolonialen Forderungen Deutschlands, die begrenzt seien und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden könnten. Dagegen sei Deutschland bereit, den britischen Besitzstand zu garantieren und Großbritannien seine Hilfe zu sichern. Auch eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen könnte im Verfolg dieser Verständigung vereinbart werden. Dabei wiederholte der Führer an die Adresse Frankreichs die schon so oft gegebene Zusicherung, daß er an den westlichen Problemen nicht inter-

effiert sei und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe. Der Westwall sei die endgültige Grenze nach Westen.

Unzweideutige Beweise gab der Führer dem englischen Botschafter auch für die Gefahr, die den Frieden immer stärker von Polen her bedrohte. Er führte an, daß allein in der Nacht zum 25. August wieder 21 Grenzzwischenfälle vorgekommen seien. Die polnische Regierung hätte zum mindesten nicht verhindern können, daß militärische Unterorganisationen gegen deutsche Hoheitsrechte vertrieben, ganz abgesehen von der immer brutaleren Bedrohung und Verfolgung der Deutschen in Polen selbst.

Der Appell, den er an Frankreich wegen der Unberrückbarkeit der Westgrenze gerichtet hatte, fand ein merkwürdiges Echo in dem Schreiben, das der französische Ministerpräsident Daladier am nächsten Tag, also am 26. August, an den Führer richtete. Zwar stellt Herr Daladier fest, daß es „bis heute“ noch nichts gebe, was eine friedliche Lösung der internationalen Krise in Ehren und Würden für alle Völker verhindern könnte, wenn auf beiden Seiten der gleiche Friedenswille besteht. Dieser Feststellung widerspricht er dann aber selbst, wenn er in seinen weiteren Ausführungen sehr einseitig die Verantwortung von vornherein Deutschland zuschiebt mit den an den Führer gerichteten Worten, daß „das Schicksal des Friedens noch in Ihren Händen liegt“. Das Doppelspiel der britisch-französischen Politik, die den Krieg will, Deutschland aber die Schuld am Kriege andichten möchte, kommt hier eindeutig zum Ausdruck. Dem gleichen Ziel entspringt es, daß England die Bindungen an Polen durch den am 25. August in London unterzeichneten Beistandspakt demonstrib unterstreicht und damit der polnischen Kriegspolitik neuen Antrieb gibt.

Die auf Grund des Berichtes, den der britische Botschafter über seine Besprechung mit Adolf Hitler erstattet hatte, am 28. August in Berlin überreichte Denkschrift der britischen Regierung konnte an dem deutschen Angebot einer allgemeinen deutsch-englischen Verständigung nicht einfach vorübergehen. Wenn der Führer aber betont hatte, daß die Lösung der Probleme Danzig und Korridor die Voraussetzung für diese Verständigung sei, so legt die britische Denkschrift den Nachdruck darauf, daß sie vorangehen müsse. „Alles hänge“, so heißt es weiter, „von der Art der Lösung und von der Methode ab, die zu ihrer Erzielung angewandt würde.“ Unmißverständlich werden im Anschluß daran die gegenüber Polen bestehenden englischen Verpflichtungen hervorgehoben. Es ist klar, daß durch diese einseitige Festlegung das dann folgende Angebot Englands, unmittelbare Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen, in seiner praktischen Bedeutung ganz wesentlich herabgemindert wird. Trotzdem nimmt Deutschland schon am nächsten Tag, am 29. August, den Vorschlag an. In großem Ernst weist die deutsche Antwort aber gleichzeitig darauf hin, daß die unerträglichen Zustände, die durch die polnischen Übergriffe und die seit Mitte Juli durchgeführte polnische Mobilmachung hervorgerufen seien, Deutschland zwingungen hätten, nun ebenfalls nach monatelangem Zusehen die notwendigen Schritte zur Wahrung der berechtigten deutschen Interessen zu ergreifen. Ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen sei ausgeschlossen. Es wurde noch einmal hervorgehoben, daß die Forderungen Deutschlands der vom Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrages in diesem Gebiet entsprechen. Nicht Recht solle gebrochen, sondern Unrecht wieder gutgemacht werden. Der polnischen Regierung gibt die deutsche Regierung zur Entfennung einer mit allen Vollmachten versehenen Persönlichkeit nach Berlin eine Frist bis zum 30. August 1939. Angeichts der Höchstspannung der politischen Lage war diese Frist durchaus ausreichend; jedes Verkehrsmittel hätte für sie genügt, allerdings nur dann, wenn man in Warschau guten Willens war. In dieser entscheidenden Voraussetzung aber hätte auch eine längere Frist nichts geändert.

So kommt es zur dramatischen Hochspannung. Die Frist läuft ab, und in Berlin trifft weder ein polnischer bevollmächtigter Unterhändler noch eine Mitteilung der britischen Regierung über die von ihr in Warschau unternommenen Schritte ein. Wohl aber erhält die Reichsregierung gerade an diesem Tage die Nachricht von der Anordnung der allgemeinen polnischen Mobilmachung. So verbaut Polen den Weg, den Deutschland mit immer neuen Beweisen seines guten Willens zu einer friedlichen Lösung im letzten Augenblick noch einmal geöffnet hatte. England aber hat es darin unterstützt. Das ergibt eindeutig ein neues

Memorandum, das der britische Botschafter in Berlin am 30. August 1939, nachts 24 Uhr, dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop überreicht. Darin erkennt England wohl an, daß Eile geboten sei, hält es aber für untunlich, die deutsch-polnische Fühlungsnahme schon am 30. August herzustellen.

Bei dieser Gelegenheit werden dem britischen Botschafter die Vorschläge mitgeteilt, die inzwischen von der Reichsregierung ausgearbeitet waren. In kurzer Zusammenfassung fordern sie, daß Danzig in Verwirklichung des nach dem einmütigen Willen seiner Bevölkerung bewiesenen Selbstbestimmungsrechts unberührt in das Reich zurückkehrt und daß im Gebiet des Korridors, im Süden begrenzt durch die Linie Marienwerder—Graudenz—Kulm—Bromberg, eine Volksabstimmung nach den im Saargebiet angewendeten Grundregeln stattfindet, kraft deren das Stimmrecht allen denen zustehen soll, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiet wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden. Fällt die Entscheidung zugunsten Polens, so erhält Deutschland eine extraterritoriale Straße nach Ostpreußen. Im entgegengesetzten Fall erhält Polen eine gleiche Verbindung nach Gdingen, das in seiner Hand verbleibt. Zugleich soll eine umfassende Regelung der Lage der beiderseitigen Minderheiten vorgenommen werden. Bei einem Zurückfallen des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaße vorzunehmen, wie der Korridor hierfür geeignet ist. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen. Danzig und Gdingen sollen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Besetzungen. Die Halbinsel Hela wird in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

Von englischer Seite ist später behauptet worden, daß der britische Botschafter und damit die britische Regierung von den deutschen Vorschlägen nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden seien. Auch Ministerpräsident Chamberlain verbreitete diese Fuge trotz wiederholter deutscher Dementis in seiner Unterhausrede vom 1. September. Die englische Darstellung verstieg sich bis zu der lächerlichen Behauptung, daß der deutsche Reichsaußenminister dem britischen Botschafter das Dokument in größter Schnelligkeit vorgelesen hätte, so daß es ihm also nicht wirklich zur Kenntnis gebracht worden sei. Dabei ist dem britischen Botschafter das Dokument nicht nur mitgeteilt, sondern in einzelnen Punkten noch erläutert worden.

Alle diese Tatsachen sind in dem deutschen Weißbuch festgehalten worden. Die britische Regierung hat es an einer Campagne zur Klärung der „Kriegsschuldfrage“ nicht fehlen lassen. Sie stützt sich dabei weniger auf die diplomatischen Vorgänge im August, wenn sie diese auch entsprechend umdeutet, sondern erhebt vielmehr allgemeine Anschuldigungen gegen das nationalsozialistische Regime und seinen Führer. Auch 1914 hatte das britische Kabinett ja der Welt beteuert, daß es nicht gegen das deutsche Volk ins Feld ziehe, sondern allein gegen einen Mann, dessen angeblicher Herrschaftswille die Welt bedrohe. Nach demselben Rezept geht auch diesmal die englische Propaganda vor.

Schon hier sei vorweggenommen, daß im Laufe des Monats September die englische Regierung ein zweites Weißbuch — diesmal für eine weitere Propaganda bestimmt, denn es wird in Tausenden von Exemplaren z. B. in Holland verbreitet — unter dem Titel „Dokumente über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland“ veröffentlicht hat. Es enthält 144 Dokumente, beginnt mit dem deutsch-polnischen Abkommen von 1934 und endet mit der Rundfunkrede Chamberlains an das deutsche Volk in deutscher Sprache. Der Inhalt des Weißbuches ergibt sich aus den Überschriften der einzelnen Kapitel: „Verickslerung der europäischen Lage infolge des deutschen Vorgehens gegen die Tschecho-Slowakei“ (darauf, daß Polen im Herbst 1938 Miterbe war, legt das Weißbuch keinen Wert), deutsch-polnische Besprechungen im April und Mai, englisch-polnisches Abkommen, Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen von April bis Juni, Verickslerung der Lage in Danzig vom 3. Juni bis 3. Juli, die britische Haltung vom 10. bis 15. Juli, vorübergehende Entspannung

in Danzig vom 19. Juli bis 1. August, neue Verschlechterung vom 4. bis 16. August, Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen vom 24. bis 27. August.

Ein Abschnitt des Weisbuches ist den Vermittlungsversuchen anderer Staaten gewidmet. In einem besonderen Abschnitt werden die „Ereignisse, die unmittelbar zum Ausbruch der Feindseligkeiten führten“, behandelt; sie enthalten Neues nur insofern, als das Foreign Office von der Gepflogenheit der internationalen Diplomatie abweicht, indem es Berichte des britischen Botschafters in Berlin mit einer Reihe höchst privater und subjektiver Bemerkungen über führende deutsche Persönlichkeiten, darunter über den Führer selbst, der Neugier und Standsucht eines breiten Publikums preisgibt.

Doch zurück zum Ablauf der Geschehnisse! Auch am 31. August hatte Polen keinerlei Vertreter entsandt. Wohl gab nachmittags der polnische Botschafter in Berlin gegenüber dem Reichsaußenminister die mündliche Erklärung ab, daß die polnische Regierung in der vorausgegangenen Nacht von der britischen Regierung die Mitteilung von der Möglichkeit einer direkten Aussprache zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung erhalten habe und daß sie die britische Anregung im günstigen Sinne erwäge. Auf die ausdrückliche Frage des Reichsaußenministers, ob er beauftragt sei, mit ihm über die deutschen Vorschläge zu verhandeln, erklärte er aber, daß er dazu nicht ermächtigt sei. Auch die weitere Frage des Reichsaußenministers, ob er mit ihm die Angelegenheit sonst sachlich diskutieren könne, verneinte der Botschafter ausdrücklich.

Darauf veröffentlicht die Reichsregierung um 21 Uhr des gleichen Tages den Wortlaut ihrer Vorschläge. Sie stellt zugleich fest, daß sie zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines Unterhändlers gewartet habe und deshalb ihre Vorschläge als abgelehnt ansehe. Wie berechtigt diese Schlussfolgerung war, bestätigte der polnische Rundfunk mit der Mitteilung, daß Polen die deutschen Vorschläge als unannehmbar ansehe. Es wäre ein unvollständiges Bild der Haltung, deren sich die polnische Regierung und die polnische Öffentlichkeit in der ganzen vorangegangenen Zeit schon befeihigt hatte, wenn man verschweigen würde, daß der polnische Rundfunk sich in diesem Augenblick nicht enthalten konnte, das deutsche Volk in unflätiger Weise zu beschimpfen.

Der Versuch einer Beilegung des Konfliktes war also gescheitert, und der Führer sah sich genötigt, die von Polen schon seit langem gegenüber Danzig, dem Deutschtum in Polen und schließlich gegenüber Deutschland durch zahlreiche Grenzübertretungen angewandte Gewalt mit Gewalt abzuwehren. Besonders grabierend war ein Überfall polnischer Infurgenten auf den Sender Gleiwitz, bei dem ein polnischer Kufruf verlesen wurde. Der deutschen Polizei gelang es, einiger der Täter habhaft zu werden. Als in der Nacht vom 31. August auf den 1. September die offene deutsche Stadt Weuthen mit Artilleriefeuer belegt wurde, somit reguläres polnisches Militär angriffsweise eingesetzt, ein Angriff im engeren Wortsinne also erfolgt war, gab es für Deutschland gar keine andere Lösung mehr, als militärische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Die Würfel sind gefallen. Polen wählte den Krieg! Am 1. September tritt der Großdeutsche Reichstag zusammen. Der Führer stellt an den Beginn seiner Rede die unüberwindbaren Tatsachen, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und auf das Schutzrecht des Mutterlandes gründen: „Danzig war und ist eine deutsche Stadt. — Der Korridor war und ist deutsch.“ Unter stürmischen Zustimmungskundebunnen ruft er aus: „Ich habe mich daher entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber angewendet“, und kurze Zeit danach: „Polen hat nun heute Nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen, seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“ In einem Kufruf an die deutsche Wehrmacht gibt er ihr den Befehl, den Kampf um die Ehre und die Lebensrechte des wiedererstandenen deutschen Volkes mit harter Entschlossenheit zu führen.

Der Abwehrkampf des deutschen Volkes gegen Polen beginnt. Vor dem deutschen Volk und vor der Welt aber erhebt sich jetzt die Frage, ob England und Frankreich die Blankovollmacht, die sie so unverantwortlich der polnischen Regierung ausgestellt hatten, nun einlösen werden, mit anderen Worten, ob sie an der Ein-

Freiungspolitik gegen Deutschland, in der diese Blankobollmacht eine so bedenkliche Rolle spielt, festhalten werden. Nur zu bald wird daran jeder Zweifel genommen. Am Abend des 1. September überreichen die Botschafter von Großbritannien und Frankreich dem Reichsaußenminister zwei gleichlautende Noten, in denen sie von Deutschland die Zurückziehung der deutschen Truppen vom polnischen Gebiet fordern und erklären, daß ihre Regierungen bei Ablehnung dieser Forderung unverzüglich ihre vertraglichen Pflichten gegenüber Polen erfüllen würden. Die deutschen Truppen hätten die polnische Grenze überschritten und damit einen aggressiven Gewaltakt begangen. Der Reichsaußenminister erwidert beiden Botschaftern, daß Deutschland die in den Noten zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß ein deutscher Angriff gegen Polen vorliege, ablehnen müsse. Ein Eingehen auf die sachliche Forderung erübrigt sich.

In letzter Stunde bietet sich dann noch einmal die Möglichkeit einer friedlichen Lösung. Italien macht den Vorschlag, eine Konferenz zur Lösung des deutsch-polnischen Konfliktes einzuberufen. Ein sofort eintretender Waffenstillstand sollte die Vorbereitung ermöglichen und die Konferenz sichern. Noch am gleichen Tage gibt die Agence Havas die Annahme dieses Vorschlages durch Frankreich bekannt. Auch Deutschland nimmt den Vorschlag an. In England aber erklärt der Außenminister im Oberhaus, obwohl der Vorschlag Mussolinis den sofortigen Waffenstillstand ausdrücklich zur Voraussetzung gemacht hatte, daß die britische Regierung nicht an einer Konferenz teilnehmen könne, während Polen einer Invasion ausgesetzt sei und polnische Städte mit Bomben belegt würden. Er geht also einfach an der Tatsache des Waffenstillstandes vorbei. Hätte England den Vorschlag angenommen, so wäre dies sofort eingetreten; der Sündenursprung, den Lord Halifax so pathetisch zum Ausdruck brachte, hat also überhaupt nicht bestanden. Der letzte Versuch, den Frieden zu bewahren, aber ist an Englands Haltung gescheitert.

Das englische Ultimatum an Deutschland, das der britische Botschafter dann am 3. September im Auswärtigen Amt in Berlin überreichte, war nur die folgerichtige Fortsetzung der Einkreisungs- und Kriegspolitik, mit der die englische Regierung die egoistischen Interessen Englands über das Recht Deutschlands und über den Frieden der Welt stellte. Eine Frist von zwei Stunden, so hieß es in dem britischen Memorandum, sollte Deutschland haben, um die deutschen Truppen aus Polen zurückzuziehen. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnten es ab, von der britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.

In Frankreich hatte die Regierung die Mobilmachung für den 2. September angeordnet. Als dann in zwölfter Stunde der Vermittlungsvorschlag erfolgte, fanden sich in Frankreich Staatsmänner, die sich ihrer Verantwortung vor dem eigenen Volk bewußt waren. Dieses Verantwortungsgefühl versagte aber, als der Vermittlungsvorschlag an der Eigensucht Englands scheiterte, und Frankreich, dem in London heute nicht einmal mehr die Rolle des glänzenden Zweiten zugedacht ist, wurde in seiner politischen Zielsetzung einfach überrannt. Der französische Botschafter in Berlin, Coufandre, schloß sich, allerdings mit einer Verzögerung von fast 3½ Stunden, dem Schritt des britischen Botschafters an. Er erwiderte am 3. September gegen 13 Uhr beim Reichsminister des Auswärtigen und machte davon Mitteilung, daß sich Frankreich, falls Deutschland nicht gewillt sei, seine Truppen aus Polen zurückzuziehen, von 17 Uhr ab verpflichtet sehe, Polen Beistand zu leisten. So hatte sich Frankreich wieder einmal der englischen politischen Führung in einem verhängnisvollen Augenblick unterstellt.

Eine dokumentarische Äußerung der französischen Regierung zur Vorgeschichte des Krieges liegt bis jetzt nicht vor. Ministerpräsident Daladier hat eine solche im Auswärtigen Ausschuß der Kammer erst für später in Aussicht gestellt. Sie könnte, wenn Vollständigkeit und Wahrheit von ihr zu erwarten wären, interessante Aufschlüsse bringen, z. B. über die Verhandlungen, die am Tage nach der Pariser deutsch-französischen Friedenserklärung vom 6. Dezember 1938 zwischen der französischen und der polnischen Regierung zur Wiederbefestigung des Bündnisses der beiden Länder geführt wurden. In diesen Besprechungen, die damals sorgfältig dadurch verschleiert wurden, daß der polnische Außenminister Beck, der seine Weis-

nachtsferien an der französischen Riviera verbrachte, ostentativ Paris und eine Begegnung mit französischen Staatsmännern vermied, wurde vermutlich der erste Keim zum Entschluß der Warschauer Regierung gelegt, der unermüdlichen Auseinandersetzung mit Deutschland über die Restbestände von Versailles durch Flucht in die Arme Frankreichs und Englands, selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin, zu entgehen. Sie müßte dem französischen Volk auch enthüllen, was Reichsaußenminister von Ribbentrop dem französischen Botschafter Coulondre anläßlich ihres letzten Gesprächs zum Ausdruck gebracht hat. Die deutsche Reichsregierung, so führt Herr von Ribbentrop aus, könne es nur bedauern, wenn die Haltung Frankreichs zu Deutschland durch dieselben Ermäßigungen bestimmt sein sollte wie die der englischen Regierung. Deutschland habe immer einen Ausgleich mit Frankreich gesucht. Sollte die französische Regierung trotzdem auf Grund ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu Polen eine feindliche Haltung Deutschland gegenüber einnehmen, so würde die deutsche Regierung dieses als einen durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland ansehen. Deutschland selbst würde sich jeder Angriffsbehandlung gegen Frankreich enthalten. Sollte Frankreich jedoch eine andere Haltung einnehmen, so würde Deutschland gezwungen sein, in entsprechender Weise zu antworten. Die deutsche Reichsregierung wünscht nichts von Frankreich und dem französischen Volk und würde es nur mit Bedauern sehen, wenn trotz der immer wiederholten deutschen Bemühungen, mit Frankreich zu einem Ausgleich zu kommen, das französische Volk als alte Kulturnation sich am deutschen Westwall verblute.

Die These von der aufrichtigen Friedensliebe Frankreichs und seines verantwortlichen Staatsmannes Daladier läßt sich mit dem Vorgehen Frankreichs nicht in Einklang bringen. Sie bleibt neben der Betonung der Bündnispflicht gegenüber Polen, die aber noch dem tschecho-slowakischen Vorgang keine große Zugkraft besitzt, die hauptsächlichste moralische Rechtfertigung des Krieges, eines Krieges also, der angeblich um den Frieden geführt wird. Daladier selbst gebraucht diese Formeln neben heftigen Anschuldigungen der deutschen Politik in seiner Rede vor der Kammer am 2. September und in einer Rundfunkrede an das französische Volk am 3. September. Trotz dieser amtlichen Phrasologie ist es deutlich, daß das französische Volk resigniert, aber ohne Glauben in den Krieg geht. Es soll jedoch nicht verkannt werden, daß Frankreich wie immer in seiner ruhmreichen Geschichte in den Stunden der Entscheidung sich als mutige, geschlossene Nation bewährte. Rein zeitgeschichtlich sei noch die Unterzeichnung des französisch-polnischen Protokolls in Paris am 6. September festgehalten als eine neue formale Bindung an die englische Politik. Es enthält im wesentlichen die früheren Abmachungen, verwendet aber die gleichen Ausdrücke, wie sie sich in dem englisch-polnischen Vertrag befinden. Das am 6. September zwischen der britischen, französischen und polnischen Regierung abgeschlossene Finanzabkommen, durch das Polen endlich das ihm im Sommer verweigerte Bardarlehen von 8,5 Millionen Franken gewährt wird, ist als ein Luftgeschäft zu betrachten, da es bald keinen polnischen Staat und Schuldner mehr geben wird.

In der ersten Septemberhälfte sieht sich Ministerpräsident Daladier veranlaßt, sein Ministerium umzubilden bzw. zu ergänzen. Sein Versuch, bei dieser Gelegenheit ein Konzentrationskabinetts aller Parteien von rechts bis links, unter Ausschaltung allein der Kommunisten, zu bilden, mißlingt allerdings. Die sozialdemokratische Partei weigert sich, das ihr angebotene Handels- und das Unterrichtsministerium zu übernehmen, und verlangt für die Regierungsbeteiligung stärkere Positionen. Eine personell bedeutungsvolle Änderung liegt in der Übernahme des Außenministeriums durch Daladier, der nun außer dem Vorsitz des Kabinetts und dem Kriegsministerium auch den Quai d'Orsay verwaltet. Der bisherige Außenminister Bonnet übernimmt die Justiz, Erziehungsminister wird der frühere Außenminister Delbos. An dem politischen Charakter des Kabinetts, das sich auch weiter auf die große bürgerliche Partei der Radikalsozialisten stützt, verändert sich nichts, zumal da die Zerklüftung des Kommunismus und die Inaktivierung des Parlaments das Kabinetts Daladier in seiner schon seit Monaten errungenen autoritären Stellung beläßt.

Wichtiger ist die Umgestaltung des Kabinetts in England am 3. September. Sie hat den Vorteil, daß endlich die für den Krieg wirklich verantwortlichen Männer auch die formale Verantwortung übernehmen. Von den Säuptern der Kriegspartei tritt Churchill, dem Chamberlain noch vor kurzem im Unterhaus zugerufen hatte, daß er in allem anderer Meinung sei, als Erster Lord der Admiralität, also als politischer Leiter der Kriegsführung zur See, in das Kabinett ein, während sein unbedeutenderer Spießgeselle Eden sich mit dem Dominion-Ministerium begnügen muß. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiterpartei eine Vertretung im Kabinett ablehnt. Neu wird mit Beginn des Krieges das seit langem vorbereitete sogenannte Informations-Ministerium — man vermeidet den Ausdruck „Propaganda“, um in der Sache selbst um so unbedenklicher zu sein — begründet, aber nicht, wie vorgesehen war, unter dem früheren Vorkämpfer in Rom, Lord Perth, sondern unter dem Schotten Lord MacMillan, der unter dem Labour-Ministerpräsidenten MacDonald als nichterblicher „Lord-Advocate“ ins Oberhaus eintrat. Er gehört der konservativen Partei an und ist durch seine Fähigkeit bekannt und gefürchtet, stundenlang in raschestem Tempo zu sprechen. Ihm zur Seite steht der frühere Unterstaatssekretär im Innenministerium, Sir Findlater Stewart, ein Berufsbeamter, und Lord Camrose (eigentlich Berry), ein Presse-Lord von Lloyd Georges Gnaden, Besitzer des „Daily Telegraph“, der mit seinen Brüdern Lord Kemsley und Lord Ziff einen beträchtlichen Teil der englischen Presse kontrolliert, einer der übelsten Kriegsbeher und Deutschenfeinde; einer seiner engsten Mitarbeiter ist der Jude Pulvermacher, Chef vom Dienst des „Daily Telegraph“. Die ersten unglücklichen Erfindungen dieses Informations-Ministeriums (angebliche Zerstörung der Schwarzen Madonna von Tichenstochau, Aufstand in tschechischen Städten usw.) und die Behandlung der englischen und ausländischen Presse erregen sofort heftigste Kritik in England und im Ausland. Am 22. September wird, offenbar zur Reinigung des Stalles, der auch in Deutschland bekannte Schriftsteller und Politiker Sir Eduard Brigg als parlamentarischer Staatssekretär in das Ministerium berufen.

Von größter Bedeutung in sachlicher und psychologischer Hinsicht ist die Gestaltung der Front der Neutralen. Schon daß von einer solchen Front gesprochen werden kann, beweist, daß es diesmal den Einkreisungsmächten nicht gelungen ist, die Neutralen in die gleiche Abhängigkeit von sich zu bringen wie im Weltkrieg. Zwar belieben es die verantwortlichen Staatsmänner in England und Frankreich, den Krieg gegen Deutschland mit derselben Begründung und derselben Propaganda zu führen wie damals. England spannt in seine Hungerblockade auch ohne Zögern die gesamten Neutralen mit ein und hält so an seiner Seeräuberpraxis aus dem Weltkrieg fest. In Wirklichkeit ist das Weltbild zwischen damals und heute aber grundverschieden. Während sich damals von acht Großmächten nur zwei, Italien und die Vereinigten Staaten, zunächst am Krieg nicht beteiligten und sich erst später den Feinden Deutschlands anschlossen, während 1914 von den europäischen Mittelstaaten Belgien und Serbien sofort, Rumänien im zweiten, Griechenland im dritten Kriegsjahr, nicht weniger als 11 südamerikanische Staaten und in der exotischen Welt China und Sedschas und die Regerepublik Liberia und Siam der Kriegsentente beitraten, bot sich jetzt ein ganz anderes Bild. Rußland, das im Weltkrieg drei Jahre den größten Teil der deutschen Kraft auf sich gezogen hatte und mit schweren blutigen Opfern niedergedrungen werden mußte, hatte sich geweigert, zum zweitenmal als „Dampfwalze“ für englische und französische Interessen gegen Deutschland gebraucht zu werden. Die zweite europäische Großmacht, deren jetzige Stellung jeden Vergleich mit 1914 als ungeschickte Fälschung der gegnerischen Propaganda erscheinen läßt, ist das faschistische Italien. Seit drei Jahren ist es mit dem nationalsozialistischen Deutschland eng befreundet, seit dem 22. Mai dieses Jahres durch einen militärischen Beistandspakt verbündet. In der Zuspitzung der Krise in den letzten Augusttagen hatte Mussolini seine Vermittlung zu einer friedlichen Lösung zur Verfügung gestellt und am 2. September den Vorschlag eines Waffenstillstandes und einer sofortigen Konferenz der beteiligten Großmächte gemacht. An der ultimativen Forderung Englands, der sich auch Frankreich anschließen mußte, Deutschland solle seine Truppen aus Polen zurückziehen, war dieser letzte Versuch, den Frieden zu retten, gescheitert. Im Einverständnis mit dem Führer,

der erklärte, Deutschland werde die ihm gestellte Aufgabe mit eigener Kraft lösen, ohne an die Bundeshilfe Italiens zu appellieren, erklärte der italienische Ministerrat am 1. September die Neutralität. Es bedurfte keiner komplizierten Erklärungen, um sowohl das italienische als das deutsche Volk von der politischen Zweckmäßigkeit und der tieferen Bedeutung dieses Beschlusses zu überzeugen. Die militärische und politische Entwicklung des ersten Kriegesmonats lieferte zudem den Kommentar. Der rasche Siegeszug der deutschen Truppen in Polen zeigte, daß der Führer nicht zuviel gesagt hatte, wenn er die deutsche Kraft als ausreichend bezeichnete. Im Südosten Europas, im Mittelmeer, in der Levante, in Nordafrika aber wirkte das Gewicht der italienischen Neutralität mit dem der sowjetrussischen zusammen zur Aufrechterhaltung des Friedens in diesen Räumen und damit zur Störung der englisch-französischen Pläne, die während des Sommers durch die Garantie für Rumänien und Griechenland, durch das Schachergeschäft mit der Türkei und den Sandtschak von Alexandrette und durch Druck auf Ägypten und die halbouveräne arabische Staatenwelt den Vernichtungskrieg gegen Deutschland und das verbündete Italien auch aus dieser Flanke vorbereitet hatten, aus der Italien militärisch, Deutschland wirtschaftlich getroffen werden konnte.

Daß diese Funktion der Achse den Inhalt des deutsch-italienischen Bündnisses voll erfüllt, solange sich das Gesicht des Krieges im Westen, den Mussolini einen „absurden Krieg“ nannte, nicht entschleierte, wird von den politisch Weisenden in allen Ländern erkannt und anerkannt. In Deutschland und Italien haben jedenfalls die Stimmen der gegnerischen Propaganda, die von dem „Ende der Achsenpolitik“ zu berichten wissen, keinerlei Wirkung zu verzeichnen. In beiden Ländern hat man die Forderung Mussolinis verstanden, daß auf gefährlicher Fahrt der „Pilot nicht gestört werden darf“.

Von den beiden anderen Großmächten, die einst dem Ringen der „Alliierten und assoziierten Staaten“ angehörten, Japan und der Nordamerikanischen Union, ist die erstere Deutschland und Italien freundschaftlich verbunden. Auch wenn die überraschende Wendung in den deutsch-russischen Beziehungen in Japan zunächst widerspruchsvolle Auffassungen und Empfindungen auslöste, so zeigt doch der japanisch-russische Waffenstillstand vom 15. September, daß die japanische Diplomatie dem historischen Ereignis elastisch zu folgen wußte. Auf keinen Fall können die europäischen Westmächte, kann vor allem England, das in Ostasien in einem vorläufig unüberbrückbaren Gegensatz zu den japanischen Zielen in China steht, mit einem Beitritt Japans zu ihrer Kriegsoffensive gegen Deutschland rechnen.

Komplizierter liegen die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, wo der Präsident Roosevelt seit langem einen schweren Kampf gegen die Opposition um Änderung der Neutralitätsgesetzgebung führt, die unter den gegebenen Verhältnissen dazu führen würde, daß die Westmächte wenigstens durch Lieferung von Kriegsmaterial Unterstützung erhielten. Daß dies der Effekt der Aktion wäre, die man die Herstellung einer „wahren Neutralität“ nennt, weil der gegenwärtige Zustand Deutschland zugute komme, kann nicht bezweifelt werden. Die parlamentarische Behandlung dieser für die künftige Entwicklung des Krieges wichtigen Frage (man erinnert sich, daß der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg nur äußerlich durch den U-Boot-Krieg, in Wirklichkeit aber durch die finanziellen Verflechtungen infolge der riesigen Kriegslieferungen für die Entente veranlaßt wurde) ist zur Zeit im Gange und wird sich wohl bis zum Anfang des kommenden Jahres hinziehen. Ein starker Widerstand scheint den Plänen Roosevelts weniger von Seiten der parlamentarischen Minderheit, als aus dem wachsenden Neutralitätswillen des Landes zu erwachsen.

Auch die gegenüber 1914 völlig veränderte Haltung der übrigen amerikanischen Staaten wird auf die Entscheidung der Nordamerikanischen Union nicht ohne Einfluß sein. Es steht fest, daß keines dieser Länder, außer dem britischen Dominion Kanada, auch nicht diejenigen, die sich damals ohne jeden Grund von der Entente zur Kriegserklärung gegen Deutschland verleiten ließen, darunter Brasilien, in ihrer schon gleich zu Beginn des Krieges erklärten Neutralität verharren wollen und darüber hinaus sich gegen die Vergewaltigung ihres Handels und ihrer Schifffahrt durch den britischen Blockadefrieg zur Wehr setzen. Die drei großen südamerikanischen Republiken Argentinien, Brasilien und Chile stehen an der Spitze dieser

panamerikanischen Bewegung zur Isolierung von den europäischen Problemen und zur Wahrung der Interessen des amerikanischen Kontinents. Der Verlauf der Konferenz in Panama, die am 26. September eröffnet wurde, zeigt, daß auch die kleineren Staaten, von Uruguay, nur den einen Wunsch haben, wenigstens die Küstengebiete Amerikas und damit den interkontinentalen Handel von Störungen durch den Krieg frei zu halten.

In gleicher Frontstellung zu den englischen Blockademaßregeln, wie die amerikanischen Staaten stehen, nur in gefährlicherer Nähe und unter erhöhtem Druck, die europäischen Mittelstaaten der sogenannten Oslo-Gruppe, also die skandinavischen Länder, Belgien, Holland, Luxemburg und auch die Schweiz, die sich wegen der besonderen Art ihrer völkerrechtlichen Neutralität der Gruppe zwar nicht formell angeschlossen hat, aber seit Beginn des Krieges mit ihr zusammenarbeitet. Alle diese Staaten haben erklärt, daß sie sich der von England durch seine Konterbandenliste und das System der schwarzen Listen angestrebten Verhaftung und Beschränkung ihres Handels nicht unterwerfen wollen. Daß bei Fortsetzung des Krieges der Druck Englands und die Brutalität seiner Methoden noch wachsen werden, ist zweifellos. Hier eröffnen sich Gefahren, auf die rechtzeitig hinzuweisen ist.

Die deutsche Regierung hat den Neutralen gegenüber ihre Bereitschaft erklärt, ihnen alle Hilfe zur Aufrechterhaltung ihres Handels und ihrer Wirtschaft zu leisten, sie aber auf der anderen Seite auch darauf aufmerksam gemacht, daß sie mit den entsprechenden deutschen Gegenmaßnahmen zu rechnen hätten, wenn sie sich, wie es im Weltkrieg der Fall war, den englischen Forderungen fügen und damit zum mindesten ihre wirtschaftliche Neutralität brechen würden. Aus der so zwischen zwei Feuern stehenden Welt der Neutralen ist denn auch der Ruf nach Beendigung des Krieges immer deutlicher vernehmbar, was für die psychologische Seite der Kriegsführung nicht ohne Bedeutung ist.

Trotz allem blieb England unbelehrbar in dem Vertrauen, das es auf die Durchführung und Wirkung seiner Blockade setzte. Dabei störte es die Herren keinen Augenblick, daß sie in ihrer Propaganda dem deutschen Volk einzureden versuchten, sie führten nicht gegen das Volk Krieg, sondern nur gegen seine Regierung, gleichzeitig aber die Hungerblockade gerade gegen dieses Volk, gegen seine Frauen und Kinder richteten. Bewußtlich übersehen sie auch, daß die Haltung der Neutralen diesmal ganz anders bedingt war als während des Weltkriegs. Ja, vielleicht war ihnen gerade dieser Umstand ein Ansporn, den Kampf auch auf Kosten der und gegen die Neutralen zu führen in der Hoffnung, so den Kreis der Kriegführenden doch noch zu erweitern. Diesmal machte sich die englische Regierung gar nicht mehr die Mühe, ihren Maßnahmen das Mäntelchen der Londoner Deklaration von 1909 umzuhängen, die auf der von England selbst einberufenen Seekonferenz seinerzeit als „im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts entsprechend“ angenommen wurde. Ein Erlass des englischen Königs bezeichnete im einzelnen die Gegenstände, die als Kriegskonterbande behandelt werden sollen. Er unterscheidet zwischen absoluter Konterbande und bedingter Konterbande. Zu der letzteren gehören alle Arten Nahrungs- und Lebensmittel, Futter und Futtermittel, Kleidung und Artikel sowie Materialien, die zu ihrer Erzeugung gebraucht werden. England macht sich an, alle diese Güter durch seine Kriegsschiffe als Seebeute überall aufbringen zu lassen. Jedes Schiff einer fremden Nation, das solche Güter an Bord hat, wird von britischen Schiffen versenkt oder geraubt werden. Dabei gelten nach allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen im Seekrieg als Konterbande nur solche Güter und Gegenstände, die unmittelbar der Rüstung der kriegführenden Streitkräfte dienen. So verkündet England in aller Form die Hungerblockade gegen die Frauen und Kinder aller europäischen Länder.

Die Lage Deutschlands aber ist ganz anders als vor 25 Jahren. Zunächst einmal hatte Deutschland selbst durch den Vierjahresplan und durch die Höchststeigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Versorgung mit allen Rohstoffen und die Nahrungsmittelgrundlage so gesichert, daß die Blockade zu keiner Zeit der deutschen Kriegsführung abträglich werden kann. Die vorsorgliche Planung der Wirtschaft und die sofort eingefetzte ausreichende Zuteilung der Lebensmittel geben dafür jede Gewähr. Dann aber wird Deutschland infolge des Scheiterns der Einkreisungspolitik im Osten und Südosten in seinen wirtschaftlichen Maßnahmen,

in der Aus- und Einfuhr auch durch die stärksten englischen Blockademahmungen in keiner Weise getroffen. Und endlich wendet sich die neutrale Front mit zunehmender Energie gegen die Seerüberpraxis Englands. Zudem hat Deutschland auch in der Blockade den Kampf gegen England entschlossen aufgenommen. Zunächst hatte die Reichsregierung sich durch ihre Brienordnung in der Seekriegsführung streng an die geltenden Rechtsregeln gehalten. Am 13. September läßt sie bekanntgeben, daß dieser Zustand durch den englischen Völkerrechtsbruch hinfällig geworden und daß die deutsche Brienordnung entsprechend geändert worden ist. Die neue Liste wird am gleichen Tage bekanntgegeben. Nahrungsmittel (einschließlich lebender Tiere), Genußmittel, Futtermittel und Kleidung werden ebenfalls als bedingtes Waingut erklärt. Gleichzeitig fergen die deutschen Unterseeboote dafür, daß England am eigenen Leibe den von ihm heraufbeschworenen Blockadefampf erfährt und daß es ihm auch nicht möglich ist, die neutrale Schiffahrt für sich einzulpannen.

Umsonst versuchte die englische Propaganda, die neutrale Front dadurch zu erschüttern, daß sie immer wieder das Gerücht auftauchen läßt, Deutschland beabsichtige bald dieses, bald jenes Grenzland zum Kriegsgebiet zu machen, um so den Kampf nach Frankreich hineinzutragen. Es gelingt ihr nicht einmal, durch diese Lügen das Staunen der Welt über die Untätigkeit an der französisch-englischen Kriegsfront im Westen abzulenken. Noch weniger aber verfangen sie in den betroffenen Ländern gegenüber den eindeutigen Erklärungen der deutschen Reichsregierung und gegenüber den noch eindeutigeren Handlungen der deutschen Kriegsführung. Dagegen rufen die Neutralitätsverletzungen, die England sich neben der Hungerblockade zuschulden kommen läßt, eine steigende Verunruhigung hervor. Eine kleine Blütenlese genügt:

1. Absturz eines britischen Militärflugzeuges über Norwegen bei Skyrjebøe im Sognefjord am 1. September (Mitteilung des norwegischen Admiralstabes).

2. Erste Neutralitätsverletzung Hollands durch britische Militärflugzeuge: In der Nacht vom 3. zum 4. September machten englische Flugzeuge den Versuch, über die holländische Grenze kommend, auf deutsches Gebiet vorzuziehen. Aus Flugblättern, die sie abwarfen, konnte einwandfrei ihre Herkunft festgestellt werden.

3. Englischer Bombenabwurf über Dänemark: Ein britischer Militärflugzeug hat über der Hafenstadt Esbjerg an der süßlichen Nordsee Küste Dänemarks am Nachmittage des 4. September zwei Bomben abgeworfen, wodurch eine Wohnung zerstört, zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

4. Zweite Neutralitätsverletzung Hollands durch britische Bomber: Es handelt sich um die englischen Bombenflugzeuge, die sich am 4. September gegen 18 Uhr nach einem ergebnislosen Angriff auf Wilhelmshaven und nach Verlust von zehn Apparaten durch Übersiegen holländischen Gebietes in Sicherheit brachten.

5. Dritte Neutralitätsverletzung Hollands durch britische Bomber: Im Laufe der frühen Morgenstunden des 5. September wurden in der Nähe von Amsterdam Flugzeuge gesichtet, auf die das Feuer eröffnet wurde. (Niederländischer Regierungs-Pressedienst.)

6. Ein britischer Kreuzer versenkt einen deutschen Frachtdampfer in neutralen Gewässern. Der britische Kreuzer „Hag“ versenkte den deutschen Frachtdampfer „Olinda“ vor dem südbrasilianischen Hafen Rio Grande, also unter Nichtbeachtung des neutralen Hoheitsgebietes.

7. Aberfliegung der belgischen Stadt Antwerpen: Durch britische Flugzeuge am 6. September.

8. Angriff englischer Flugzeuge auf den deutschen Dampfer „Franken“ in niederländischen Hoheitsgewässern bei Padang (Sumatra).

9. Zweite Neutralitätsverletzung gegenüber Norwegen: Am 6. September früh überflog ein großer zweimotoriger Doppeldecker längere Zeit die Insel Kvitingö am Vokn-Fjord bei Stavanger. Am Abend des gleichen Tages wurden zweimal weitere Flugzeuge an derselben Stelle beobachtet, zweifellos englische Flugzeuge.

10. Zweite Neutralitätsverletzung gegenüber Dänemark: Am 8. September zwischen 2 und 4 Uhr morgens flogen englische Flugzeuge über die Grenze in Nordschleswig in der Richtung nach Esbjerg und Kolbing.

11. Neue Verletzung der belgischen Neutralität: Englische Flugzeuge wurden in der Nacht zum 9. September über Belgien von belgischen Flugzeugen gestellt, ein englischer Bomber zum Landen gezwungen. Protest der belgischen Regierung in London.

12. Dritte Neutralitätsverletzung gegenüber Dänemark: Am Morgen des 9. September wurden in der Gegend von Lønbjerg englische Bomber gesichtet, die von Sylt her kamen.

An das gesamte schaffende deutsche Volk wendet sich Generalfeldmarschall Göring am 9. September in einer vom großdeutschen Rundfunk verbreiteten Rede vor der Gefolgschaft der Rheinmetall-Vorsig-Werke in Berlin-Tegel. Er legt in grundsätzlichen Ausführungen die Verbundenheit zwischen der Wehrfront und der Heimatfront dar. Niemand soll diese Verbundenheit erschüttern, niemand gegen ihren Geist verstoßen. Wer es tut, schließt sich selbst aus aus der Lebens- und Kampfgemeinschaft des deutschen Volkes. Daß Deutschland mit den Waffen nicht besiegt werden kann, steht außer Frage. So erwartet der Gegner, so erwartet vor allem England, seine Erfolge auch aus dem Wirtschaftskrieg und einer Zermürbung der Heimatfront. Wie wenig begründet aber auch diese Hoffnung ist, das beweist und belegt der Generalfeldmarschall mit Angaben, an denen niemand rütteln kann. Danach ist Deutschland der bestgerüstete Staat der Welt, den es überhaupt gibt. Sicher ist spariamster Einsatz aller der Dinge, die wir nicht haben oder nur schwer erhalten können, notwendig. Aber fehlen wird es an nichts, um zu verhindern, daß dem deutschen Volke noch einmal ein „Frieden“ von Versailles auferlegt werde. Die Hoffnung, die England auf die Blockade setzt, ist ebenso lückenhaft wie die Blockade selbst. Gerade die Blockade aber und die Art, wie England sie durchführt, beweist, wie verlogen seine Behauptung ist, es führe nicht Krieg gegen das deutsche Volk, sondern gegen seine Führung. Denn diese Blockade richtet sich ausschließlich gegen das deutsche Volk, gegen seine Frauen und seine Kinder. Wenn das Gebot gegen den Vernichtungswillen des Feindes Arbeit und immer wieder Arbeit lautet, dann soll aber auch niemand aus dieser Arbeit, die geleistet wird, um die Not des Krieges und des Volkes zu bannen, privaten Nutzen ziehen. Hier umreißt Hermann Göring ein Hauptgebot der Volksgemeinschaft, an dem niemand rütteln soll. Er schließt mit der Feststellung, daß das deutsche Volk nicht in den Krieg gezogen ist, um Eroberungen zu machen, sondern daß ihm der Krieg aufgezwungen ist, weil es sein Recht gefordert hat. Als Sinnbild und als Beispiel geht dem Volke der Führer voran, er, der stets der erste Arbeiter des Reiches gewesen ist und heute mehr denn je auch der erste Soldat. Wenn der Gegner die Parole zum Kampf auf Leben und Tod gibt, dann wird das deutsche Volk alle Entbehrungen auf sich nehmen, aber nie wieder ein Diktat von Versailles.

Göring an die Heimatfront

An das gesamte schaffende deutsche Volk wendet sich Generalfeldmarschall Göring am 9. September in einer vom großdeutschen Rundfunk verbreiteten Rede vor der Gefolgschaft der Rheinmetall-Worrig-Werke in Berlin-Tegel. Er legt in grundsätzlichen Ausführungen die Verbundenheit zwischen der Wehrfront und der Heimatfront fest, eine Verbundenheit, der sich kein deutscher Volksgenosse entziehen werde und könne.

Nach einem Überblick über die Vorgeschichte des Krieges, die mit der Feststellung abschließt, daß es England einzig und allein darum gehe, Deutschland nicht groß werden zu lassen, entwickelt der Generalfeldmarschall ein Bild von den Kriegsschauplätzen. Er zeigt, daß im Westen nur der Kampfabschnitt zwischen Basel und Luxemburg in einer Länge von etwa 250 Kilometer in Frage komme, wenn der Gegner gleich Deutschland die Neutralität der angrenzenden Staaten anerkennen werde. Der Westwall und die deutschen Divisionen machen es unvorstellbar, daß ein Gegner hier durchstoßen könne. Der zweite Kriegsschauplatz ist das Meer. In die Deutsche Bucht könne der Engländer nicht hineinfahren, da ihm Gefahr unter dem Wasser und aus der Luft drohe. Auf die Blockade geht der Generalfeldmarschall dann noch besonders ein und verkündet zum erstenmal, daß Englands Versuch, unsere See „Bremen“ abzugeben, mißglückt ist. Für den Hauptkriegsschauplatz Polen kündigt er nach eingehender Darstellung der unerhörten deutschen Waffenerfolge an, daß in 14 Tagen nach Beginn des Kampfes die ganze Sache erledigt und in weiteren wenigen Wochen die letzte Räumungsarbeit durchgeführt sein werde, eine Prophezeiung, die durch die Tat noch überholt worden ist. Damit höre aber die Bedrohung Deutschlands an zwei Fronten endgültig auf.

Generalfeldmarschall Göring stellt dann die beiden Kampfebene heraus, auf denen der Gegner seine sichersten Erfolge erwartet, den Wirtschaftskrieg und die Zermürbung der Heimatfront. Zu dem ersteren führt er aus:

„Wenn mit aller Kraft in diesen Jahren am Vierjahresplan gearbeitet wurde, wenn Arbeiter, Konstrukteure, Wirtschaftsführer, Erfinder eingeschaltet wurden, dann doch nur darum, um auch auf diesem Gebiet eine Abwehr zu schaffen, die unschlagbar ist. Und heute kann ich euch nur sagen, und das kann keinesfalls widerlegt werden:

Deutschland ist der bestgerüstete Staat der Welt, den es überhaupt gibt.

Drei Dinge sind es, die hier entscheidend sind: der Rohstoff, die Produktionsstätten und der Arbeiter, den Arbeiter im ganz großen Sinne gefaßt: vom Wirtschaftsführer bis zum letzten Stift. Hierbei sind die lebenswichtigen Betriebe in erster Linie ausschlaggebend, das heißt die Betriebe, die all das herstellen, was zur Rüstung notwendig ist. Und hier weiß ich nun, meine Kameraden, daß auch von eurer Seite alles geschehen wird, was menschenmöglich ist. Hier kommt es jetzt nur darauf an, daß wir arbeiten, arbeiten und arbeiten bis dorthinaus! Wenn ein Geschütz kaputt geht, müssen zwei neue Geschütze entstehen. Wenn wir an einem Tage Zehntausende von Granaten verschossen haben, müssen Hunderttausende am nächsten Tage bereit sein, um die Bestände aufzufüllen. Wenn die Gegner uns auf diesem Gebiet herausfordern, so sollen sie Dinge erleben, daß ihnen die Augen übergehen werden darüber, was Deutschland alles leistet. Sie mögen mehr Gold, mehr Kupfer, mehr Zink und Blei haben, aber entscheidend ist: wir haben mehr Arbeiter, wir haben mehr Menschen, die das ausgleichen. Immer noch ist die Produktion unserer Geschütze, unserer Flugzeuge weit über der unserer Gegner.

Was nun die Rohstoffe anbetrifft, so sagt man, wir seien das rohstoffärmste Land der Welt. Volksgenossen! Es gibt eine ganze Anzahl von Rohstoffen, die wir nicht besitzen. Gewiß. Aber es sind in der Welt immer noch zwei Urrohstoffe, die entscheidend sind: Kohle und Eisen. Kohle besitzen wir sehr viel, und seit wenigen Tagen besitzen wir davon noch erheblich mehr! Auf dem Gebiet der Eisenproduktion sind Dinge geschehen, die vor wenigen Jahren noch unvorstellbar waren. Vor noch nicht drei Jahren zog der Bauer seinen Pflug dort, wo heute bereits der größte Hochofen, das gewaltigste Verhüttungs- und Walzwerk der Erde stehen. Aber das ist erst die erste Stufe. Viele weitere solcher Anlagen sollen noch gebaut werden.

Aber nun. Volksgenossen: So ist es nun doch auch nicht, daß wir nicht mehr wissen, was wir wollen und was wir haben. England ist nicht mehr in der Lage, seine Kohlen zu

exportieren. Wir aber sind in der Lage, unsere Betriebe bis zum äußersten mit Kohle zu versehen und darüber hinaus noch Kohle in genügendem Maße zu exportieren, um andere Dinge hereinzubekommen. In dem Augenblick, als die Kohlenfrage bei uns in Deutschland anfang, prekär zu werden, weil ungeheure Anforderungen an die Kohle gestellt werden müssen, in demselben Augenblick, im richtigen Moment haben wir die notwendige Verstärkung unserer Kohlenförderung in der Gestalt des ostobersächsischen Gebietes. Die Tschengruben, die die Polen im vorigen Jahr den Tscheden abgenommen haben, sind jetzt auch wieder in unserer Hand. Jedenfalls haben wir, das möchte ich noch einmal betonen, genug Kohle und Eisen, und das ist das Entscheidende.

Selbstverständlich gibt es aber andere Dinge, die wir nicht haben oder nur schwer erhalten können. Deshalb ist der sparsamste Einsatz aller dieser Dinge notwendig. Diese Stoffe dürfen nur dort verwendet werden, wo sie wirklich wichtig und entscheidend sind. Hier muß nun alles mithelfen. Vor allen Dingen appelliere ich noch einmal an unsere Erfinder.

Was wir im Vierjahresplan begonnen haben, kommt nun zur steigenden Wirkung.

Schon jetzt haben die ersten Fabriken und Hydrierwerke mit der großen Produktion begonnen, im Jahre 1940 kommen die nächsten. Mit jedem Jahre werden wir stärker und widerstandsfähiger, da dann die Frucht aufgeht, die wir in diesen Jahren gesät haben.

Die propagandistisch so aufgeblähten Hoffnungen, die sich die Gegner auf unsere Werk- und sogenannten Ersatzstoffe machen, dahin nämlich, daß sie nicht genügen, weist Generalfeldmarschall Göring unter dem Beifall der deutschen Arbeiter, zu denen er spricht, zurück. Er beschränkt nicht, daß wir uns in manchem einschränken und mit geringeren Stoffen begnügen müßten, weist aber auch darauf hin, wie bedeutungslos solche Einschränkungen gegenüber dem Ziele des Kampfes sind, daß dem deutschen Volk nicht noch einmal ein „Frieden“ von Versailles auferlegt werde. Auch die Hoffnung, die vor allem England auf die Blockade setzt, führt er auf das richtige Maß zurück; denn diese Blockade ist durchaus lächerlich, viel lächerlicher, als sie im Weltkrieg gewesen ist. Einmal sei Deutschland vorbereitet, zum anderen aber sei die Blockade verdammt dünn. Im Norden können sie uns nicht blockieren. Im Osten können sie uns nicht nur nicht blockieren, sondern da haben wir gerade günstige wirtschaftliche Abschlüsse getroffen, die uns außerordentlich helfen werden. Denn wenn sie schon der Meinung sind, daß wir keine Rohstoffe haben: daß Rußland keine hat, können sie mit dem besten Willen nicht behaupten. Daß hier die Verständigung wirklich eine richtige und tiefgehende ist, das wißt ihr. Hier mag jeder von uns seine eigene Sache machen, wir machen unseren Nationalsozialismus, die machen ihren Kommunismus, da wollen wir uns gegenseitig nicht hineinmischen. Im übrigen sind wir zwei große Völker, die miteinander Frieden haben wollen, die den Frieden jetzt festgelegt haben, die den Frieden halten werden, und beide Völker sind vor allen Dingen nicht mehr so dumm, sich für Englands Rechnung gegeneinander die Köpfe einschlagen zu lassen. Aber nicht nur Rußland wird uns mit seinen Rohstoffen beliefern können, ich habe schon gesagt, daß wir nun auch über den polnischen Wirtschaftsraum verfügen und schließlich auch mit dem Südostraum in Frieden leben. Auch im Südostraum gibt es heute nicht mehr genug Dumme, die sich für England schlagen. Das ist überhaupt der Unterschied. England hat verstanden, daß die Welt durch den Weltkrieg etwas länger geworden ist. Weder die Rumänen noch die Jugoslawen noch sonstige Völker sterben gern bis zu ihrem letzten Mann für Englands Reichum, sondern sie bleiben neutral. Sie bleiben neutral, weil sie vernünftig sind, und sie bleiben auch neutral, weil dies ihren Interessen am besten entspricht und weil sie wissen, daß Deutschland sie nicht erobern will, wie das die englische Lügenpropaganda behauptet.

Also die Rohstoffe, die wir brauchen, sind gesichert. Die Produktionswerkstätten haben wir. Soweit wir sie nicht haben, werden sie geschaffen durch Umstellung, durch Erweiterung, durch Neubau. Die Rohstoffe dafür sind vorhanden, werden ausgebeutet, werden herangeschafft. Jetzt kommt es auf den Einsatz an, und zwar auf den

Einsatz der arbeitenden Front.

Und hier muß das ganze Volk aufstehen und das ganze Volk sich jetzt einsehen. Es gibt jetzt nicht mehr nur einen Mob-Befehl für den Soldaten zwischen dem und dem Jahrgang, sondern heute gibt es einen Mob-Befehl für jeden Deutschen, sobald er sechzehn Jahre alt geworden ist, Mädchen wie Junge. Jeder steht von diesem Augenblick ab im

Dienst der Reichsverteidigung, ob als Mutter in der Erziehung der Kinder, ob als Arbeiter am Schraubstöß oder als Mann draußen am Maschinengewehr — das ist gleichgültig — oder ob die Jugend eingeseht wird zu dieser oder jener nützlichen Arbeit. Jeder steht im Dienst, über uns steht das Reich, und das Reich wird erhalten werden. Die Jugend rufe ich ebenso auf. Sie wird sich, das weiß ich, mit Leidenschaft und mit heiliger Begeisterung in den Dienst der Sache stellen.“

Ein besonderes Wort richtete Hermann Göring an die Frauen, deren Männer und Söhne draußen stehen, und auf denen der schwerste Teil der Krieges liege. Ihnen seien der Dank und die Hochachtung der ganzen Nation sicher, und was getan werden könne, um gerade ihnen die Lage zu erleichtern, werde geschehen. Die Mädchen aber sollten verstehen, daß auch an sie nun im Ernst der Stunde appelliert werde.

„Man kann nie mehr uns weismachen, daß es hier darum geht, eine Schicht zu beseitigen; sondern es geht hier darum, den Kampf gegen das deutsche Volk zu führen. Hier verlange ich nun von allen, die in der Heimat bleiben: so wie die Front steht, eisern und pflichtbewußt, so steht auch die Heimat, sie läßt sich nicht mehr von der Front beschämen; sie stärkt der Front das Rückgrat, statt es ihr zu zerbrechen. Wenn die Front so steht, muß sie wissen: hinter ihr steht eine Heimat bereit, alles zu geben, was sie nur zu geben vermag, um draußen dem Kämpfer die furchtbare Arbeit vor dem Feinde, vor dem Tode zu erleichtern. So gibt es zwei Soldaten heute, den Soldaten an der Waffe und den Soldaten an der Maschine.“

Ihr alle seid Frontkämpfer.

Nur der Platz, wo der Führer euch hinstellt, ist verschieden, die Pflicht und die Verantwortung aber bleiben die gleiche, und jeder muß wissen, daß es auch auf jeden einzelnen ankommt. Glaube doch keiner mehr, daß er sich ausnehmen kann! Wer da glaubt, daß er sich ausnehmen kann, beiseitegehen kann, als ob ihn die Dinge nichts angingen, wird bald erkennen müssen, wie das Volk ihn nicht mehr kennen will, wie man ihn nicht mehr haben will. Wir sind jetzt eine verschworene Gemeinschaft — so hat der Führer gesagt — und wer hier nicht unter uns in dieser verschworenen Gemeinschaft stehen will, der mag hinausgehen, der mag die Lumpen und Verräter verstärken, die jetzt in deutscher Sprache die Flugzettel des Feindes verfassen. Wir können uns glücklich schätzen, wenn alles das, was Verrat und Gemeinheit im Herzen trägt, sich beim Feinde zusammentut. Wenn heute die Flugblätter, die englische Flugzeuge abwerfen, in einem richtigen Deutsch verfaßt sind, so ist das ein Zeichen dafür, daß nicht ein Engländer sie geschrieben hat, sondern daß sie von einem jüdischen Emigranten oder von Leuten vom Schlage eines Herrn Trevisanos oder Brüning oder wie sonst die Gesellschaft heißt, im englischen Auftrag geschrieben wurden, also von Verrätern, die heute beim Feinde stehen, um Deutschland zu vernichten, indem sie dem deutschen Volke vorspiegeln, es ginge nur gegen Hitler und nur gegen den Rationalsozialismus. Sie sind ausgestoßen aus unserer Gemeinschaft, und zu ihnen mögen die sich finden, die jetzt nicht ihren Mann stehen wollen, Seite an Seite mit dem ganzen Volke.

Ihr versteht, daß ich unendlich glücklich bin, daß der Führer mir wieder diesen verantwortungsvollen Auftrag gegeben hat, nicht nur meine stolze, fühne Luftwaffe führen zu dürfen, sondern auch die Front der Heimat und damit einen entscheidenden Teil zusammenzuführen und zusammenzuschweißen und in die richtige Formation einzustellen. Dieser Ministerrat, der für die Reichsverteidigung gebildet ist, ist das Optimum, in dem schließlich alle die Dinge gemacht werden müssen, die notwendig sind, um die höchste Kraft der Verteidigung auf allen Gebieten herauszuholen. Ich habe als meine Repräsentanten in den Provinzen die Reichsverteidigungskommissare im Auftrage des Führers ernannt. Es sind alle durchweg alte Parteigenossen. Sie wissen, was ihre Pflicht ist, und sie wissen, worauf es ankommt. Die engste Zusammenarbeit ist jetzt notwendig.

Ihr müßt auch verstehen, daß es notwendig ist, eine ganze Reihe von Gesetzen und Verordnungen zu erlassen. Auch das, meine Volksgenossen, mache ich nicht zum Spaß. Ich bin kein Bürokrat. Ich bin es nie gewesen. Aber es ist jetzt notwendig, und hierbei muß ich oft schwere Pflichten dem einzelnen auferlegen. Aber ihr müßt immer überzeugt sein: Bevor ich irgend etwas unterschreibe, überlege ich mir ganz tief und eingehend, 1. ob es wirklich notwendig ist, 2. ob es so notwendig ist und 3. ob ich irgend etwas tun kann, um die Würde für den einzelnen zu erleichtern. Ihr müßt aber auch noch ein zweites verstehen.

Es kann nicht alles vom ersten Tage an wunderbar sein, schließlich muß sich alles erst einspielen.“

In längeren Ausführungen schildert Generalfeldmarschall Göring die Ernährungslage, die er als recht günstig bezeichnet. Brot, also Getreide, Korn und Mehl, sei in so großer Fülle vorhanden, daß wir an sich gar keine Beschänkungen brauchten. Brotarten würden nur aus Vorsicht eingeführt. „Auf diesem Gebiet“, so sagt er, „das kann ich euch versichern, wird keine Panne eintreten, und wenn der Krieg jahrelang dauern sollte.“ Bei Fleisch und Fett müßten wir uns daran gewöhnen, etwas weniger zu essen. Hier gingen die Front und die Schwerearbeiter vor.

Eindringliche Worte findet Göring für die Selbstdisziplin, die für jeden einzelnen an der Heimatfront erforderlich ist. „In dieser schweren Zeit muß jeder sich dazu durchringen, Selbstdisziplin zu üben und sich zu sagen: Bis jetzt war Frieden, bis jetzt konntest du deine Raunen spielen lassen, konntest du tun, was du wolltest. Aber jetzt bist du nicht mehr für dich allein hier verantwortlich, du kennst zwar den Mann, das Mädel oder die Frau nicht, aber du bist mitverantwortlich, wenn du siehst, daß sie Hilfe brauchen.“ Im einzelnen geht er dann auf die Bekehrsdisziplin bei der Verbunkelung ein, auf die Benutzung von Kraftwagen, auf die Räumung in den Westgebieten. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß die breite Masse des deutschen Volkes die richtige Würde bewahrt habe, und daß es nur wenige waren, die sich auf das Hamstern verlegten. Dann fährt er fort:

„Vor allem aber eins, meine Volksgenossen: Das muß jetzt als ein eisernes Gesetz über uns stehen:

Ein Verbrecher ist, wer aus der Not des Krieges und des Volkes privaten Nutzen zieht.

Verdienen wird jetzt weder groß noch klein geschrieben. Jetzt heißt es: die Pflicht tun und sonst nichts. Der Begriff des Kriegsschleiers des Weltkrieges wird in Deutschland nicht wieder auferstehen, so wahr ich hier vor euch stehe. Wenn alle opfern müssen, dann können nicht einzelne Ruhnieher dieser Opfer sein. Dazu gehört noch eine Sache, und die will ich euch heute auch nennen. Das deutsche Volk muß immer wissen, worum es geht. Es wäre falsch, dem deutschen Volk etwas zu verheimlichen, auch Schweres und auch Nachteiliges. Rückschläge können kommen. Warum nicht? Aber das deutsche Volk ist, glaube ich, stark genug, gewisse Rückschläge zu ertragen. Wir brauchen sie nicht dem Volke zu verheimlichen. Es ist besser, man sagt dem deutschen Volke stets die Wahrheit, worum es geht. Man läßt das deutsche Volk genau so Anteil nehmen an Siegen wie an Niederlagen, damit jeder einzelne Bescheid weiß und seine Kraft dementprechend anspannen kann; denn das deutsche Volk ist heute entschlossen und bereit, zu kämpfen, und damit hat es auch Anspruch auf vollstes Vertrauen. Ich sage euch noch einmal: ich werde vielleicht Dinge tun, die ihr schwer empfindet, weil ich sie tun muß; aber ich werde euch nie ein X für ein U vormachen. Ich werde euch stets die Wahrheit sagen, hart und nüchtern, sowohl Günstiges wie Nachteiliges, damit ihr selbst Bescheid wißt, was ihr zu tun habt und wie ihr euch zu verhalten habt.

Dies ist um so notwendiger, als dieser Kampf ja nur dann gewonnen werden kann, wenn wir

im wahrsten Sinne des Wortes eine Volksgemeinschaft

sind. Wenn ich rückblickend übersehe, was in diesen Jahren seit der Nachtergreifung Großes und Wunderbares geschehen ist, wenn ich dann vor allen Dingen die Erstarkung der deutschen Wehrkraft und die Herrlichkeit des Reiches sehe, so sind das wunderbare Dinge. Aber über alles hinweg erscheint mir doch eines als das Größte und Gewaltigste, was erreicht worden ist, und als das Unsterblichste aller großen Verdienste unseres Führers: das ist die Schaffung der Volksgemeinschaft. Wir Klassen nicht mehr in Parteien auseinander; uns trennen nicht mehr Kasten und Klassen, uns eint nur noch eines, der Begriff des Volkes, und das ist etwas Wunderbares. Das muß sich jetzt im Ernst erproben, so wie es sich bisher im Frieden als freudige Sache gezeigt hat. Wenn bisher die Volksgemeinschaft besonders bei Festen zum Ausdruck kam, auf dem Parteitag usw. in Erscheinung trat, so muß jetzt diese Volksgemeinschaft im tiefsten Ernst des Kampfes und des Krieges erst recht zum Ausdruck kommen. Diese Volksgemeinschaft muß durchglüht sein von dem Willen, unter keinen Umständen zu wanken und

zu weichen und unter gar keinen Umständen diese Gemeinschaft sprengen zu lassen, selbstverständlich schon gar nicht durch den Feind."

Sarkastisch tut er den Versuch der Gegner ab, durch lächerliche Flugblätter und verlogene Mundfunktiraden die Heimatfront zu zermürben. Er sagt: „Darum fürchte ich auch die feindliche Propaganda nicht. Denn was wollen sie denn? Sie ist ja auch nicht neu. Sie können nur daselbe sagen: damals war es der Kaiser, heute ist es Adolf Hitler. In den Methoden ist kein Unterschied. Es heißt wieder: Wegen das Volk wollen wir keinen Krieg führen. Ich muß wieder sagen: Wenn ihr Bomben schmeißt, wen trifft es? Es trifft doch immer das Volk, oder vielleicht werden die, die getroffen werden, vom Feind als Nazi betrachtet und die daneben stehen, sind deutsches Volk. Vor allen Dingen werde ich dafür sorgen, daß er keine Bomben werfen kann.

Nun wird in dieser Propaganda so häufig betont,

unser Kriegsziel

sei eben nicht die Auffassung des deutschen Volkes, sondern das Kriegsziel unserer Führung sei, die ganze Welt zu erobern. Wir wollten selbstverständlich erst die armen Polen vollkommen geschlagen, dann die Ukraine, dann die Ungarn, dann die Rumänen, die Bulgaren und was weiß ich alles, und dann selbstverständlich die Franzosen und Engländer auch. Ich meine, das ist auch wieder so dumm, daß man sich damit gar nicht auseinandersehen darf. Wir sind nicht ausgezogen, um Polen zu erobern, sondern man darf nicht vergessen, das Kriegsziel Deutschlands ist gewesen, endlich an seiner Ostgrenze Ruhe zu schaffen und zu verhindern, daß Deutsche meuchlings dort ermordet werden, zum zweiten die wahnsinnigen Ungerechtigkeiten jenes Schandvertrages von Versailles zu beseitigen. Unser Kriegsziel ist kein anderes, als die deutschen Menschen endlich wieder zur Heimat zu holen.

Der Wille zum Frieden ist im deutschen Volke groß und tief, und er ist vor allen Dingen am größten und am tiefsten in der Seele des Führers.

Immer wieder hat der Führer betont, ewigen Frieden mit Frankreich zu halten und die Grenze für immer als gegeben zu achten. Wenn Herr Daladier das nicht glaubt, dann ist das eben seine Sache, mehr können wir ja schließlich nicht tun, wir wollen keine Franzosen wieder totschießen, wir wollen ihnen nicht an unserm Westwall ein ungeheures Blutopfer zumuten. Wir wollen ja nichts von ihnen erobern und auch nichts von den Engländern. Es ist ja die englische Regierung, die hier wieder heßt. Das englische Schlagwort, Franzosen, das müßt ihr euch merken. England wird bis zum letzten Franzosen Krieg führen — 'bis zum letzten Franzosen', merkt euch das, nicht bis zum letzten Engländer, wohl verstanden! Wir kennen diese Propaganda. Nein, wir wollen den Frieden und sind zu diesem Frieden stets bereit.

Das deutsche Volk ist immer für den Frieden gewesen, der Führer an der Spitze wird immer und immer wieder für den Frieden eintreten; aber das darf nun, wie auch der Führer sagt, nicht etwa mit Schwachheit verwechselt werden, oder daß etwa daraus gehört wird: wir müssen den Frieden haben, vor Angst gitternd, weil wir sonst zusammenbrechen."

Stolze Worte findet Generalfeldmarschall Göring über die Kraft der von ihm geschaffenen Luftwaffe und verkündet, daß, falls offene Städte angegriffen werden, die Vergeltung augenblicklich erfolgen würde. Das deutsche Volk hat keine Veranlassung, in dieser Beziehung jemals nervös zu werden.

Generalfeldmarschall Göring schließt mit einer begeisterten aufgenommenen Darlegung der Verbundenheit von Volk und Führer. Er sagt:

„Uns allen voran geht ja nun der Führer.

Der Führer, der in all den Jahren das deutsche Volk wieder ausgerichtet hat, es wieder stark gemacht hat, das Reich wieder größer und mächtiger gestaltete, ein scharfes Schwert geschmiebet hat, der nun wiederum über die Interessen Deutschlands wacht und für sie sorgt. Und ausgerechnet von diesem Führer sollen wir uns trennen und ausgerechnet auf

Englands Wunsch? Es ist wirklich zu absurd, um noch darüber zu reden. Es ist ja der Führer, der die Kraft gibt, es ist der Führer gewesen, der uns das Leben wieder lebenswert gemacht hat.

Es ist der Führer gewesen, der dieses Reich wieder stolz und schön gemacht hat. Das deutsche Volk, Herr Chamberlain, hat solch eine Verehrung, solch ein Vertrauen und solch eine Liebe zum Führer, wie Sie es sich gar nicht vorstellen können, weil so etwas bei Ihnen gar nicht möglich und denkbar ist. Aber wenn überhaupt noch etwas die Liebe und unser Vertrauen hätte stärken können, dann ist es der Grund, daß Sie heute Deutschland ungerecht angeifen. Das stärkt uns noch mehr, uns um den Führer zu scharen. Denn wir wissen, in seinen starken Fäusten hält er Deutschlands Banner und damit Deutschlands Zukunft. Ihr, meine Arbeiter, wißt es: Der Führer ist stets der erste Arbeiter des Reiches gewesen, keiner übertrifft ihn an Leistung, an Einsatz, den er als Schwerarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes für den Reichsbau geleistet hat. Er ist aber auch stets und heute mehr denn je der erste Soldat. Wieder steht er bei seinen Truppen. Wieder ist es sein Wille, der die Truppe lenkt, sein Geist, der die Truppe vorwärts bringt, sein Feuer, das sie begeistert. Das Vertrauen und die Liebe des Volkes gehören dem Führer wie nie zuvor, und der Führer soll wissen: es ist dies keine Redensart. Es ist dies in dieser Stunde uns allen ein feierlicher Schwur: Wir folgen ihm, und wir ertragen alles. Die größte Not werden wir brechen, weil er gesagt hat, daß sein Wille stärker ist, als jede Not sein kann.

Das Feindland aber wisse: Deutschland liebt und will den Frieden. Aber der Friede um den Preis unseres Führers ist für einen Deutschen nicht einmal im Traum denkbar. Den Führer vernichten, heißt das deutsche Volk vernichten. Denn für alle Zeiten haben wir proklamiert:

Deutschland ist Hitler, und Hitler ist Deutschland.

An ihm halten wir mehr fest denn je. Wenn man daran antasten will, dann werden wir uns wehren bis zum äußersten, und wenn es sein muß, gut, dann beginne ein Kampf, so unvorstellbar, wie er noch nie gewesen ist. Aber das eine ist unvorstellbar, daß wir kapitulieren. Wir lassen uns weder schmeicheln, Herr Chamberlain, noch lassen wir uns drohen. Beides haben Sie versucht und ohne Erfolg. Wir wissen jetzt Bescheid. Wir haben Ihnen gesagt: Hitler ist Deutschland. Es liegt jetzt an Ihnen. Wollen Sie die Parole zum Kampf auf Leben und Tod geben, so geben Sie sie. Wir nehmen sie an. Wir nehmen alle Entbehrungen, alle Not auf uns; aber nie, nie wieder nehmen wir ein Diktat von Versailles auf uns. Das mögen Sie wissen.

Mein deutsches Volk! Ich weiß, wenn wir so fühlen und so handeln, dann wird der Allmächtige uns segnen und wird uns helfen. Wenn aber das letzte Opfer von uns verlangt wird, dann geben wir es mit den Worten: Wir sterben, auf daß Deutschland lebe.



Die Verwaltung

Wie alle übrigen Gebiete des öffentlichen Lebens hat in den Zeiten des Kriegszustandes das staatliche Verwaltungssystem die stärkste Bewährungsprobe zu bestehen. In der ersten Hälfte des Monats September wirkten sich auf diesem Gebiet die im Anschluß an den Erlass des Führers zur Vereinfachung der Verwaltung erfolgenden Maßnahmen aus. Alle Arbeiten, deren Fortführung aus Gründen der Landesverteidigung nicht geboten erschien, wurden zurückgestellt, um die durch die Einrichtung der Wirtschafts- und Ernährungsämter anfallenden neuen Aufgaben zu lösen. Die durch Verordnung vom 1. September (RStBl. I, S. 1565) erfolgte Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren ist in diesem Zusammenhang insoweit zu erwähnen, als die für die einzelnen Wehrkreise mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Gauleiter der NSDAP für die gesamte zivile Reichsverteidigung innerhalb eines jeden Wehrkreises verantwortlich sind und in allen Angelegenheiten die Einheitslichkeit der Maßnahmen sicherzustellen haben. Die Behörden und sonstigen Stellen führen ihre Arbeiten in der bisherigen Form und nach den geltenden Zuständigkeitsregelungen fort. Als Reichsverteidigungskommissare für die einzelnen Wehrkreise bestellte Generalfeldmarschall Göring: Wehrkreis I: Oberpräsident und Gauleiter Koch; Wehrkreis II: Oberpräsident und Gauleiter Schwede-Coburg; Wehrkreis III: Oberpräsident und Gauleiter Stürg; Wehrkreis IV: Reichsstatthalter und Gauleiter Rutschmann; Wehrkreis V: Reichsstatthalter und Gauleiter Murr; Wehrkreis VI: Oberpräsident und Gauleiter Terboven; Wehrkreis VII und XIII: Staatsminister und Gauleiter Adolf Wagner; Wehrkreis VIII: Oberpräsident und Gauleiter Josef Wagner; Wehrkreis IX: Reichsstatthalter und Gauleiter Saukel; Wehrkreis X: Reichsstatthalter und Gauleiter Kaufmann; Wehrkreis XI: Reichsstatthalter und Gauleiter Jordan; Wehrkreis XII: Reichsstatthalter und Gauleiter Sprenger; Wehrkreis XVII: Reichskommissar und Gauleiter Bürdel; Wehrkreis XVIII: Landeshauptmann und Gauleiter Rainer.

Zum Schutze des deutschen Volkes und des Reichsgebietes vor den Folgen von Luftangriffen wurde am 1. September der zivile Luftschutz ausgerufen. In einer 36ten Durchführungsverordnung zum Luftschutzesetz (RStBl. I, S. 1570) erließ der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe am gleichen Tage Bestimmungen über luftschutzmäßiges Verhalten bei Luftangriffen und Luftschutzübungen, welche die nach Aufruf des Luftschutzes durchzuführenden Maßnahmen kennzeichnen. Im Zusammenhang mit den zu ergreifenden organisatorischen Maßnahmen ergaben sich eine Reihe von Änderungen der bisher neun Durchführungsverordnungen zum Luftschutzesetz (RStBl. I, S. 1626), die eine Bekanntmachung der neuen Fassung der Ersten Durchführungsverordnung zum Luftschutzesetz zur Folge hatten (RStBl. I, S. 1630). Der Reichsarbeitsminister ergänzte am 2. September die Zweite Durchführungsverordnung zum Luftschutzesetz vom 4. Mai 1937 durch Ausführungsbestimmungen (RStBl. I, S. 1581), die die Schaffung von Luftschutzräumen als Sonderbauten vorsehen, falls die Verpflichtung zur Schaffung von Luftschutzräumen nicht innerhalb der Gebäude erfüllt werden kann.

In einem ausführlichen Erlass an die Gemeinden und Gemeindeverbände ordnete der Reichsinnenminister die sich durch höhere Notwendigkeiten ergebenden Vereinfachungsmaßnahmen für diese Körperschaften an. Die gesamte Verwaltung ist danach von Augenblick nicht notwendigen Aufgaben zu entlasten. Die Arbeiten über die Änderung von Gemeindegrenzen und zur Hebung der Verwaltungskraft kreisangehöriger Gemeinden werden völlig eingestellt und die Arbeiten der Verkehrsämter, der Heimatpflege, des Städtebaus und der Planung weitgehend eingeschränkt.

Alle Maßnahmen, die notwendig waren, um im Hinblick auf die Einberufungen zur Wehrmacht die Arbeit der Verwaltungsbehörden sicherzustellen, sind selbstverständlich getroffen worden. Der Ministerrat für die Reichsverteidigung erließ zu diesem Zweck am 1. September eine Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts (RStBl. I, S. 1603), nach der jeder Beamte

auch außerhalb des Dienstbereichs seine unmittelbaren Dienstherren und in einem Amt derselben Laufbahn mit niedrigerem Endgrundgehalt als dem bisherigen beschäftigt werden kann, wenn eine dienstliche Notwendigkeit dafür besteht. Beamte auf Lebenszeit und auf Zeit treten bis auf weiteres nicht in den Ruhestand, soweit sie nicht das 65. Lebensjahr vollendet haben. Von der gleichen Bedeutung war der Erlaß des Reichsinnenministers vom 2. September (RGBl. I, S. 1604), der *R u h e s t a n d s b e a m t e* verpflichtet, sich innerhalb von drei Tagen bei der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde ihrer früheren Verwaltung oder bei der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde der allgemeinen und inneren Verwaltung zu melden.

Die in Kriegszeiten unerläßliche Vereinfachung der Rechtspflege wurde durch zwei Verordnungen vom 1. September sichergestellt. Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege (RGBl. I, S. 1658) erhöhte die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf das Dreifache (1500 RM), die Berufungsgrenze sogar auf das Fünffache (500 RM). Bei den Arbeitsgerichten und bei den Landgerichten entfällt die Mitwirkung von Beisitzern, es entscheidet also der einzelne Richter allein, und nur in den beim Oberlandesgericht zusammengefaßten Berufungssachen und beim Reichsgericht tritt wie bisher ein Senat zusammen.

Die zweite Verordnung sieht auf dem Gebiet des bürgerlichen Streitverfahrens, der Zwangsvollstreckung, des Konkurses und des bürgerlichen Rechts (RGBl. I, S. 1656) mit sofortiger Wirkung Maßnahmen zugunsten derer vor, die zu Dienstleistungen für das Vaterland einberufen sind. Alle Klagen und ähnliche Verfahren, an denen sie beteiligt sind, werden zunächst ohne weiteres unterbrochen, bis eine Vertretungsmöglichkeit sichergestellt ist. Die Vollstreckungsgerichte können Zwangsvollstreckungen einstellen oder unterlagen. Versteigerungen jeder Art sind bis auf weiteres aufgehoben. Zur Einsparung von Kräften muß die Strafrechtspflege auf die Mitwirkung der Volksgenossen als Schöffen oder Geschworene in den Strafgerichten verzichten und die Männer, die bisher als Volkrichter in den Schöffengerichten und den Schwurgerichten tätig waren, für den Einsatz an anderer Stelle zur Verfügung stellen. Die Verordnung bestimmt daher, daß die Zuständigkeit der Schöffengerichte auf den Amtsrichter als Einzelrichter, die Zuständigkeit des Schwurgerichts auf die Strafkammern des Landgerichts übergehen. Weiterhin werden die Rechtsmittel des Strafverfahrens vereinfacht. Urteile des Amtsrichters und des bisherigen Schöffengerichts können nur mit der Berufung angefochten werden; ein weiteres Rechtsmittel ist nicht zulässig. Um den Kampf gegen Verbrecher und böswillige Elemente, die sich durch ihr Verhalten außerhalb der Volksgemeinschaft stellen, besonders schlagkräftig, schnell und entschlossen zu gestalten, stellt die Verordnung der Strafrechtspflege ein außerordentlich beschleunigtes Verfahren zur Verfügung. Wegen aller Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Sicherheit kann der Staatsanwalt Anklage vor dem *S o n d e r g e r i c h t* erheben, dessen Urteile sofort rechtskräftig und damit vollstreckbar werden.

Von besonderer Bedeutung waren auch die Maßnahmen, die sich auf den Erwerb der *S t a a t s a n g e h ö r i g k e i t* und auf die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit beziehen. Eine Verordnung vom 1. September (RGBl. I, S. 1656) bestimmt, daß Wehrpflichtige bis auf weiteres nicht aus der Staatsangehörigkeit entlassen werden. Für die Einbürgerung von Personen, die als Kriegsfreiwillige in die deutsche Wehrmacht einzutreten beabsichtigen, sieht eine Verordnung vom 4. September (RGBl. I, S. 1741) besondere Erleichterungen vor.

Die Besonderheiten der Landesverteidigung erfordern eine genaue Überwachung des Personenverkehrs. Die *G r e n z z o n e n v e r o r d n u n g* vom 2. September (RGBl. I, S. 1578), die die Land- und Stadtkreise an der Reichsgrenze und an der Grenze gegenüber dem Protektorat Böhmen und Mähren umfaßt, gibt den Polizeibehörden durch eine Verschärfung der ausländer- und gewerbepolizeilichen Bestimmungen die Handhabe, unzuverlässige Personen aus der Grenzzone zu entfernen oder fernzubehalten. Zusätzliche Bestimmungen zur *R e i c h s m e l d e o r d n u n g* vom 6. September (RGBl. I, S. 1688) setzen die Frist zur Anmeldung beim Beziehen einer Wohnung von einer Woche auf drei Tage herab. Das gleiche gilt beim Ausziehen aus einer Wohnung. Ausländer haben sich binnen 24 Stunden bei der Meldebehörde an- bzw. abzumelden. Eine Verordnung vom 10. September

(RöBl. I, S. 1739) sieht einen allgemeinen Paß- und Sichtverwehrgang bei Auslandsreisen sowie einen Ausweiszwang innerhalb des Reichsgebietes für alle 15 Jahre alten deutschen Staatsangehörigen und Angehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren vor. Auf Grund einer Verordnung über die Behandlung von Ausländern vom 5. September (RöBl. I, S. 1667) hatten sich alle im Gebiet des Großdeutschen Reiches aufhaltenden über 15 Jahre alten Staatsangehörigen von Großbritannien und Nordirland sowie der englischen Kolonien, Protektorate und der unter Verwaltung Großbritanniens stehenden Mandatsgebiete und Indiens innerhalb von 24 Stunden bei ihrer nächsten Ortspolizeibehörde persönlich zu melden.

Eine Reihe von weiteren Verwaltungsmaßnahmen befahte sich mit der Vereinfachung von Prüfungen. So wurden durch Verordnung vom 2. September (RöBl. I, S. 1606) wesentliche Vereinfachungen der juristischen Staatsprüfungen vorgeesehen und sofortige Prüfungen ermöglicht. Weiterhin wurden durch Verordnung vom 9. September (RöBl. I, S. 1745) Notprüfungen für die zum Kriegsdienst einberufenen Regierungsbau- und Reichsbahnbaureferendare vorgeesehen. Eine Reihe von deutschen Hochschulen setzte ihren Lehr- und Forschungsbetrieb ohne Einschränkung fort, während andere Hochschulen nur noch die vorgeesehenen Prüfungen beschleunigt durchführten.

Weitere Erleichterungen wurden für die Eheschließung bei Einberufung ermöglicht. Der Reichsjustiz- und der Reichsinnenminister verordneten auf Grund des Personenstandsgesetzes, daß der Standesbeamte Befreiungen vom Aufgebot erteilen kann, wenn ein Verlobter der Wehrmacht angehört oder nachweist, daß er zum Dienst in der Wehrmacht einberufen ist. Die Befreiung darf jedoch nur erteilt werden, nachdem die Verlobten dem Standesbeamten glaubhaft gemacht haben, daß Ehehindernisse nicht vorliegen. Nach einer Mitteilung des Oberkommandos der Wehrmacht bedürfen Soldaten und Wehrmachtsoffiziere auch bei beschleunigter Eheschließung der Genehmigung ihres Disziplinarvorgesetzten.

Die planmäßig vorgesehene Vermehrung des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend wurde in Anbetracht der besonderen Verhältnisse beschleunigt durchgeführt. Durch Verordnung vom 4. September (RöBl. I, S. 1693) wurde die Stärke des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend auf 100 000 Arbeitsmädchen (einschl. Stammpersonal) erhöht und der Reichsarbeitsführer ermächtigt, ledige Mädchen im Alter von 17 bis 25 Jahren, die nicht voll berufstätig sind, nicht in beruflicher oder schulischer Ausbildung stehen und nicht als mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft dringend benötigt werden, zur Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht heranzuziehen. Eine weitere Verordnung, die am 5. September erlassen wurde (RöBl. I, S. 1687), verschob die Ende September 1939 fällige allgemeine Entlassung im Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend bis auf weiteres.

Diese Erweiterung der Reichsarbeitsdienstpflicht auf die weibliche Jugend machte eine Änderung des Reichsarbeitsdienstgesetzes erforderlich. Der Ministerrat für die Reichsverteidigung bestimmte zu diesem Zweck am 8. September (RöBl. I, S. 1744), daß zu den Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes auch die Angehörigen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend gehören. Das Reichsarbeitsdienstgesetz wurde dann am 9. September durch den Reichsinnenminister in seiner neuen Fassung (RöBl. I, S. 1747) bekanntgegeben.

Von den übrigen Verwaltungsmaßnahmen in der ersten Septemberhälfte ist noch besonders zu erwähnen, daß der Reichsinnenminister am 9. September mit sofortiger Wirkung alle Sammlungs-genehmigungen, mit Ausnahme der Sammlungen des Winterhilfswerks widerrief. Eine Polizeiverordnung vom 4. September (RöBl. I, S. 1618) verbot die Veranstaltung öffentlicher Lanzlustbarkeiten.

Eine besonders wichtige Aufgabe wurde der zivilen Verwaltung in den durch unsere Truppen auf dem ehemaligen polnischen Staatsgebiet besetzten Gebieten gestellt. In kurzer Zeit konnte hier eine zivile Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Militärbehörden aufgebaut werden, die in allen Verwaltungszweigen Ordnung schuf und einen Beweis für die organisatorische Bewährung aller eingesetzten Kräfte lieferte.

Dr. R.

Die Sozialpolitik

Von

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

Das sozialpolitische Geschehen der ersten Septemberhälfte stand naturgemäß überwiegend unter dem Einfluß der Ereignisse, die mit dem Übergang August/September ausgelöst wurden. Die Schaffung des Ministerrats für die Reichsverteidigung sowie des Amtes des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft beeinflusste weitgehend auch die Zuständigkeiten in der staatlichen Sozialpolitik.

Andererseits waren die im Laufe der letzten Jahre getroffenen Maßnahmen geeignet, die *innere Mobilmachung*, soweit sie den Sektor Sozialpolitik betrafen, weitgehend zu erleichtern. Auf die Verordnung vom 27. August 1939 (RWB. I, S. 1489) zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes braucht an dieser Stelle nur insoweit eingegangen zu werden, als sie zusammen mit der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (RWB. I, S. 1521) die Möglichkeit gab, Schwer- und Schwerstarbeitern zusätzliche Nahrungsmittel zu sichern. Zu ihnen gehörten vor allem die Berg- und Hüttenarbeiter, die Arbeiter in Eisen- und sonstigen Metallgießereien, Glasarbeiter, Ziegeleiarbeiter, Befestigungsarbeiter, Steinbrucharbeiter usw.

In gewissem Umfange sind diesen Anordnungen die auf Grund der Kriegswirtschaftsverordnung ergangenen Vorschriften über den Kriegszuschlag zur Einkommensteuer im Parallele zu stellen, die geeignet sind, die Wiederholung von Erscheinungen zu verhindern, wie sie sich im Weltkrieg geltend machten, wo sich im Schutze der Front ein Kriegsgewinnlertum breit machte, das zur Vermürdung des Kriegswillens ganz erheblich beigetragen hat.

In diesem Zusammenhang sind auch die weiteren Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung vom 1. September 1939 (RWB. I, S. 1609) zu erwähnen, die die Reichstreuhandler und Sondertreuhandler der Arbeit verpflichten, nach näherer Weisung des Reichsarbeitsministers die Arbeitsverdienste sofort den durch den Krieg bedingten Verhältnissen anzupassen und ihnen aufgeben, durch Tarifordnungen Löhne, Gehälter und sonstige Arbeitsbedingungen mit bindender Wirkung nach oben festzusetzen. In einer Zeit, in der die Front ihr Leben einsetzt, will die Verordnung insoweit auch einem Kriegsgewinnlertum unter Arbeitern und Angestellten den Boden entziehen. Die Tariflöhne hatten sich zwar im allgemeinen nur in geringem Umfang geändert. Der große Auftrieb, den die Wirtschaft aber in den letzten Jahren erfahren hatte, vor allem in der Rüstungsindustrie, hatte hier und da Konjunkturlöhne entstehen lassen, gegen die zu kämpfen die Hauptaufgabe der genannten Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung ist. Sinn und Zweck dieser Bestimmungen liegt jedoch nicht darin, die Tariflöhne zu senken.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung regelte durch Verordnung vom 1. September 1939 (RWB. I, S. 623) die Entschädigung von Personenschäden, die deutschen Staatsangehörigen infolge eines Angriffs auf das Reichsgebiet oder infolge eines besonderen Einsatzes der bewaffneten Macht an Leib oder Leben entstehen. Sie gewährt diesen Personen und ihren Hinterbliebenen Versorgung nach Gesichtspunkten, die sie im einzelnen regelt. Unter dem 8. September 1939 hat der Ministerrat eine entsprechende Verordnung für Sachschäden erlassen, die innerhalb des Gebietes des Großdeutschen Reiches infolge eines Angriffs auf das Reichsgebiet oder eines aus anderem Anlaß erforderlichen Einsatzes der bewaffneten Macht entstehen (RWB. I, S. 1754). Außerdem wäre in diesem Zu-

fammenhang die Verordnung vom 1. September 1939 über die Familienunterstützung bei Räumung oder Freimachung von gefährdeten Gebieten oder Wohngebäuden im Falle eines besonderen Einsatzes der Wehrmacht zu erwähnen (RGBl. I, S. 1761).

Eine wichtige Änderung hat das geltende Arbeitsrecht bereits mit einer Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 1. September 1939 (RGBl. I, S. 1683) gefunden, nach der die Einberufung zu einer Dienstleistung im Wehrdienst ein bestehendes Arbeitsverhältnis nicht löst. Die beiderseitigen Rechte und Pflichten kommen nach dieser Verordnung für die Dauer der Einberufung zum Ruhen. Aufgehoben wurden durch die gleiche Verordnung die Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938, das Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 29. Juni 1936 und die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 23. Februar 1924.

Von ebenso großer Bedeutung war die Verordnung des Reichsverteidigungsrats vom gleichen Tage über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels (RGBl. I, S. 1685). Grundsätzlich macht sie jede Kündigung von Betriebsführern, Arbeitern und Angestellten einschließlich der Lehrlinge, Volontäre und Praktikanten von der Zustimmung des Arbeitsamts abhängig und umfaßt unter Betriebsführer auch die Haushaltungsvorstände einerseits und unter Angestellte Hausgehilfinnen und Hausangestellte andererseits. Umgekehrt macht sie mit Ausnahme der Betriebe der Landwirtschaft die Einstellung von Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen, Volontären und Praktikanten gleichfalls von der Zustimmung des Arbeitsamts abhängig.

War auf diese Weise im allgemeinen die Notwendigkeit gesichert, eine möglichst große personelle Stetigkeit im Verhältnis von Betriebsführer und Gefolgschaft und damit für die Wirtschaft überhaupt zu schaffen, so nötigte der Umstand, daß die bisherigen Vorschriften zur Unterstützung der Arbeitslosen nicht voll ausreichten, dazu, sie den geänderten Zeitumständen anzupassen. Auf Grund der Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 1. September 1939 (RGBl. I, S. 1662), die den Reichsarbeitsminister ermächtigt, die Vorschriften über Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe den staatspolitischen Notwendigkeiten anzupassen, erfolgte durch die Verordnung über Arbeitslosenhilfe vom 5. September 1939 (RGBl. I, S. 1674) eine grundsätzliche erste Regelung. Danach erhält Arbeitslosenunterstützung je der vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an, der dem Arbeitseinsatz zur Verfügung steht, aber unfreiwillig arbeitslos ist. Die Arbeitslosenunterstützung wird grundsätzlich ohne Beschränkung der Bezugsdauer gewährt, und zwar im allgemeinen unter Fortfall jeder Wartezeit. Die Zahlung der Unterstützung ist allerdings von der Bedürftigkeit des Arbeitslosen abhängig. Die Höhe der Unterstützungssätze, die in Hauptunterstützung und Familienzusätze zerfallen, richtet sich nach Ortsklassen einerseits und Lohnklassen andererseits. Es bestehen 5 Lohnklassen. In der höchsten Lohnklasse beträgt die Hauptunterstützung in Orten der Sonderklassen und der Ortsklasse A sowie in allen Orten mit mehr als 50 000 Einwohnern 12 RM wöchentlich mit 3,60 RM für den ersten Familienzuschlag und je 2,40 RM für den zweiten und weiteren. Die Arbeitslosenunterstützung kann davon abhängig gemacht werden, daß sich der Arbeitslose einer beruflichen Umschulung oder Fortbildung unterzieht oder gemeinnützige zusätzliche Arbeiten verrichtet (Pflichtarbeit).

In Fällen besonderen Notstandes kann dem Arbeitslosen neben der Arbeitslosenunterstützung eine Sonderbeihilfe gewährt werden, soweit die Leistungen der Arbeitslosenhilfe, das sonstige Einkommen des Arbeitslosen und seiner Angehörigen und die Leistungen der Sozialversicherung nicht ausreichen, den Notstand zu beheben. Diese Bestimmung hat insbesondere Bedeutung, wenn der Arbeitslose für eine feinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen angemessene Wohnung nicht mehr bezahlen kann.

Die Familienunterstützung ist durch die am 1. August 1939 in Kraft getretene Durchführungverordnung vom 11. Juli 1939 und einen gleichzeitigen Rundverlaß des Reichsministers des Innern und des Reichsfinanzministers in Gemäßheit des Gesetzes vom 30. März 1936 neu geregelt und gleichzeitig für das gesamte Großdeutschland vereinheitlicht worden. Familienunterstützung erhalten alle Angehörigen der zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht oder zur kurzfristigen Aus-

bildung oder Übung der Wehrmacht oder zur Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht Einberufenen zur Sicherung des notwendigen Lebensbedarfs. Diesen Personen stehen unter gewissen Umständen die Angehörigen der Mitglieder der SS-Verfügungstruppe gleich, ferner Luftschuttpflichtige, Notdienstpflichtige usw.

Von großer praktischer Bedeutung ist die am 5. September 1939 erlassene Dritte Verordnung zur Ausführung der Verordnung über Kündigungsschutz für Miet- und Pacht Räume (RGBl. I, S. 1670). Der schon im Jahre 1937 erheblich ausgedehnte Mieterschutz gilt danach für Mietverhältnisse jeder Art, soweit die Verordnung nicht anders bestimmt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen unterliegen somit sämtliche Räume dem Mieterschutz, und zwar unabhängig davon, wann die betreffenden Gebäude erstellt worden sind, welche Miete zahlbar ist, ob es sich um Wohn- oder Geschäftsräume, Garagen und ähnliches handelt. Der Mieter ist im übrigen nach § 5 der genannten Verordnung hinsichtlich der Untervermietung freier gegenüber den bisherigen Rechtsbestimmungen gestellt.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung sind bis zum 15. September 1939 nennenswerte Vorschriftenänderungen nicht ergangen. Von Bedeutung ist lediglich, daß der Reichsarbeitsminister, der Reichsfinanzminister und das Oberkommando der Wehrmacht in einem gemeinsamen Erlaß festgestellt haben, daß bei den zum Waffendienst einberufenen Krankenkassenmitgliedern die Beitragspflicht ruht, sie aber weiterhin Mitglieder ihrer Krankenkasse bleiben. Die Familienangehörigen der Versicherungen werden weiterhin von den Krankenkassen betreut. Entsprechendes gilt auch für die private Krankenversicherung, wenn hier auch die Zahlung des Familienbeitrags Voraussetzung für die weitere Betreuung der Familienangehörigen bleibt.

Die Wirtschaft

Der Abwehrkampf des Deutschen Reiches gegen Polen machte eine Umstellung des normalen Wirtschaftsganges auf die Kriegführung notwendig. Die langjährigen wehrwirtschaftlichen Vorbereitungsmaßnahmen, die sorgfältig den im Ernstfall zu erwartenden Bedarf und seine Deckung durch Eigenherzeugung, Vorratshaltung und Einfuhr sicherzustellen hatten, erwiesen sich bereits in den ersten Tagen der Einstellung auf die neuen Ziele als überaus wirksam. Der organische Aufbau der nationalsozialistischen Wirtschaft war im Gegensatz zu den improvisierten Maßnahmen des Jahres 1914 der Belastungsprobe einer möglichst schnellen Einstellung auf die kriegswirtschaftlichen Erfordernisse gewachsen, da die damalige Einfuhrabhängigkeit durch die Erzeugungsschlacht, den Ausbau der Vierjahresplan-Vorhaben und eine planmäßige Vorratswirtschaft weitestgehend gemildert war.

Eine vorausblickende staatlich geführte Wirtschaftspolitik hatte außerdem in jahrelanger Bewährung eine Wirtschaftsorganisation geschaffen, die nur einer zusätzlichen Straffung und Zusammenfassung bedurfte, um der Reichsführung ein Instrument in die Hand zu geben, das Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht sofort einen sichtbaren Vorsprung vor den übrigen Staaten verschaffte. Dazu kam die unter dem beispielhaften Opfergeist des ganzen Volkes aufgebaute Wehrmacht, für deren Aufbau nach Mitteilung des Führers in der Reichstagsrede vom 1. September 90 Milliarden RM angewendet wurden und die das am besten ausgerüstete Heer der Jetztzeit darstellt.

In welcher umfassenden Weise die deutsche Wirtschaft die Vorbereitungen für den Ernstfall getroffen hat und wie nunmehr alle Kräfte eingesetzt werden müssen, legte Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring in seiner Rede am 9. September vor den Arbeitern der Rheinmetall-Vorsig-Werke dar. Zur Frage der wirtschaftlichen Rüstung betonte der Generalfeldmarschall, daß hier drei Dinge entscheidend seien: die Rohstoffe, die Produktionsstätten und der Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes. Jeder deutsche Mensch wird in den Dienst der Reichsverteidigung gestellt. Was die Rohstofffrage betrifft, so besitzt Deutschland genügende Mengen der entscheidenden zwei Urrohstoffe Kohle und Eisen. In diesem Zusammenhang wies Generalfeldmarschall Göring auf die steigenden Auswirkungen des Vierjahresplan-Ausbaues hin. Die englischen Blockademaßnahmen sind zur Wirkungslosigkeit verdammt, da Deutschland auf dem Gebiet der Versorgung alle Maßnahmen getroffen hat und außerdem seinen Außenhandel aufrecht erhalten kann, da der Blockadering nur von der Schweiz bis Dänemark reicht (siehe auch S. 55).

Konzentration aller Wirtschaftskräfte: Die Aufgabe der Kriegswirtschaft besteht in der Sicherstellung des kriegswichtigen Bedarfs von Wehrmacht, Wirtschaft und Volk bei gleichzeitiger Drosselung aller für diese umfassende Zielsetzung unwichtigen Bedarfsansprüche. Die Konzentration aller Produktionskräfte auf den wehrwirtschaftlichen Bedarf fand ihren Ausdruck in der am 27. August erlassenen „Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung“ (RWB. I, S. 1495). Die einheitliche Ausrichtung und Lenkung der wirtschaftlichen Maßnahmen wurde damit für die einzelnen Wehrkreise Aufgabe der zuständigen Reichsstatthalter, Ober- und Regierungspräsidenten. Bei den unteren und mittleren Verwaltungsbehörden haben Wirtschafts- und Ernährungsämter für die Durchführung der vorgeesehenen Anordnungen zu sorgen.

Mit den zur Verfügung stehenden Kräften und Vorräten ist im Zeichen der Kriegswirtschaft bestens zu disponieren und hauszuhalten. Die ebenfalls am 27. August erlassene „Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes“ (RWB. I,

§. 1489) schuf mit ihren fünf Durchführungsberordnungen durch die Einführung eines Bezugschein-systems auf dem Sektor des Verbrauchs die wesentlichsten Voraussetzungen für diese Aufgabe.

Auf dem Gebiet der Geldwirtschaft waren keine besonderen Maßnahmen notwendig, da die Währung durch das Festhalten an dem bisherigen Preisniveau in jeder Weise gesichert ist. Eine Erhöhung des Notenumlaufs um etwa 2 Milliarden RM nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. August hing mit dem zunehmenden Geldbedarf durch die militärischen Einberufungen zusammen; bis zur Mitte des Monats September war bereits wieder eine Verminderung des überhöhten Notenumlaufs festzustellen.

Kriegswirtschaftsverordnung: In dem Schicksalskampf des deutschen Volkes gibt es keine Etappe; die Übertragung der Dienstverpflichtung auf jeden einzelnen ist mit einer völligen Ausrichtung des privaten Erwerbslebens auf höhere Ziele verbunden. Diese der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechende Auffassung kommt in der „Kriegswirtschaftsverordnung“ vom 1. September 1939 (RGBl. I, S. 1565) stärkstens zum Ausdruck. Im Wortort der vom Ministerrat für die Reichsverteidigung erlassenen Verordnung heißt es: „Die Sicherung der Grenzen unseres Vaterlandes erfordert höchste Opfer von jedem deutschen Volksgenossen. Der Soldat schützt mit der Waffe unter Einsatz seines Lebens die Heimat. Angesichts der Größe dieses Einsatzes ist es selbstverständliche Pflicht jedes Volksgenossen in der Heimat, alle seine Kräfte und Mittel Volk und Reich zur Verfügung zu stellen und dadurch die Fortführung eines geregelten Wirtschaftslebens zu gewährleisten. Dazu gehört vor allem auch, daß jeder Volksgenosse sich die notwendigen Einschränkungen in der Lebensführung und Lebenshaltung auferlegt.“

Die Kriegswirtschaftsverordnung bezieht sich nicht nur auf rein wirtschaftliche Dinge, sondern greift tief in das Leben eines jeden Volksgenossen ein. Von der gesamten Bevölkerung wird ein Opfer verlangt, das dem Opfer des Soldaten würdig und angemessen sein soll. Dieses Opfer besteht vor allem in dem unbedingten Verzicht auf nicht lebensnotwendige Ansprüche in der Ernährung und der gesamten Lebenshaltung. Ferner sind angemessene Beiträge zur Verrichtung des wirtschaftlichen und finanziellen Kriegsbedarfs zu leisten. Im einzelnen enthält die Verordnung folgende Vorschriften:

Kriegsschädliches Verhalten wird unter Strafe gestellt. Schwerste Strafen drohen demjenigen, der Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseite schafft oder zurückhält. Das gilt auch für denjenigen, der Zahlungsmittel ohne gerechtfertigten Grund hamstert oder zurückhält.

Die Finanzierung der Reichsverteidigung erfordert die Einführung einer Reihe von Steuererhöhungen. Dabei ist grundsätzlich darauf Rücksicht genommen worden, daß die wirtschaftlich schwächeren Volksschichten nicht zusätzlich belastet werden. Es handelt sich um folgende Steuererhöhungen: Das Reich erhebt einen Zuschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 50 v. H. Einkommensteuerpflichtige, deren Einkommen 2400 RM im Jahre nicht übersteigt, sind von dem Zuschlag befreit. Kriegszuschläge für eine Reihe von Genussmitteln. Dazu gehören Bier, Tabakwaren, Branntwein-erzeugnisse und Schaumwein. Bei Bier und Tabakwaren beläuft sich der Zuschlag auf 20 v. H. des Verkaufspreises. Der Preis für Schaumwein erhöht sich je nach der Art um 0,50 oder 1 RM für die ganze Flasche. Schließlich ist ein außerordentlicher Beitrag der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts an das Reich vorgesehen.

Die unumgängliche Anpassung der Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsbedingungen an die Erfordernisse der Kriegswirtschaft bringt Abschnitt III der Kriegswirtschaftsverordnung. Die Reichstreuhänder der Arbeit haben hiernach das Entstehen unangemessen hoher Arbeitsverdienste zu verhindern und den Lohnstand den besonderen kriegswirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Die Reichstreuhänder der Arbeit haben den gegebenen Notwendigkeiten entsprechend die Löhne und Gehälter festzusetzen. Die von ihnen festgesetzten Lohn- und Gehaltsätze dürfen grundsätzlich nicht überschritten werden. An dem bewährten Grundsatz der Leistungsentlohnung wird festgehalten. Gute Leistung soll auch in diesen Zeiten ihren verdienten Lohn finden. Wer aber ohne nachgewiesene Leistung mehr an Lohn und Gehalt verlangt oder mehr zahlt, schädigt die deutsche Kriegswirtschaft. Verstöße dagegen werden bestraft. In dem Augenblick der Anspannung aller Kräfte müssen auch die bisher bestehenden Vorschriften oder Vereinbarungen über den Urlaub der Gefolgschaftsmitglieder

zunächst fortfallen. Sobald es die Verhältnisse erlauben, wird der Reichsarbeitsminister darüber Bestimmung treffen, in welchem Rahmen gegebenenfalls eine Urlaubsgewährung möglich ist. Ferner können Forderungen der Vorschriften über die regelmäßige Arbeitszeit erfolgen.

Der Regelung der Löhne entspricht auf der anderen Seite eine straffe Preispolitik, die nach den Grundfäden der kriegsverpflichteten Volkswirtschaft gesteuert wird. Ersparnisse in den Lohnkosten, die eine Folge der Maßnahmen auf dem Lohngebiet sind, müssen in den Preisen zum Ausdruck kommen, d. h. die Preise müssen entsprechend gesenkt werden. Es ist selbstverständlich, daß jeder am Warenumsatz Beteiligte, also der Rohstofflieferant, der Arbeiter, der Händler, etwaige Preisfestsetzungen stets weiterzugeben hat, damit sie auch in dem Preis, den der letzte Abnehmer zu zahlen hat, in vollem Umfang zum Ausdruck kommen.

In einer Durchführungsverordnung vom 4. September (RdBl. I, S. 1762) erließ der Reichsfinanzminister dann Bestimmungen über die Erhebung des Einkommensteuer-Kriegszuschlags, von dem Arbeitnehmer befreit sind, deren Arbeitslohn 234 RM monatlich, 54 RM wöchentlich, 9 RM täglich oder 4,50 RM halbtätiglich nicht übersteigt. Der Reichsinnenminister bestimmte am 12. September in einem Kundenerlaß an die Gemeinden, daß der Kriegsbeitrag der Gemeinden nicht auf die Steuerpflichtigen abgewälzt werden darf. Den Gemeinden wurde deshalb untersagt, die für das Rechnungsjahr 1939 festgesetzten Gebühre für die Realsteuern und die Bürgersteuer zu erhöhen. Durchführungsbestimmungen über den Kriegszuschlag zum Kleinhandelspreis von Bier, Tabakwaren und Schaumwein befaßten sich mit der Bestandsaufnahme dieser Waren.

Reichsleistungsgesetz: Um den jederzeitigen Einsatz der notwendigen Mittel für die Reichsverteidigung zu gewährleisten, wurden beim Erlaß der „Verordnung zur Änderung des Wehrleistungsgesetzes“ vom 1. September (RdBl. I, S. 1639) Bestimmungen über Leistungen für besondere wirtschaftliche Zwecke berücksichtigt. Danach kann die Bedarfsstelle vom Leistungspflichtigen verlangen, daß er den Gebrauch von Sachen, die er im Besitz oder Gewahrsam hat, gestattet, ihm zustehende Rechte an beweglichen Sachen überträgt sowie sonstige Rechte zur Ausübung überläßt oder die Ausübung von Rechten unterläßt.

Zur Deckung besonderer wirtschaftlicher Bedürfnisse können die hierfür bestimmten Bedarfstellen vom Leistungspflichtigen, soweit er Inhaber eines gewerblichen, landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder eines Verkehrsunternehmens ist, verlangen, daß er über bewegliche Sachen und Rechte, deren Eigentümer, Besitzer oder Inhaber er ist, bestimmte Rechtsgeschäfte abschließt, ferner daß er Sachen und Rechte, deren Eigentümer, Besitzer oder Inhaber er ist, in bestimmter Weise gebraucht oder verwendet, und daß er schließlich bestimmte Sachen beschafft, einlagert, erzeugt oder herstellt.

Sicherung der Währungs- und Finanzlage: Das Reichsbankdirektorium trat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Deutschen Reichsbank, Reichswirtschaftsministers Funk, am 2. September zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den für die Wirtschaft und das Geld- und Kreditwesen ergebenden Fragen zu beschäftigen. Der Reichsbankpräsident stellte fest, daß auf dem Gebiete des Geld- und Bankwesens ebenso wie auf dem Kapitalmarkt im Gegensatz zum Ausland auch nicht die geringsten Beunruhigungsercheinungen aufgetreten seien, vielmehr Geldmarkt und Börse in Deutschland ihre Funktionen in einer absolut zuverlässigen Haltung ohne jede Störung erfüllt hätten.

Zur Erleichterung des Verkehrs mit kleinen Zahlungsmitteln wurden Anfang September **Rentenbankscheine** zu 1 und 2 Rentenmark ausgegeben. Weiterhin wurden, um den durch die Verhältnisse bedingten stärkeren Bedarf an Zahlungsmitteln zu befriedigen, Rentenbankscheine zu 5 Rentenmark in stärkerem Maße dem Zahlungsverkehr zugeführt.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, **Fritz Reinhardt**, nahm in der „Deutschen Steuerzeitung“ zu der Frage der Finanzierung des uns aufgezwingenen Krieges Stellung. Der Staatssekretär betont, daß der Finanzbedarf, der sich aus der Kriegsführung zuzüglich ergibt, im wesentlichen durch die Maßnahmen der Kriegswirtschaftsverordnung gedeckt werden. Dazu kommt die sich daraus ergebende Senkung der Preise, die auch im gesamten öffentlichen Sektor der

Aufgabenteilung eine Senkung der Ausgaben bringt. Ein Kriegszuschlag auf die Vermögensteuer wird nicht erhoben werden, während das Mehreinkommen auch jetzt durch die bestehende Mehreinkommensteuer erfasst wird. Eine Auflegung von Kriegsanleihen ist nicht beabsichtigt, solange und soweit nicht volkswirtschaftliche Erwägungen eine Auflegung geboten erscheinen lassen. Die Steuergutscheine werden, wenn der Krieg längere Zeit andauern sollte, wahrscheinlich durch ein Finanzierungsverfahren abgelöst werden, das mehr noch als das Steuergutscheinverfahren der Liquidität der Unternehmer angepaßt sein wird.

Straffung der Wirtschaftsverwaltung: Die reibungslose Umstellung auf die Bedürfnisse der Kriegsführung ist in erster Linie auf die in den letzten Jahren vollzogene organische Durchgliederung der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Die Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung stellte somit einen logischen Schritt auf dem Wege zu einer Verstraffung der Wirtschaftsorganisation dar. Der eingespielte Apparat der Reichsstellen, die neben der Devisenzuteilung eine zweckmäßige Rohstoffverteilung und -verwendung zu überwachen haben, wurde durch die Einrichtung weiterer Reichsstellen erweitert. Durch zahlreiche Anordnungen der Reichsstellen wurde die Möglichkeit geschaffen, den zivilen Verbrauch zugunsten des kriegswichtigen zurückzustellen. Durch Verordnung vom 5. September (RWB. I, S. 1677) wurde eine Reichsstelle für Holz und durch Verordnung vom 15. September (RWB. Nr. 216 v. 16. 9. 39) eine Reichsstelle für Steine und Erden errichtet. Das machte wiederum eine Neuabgrenzung der Zuständigkeit der einzelnen Reichsstellen erforderlich.

Zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung wurde durch Verordnung vom 3. September (RWB. I, S. 1607) eine Reichsstelle für Elektrizitätswirtschaft (Reichslastverteiler) mit dem Sitz in Berlin gebildet. Die Reichsstelle kann die Abgabe der zur Verfügung stehenden elektrischen Energie an die Verbraucher nach dem Grad der Dringlichkeit regeln, ferner Verbraucher vom Strombezug dauernd oder vorübergehend ausschließen und schließlich alle Maßnahmen treffen, die die Aufrechterhaltung der Energieversorgung der wichtigen Verbraucher sicherstellen.

Zur Gewährleistung des kriegswirtschaftlichen Produktionsprogramms auf den verschiedensten Gebieten erhielt der Reichswirtschaftsminister durch eine „Verordnung über Gemeinschaftswerke in der gewerblichen Wirtschaft“ vom 4. September (RWB. I, S. 1621) die Möglichkeit, zur Durchführung von Gemeinschaftsaufgaben Zusammenschlüsse von Unternehmungen (Gemeinschaftswerke) zu bilden. Den Mitgliedern solcher Zusammenschlüsse können Verpflichtungen über ihre Betätigung im Rahmen des Gemeinschaftswerks auferlegt werden. Die Verpflichtungen können verschieden sein; einzelnen Mitgliedern kann die Betätigung vorübergehend oder dauernd auch ganz untersagt werden. In diesem Fall wird unter Ausschluß des Rechtsweges eine Entschädigung gewährt, über deren Aufbringung der Reichswirtschaftsminister Bestimmungen trifft.

Umstellung des Verkehrswezens: Die hohen Anforderungen der Kriegswirtschaft an das Verkehrswezen traten bereits Ende August in Erscheinung. Die Deutsche Reichsbahn nahm Beschränkungen im Personenzugdienst und in der Güterannahme vor, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln wurden durch Fahrplanfürzungen eine Reihe von Linien eingestellt und der Straßenverkehr schließlich vom nichtlebenwichtigen Kraftverkehr weitgehend entlastet. Der Reichsverkehrsminister beauftragte am 4. September mit dem Ausgleich der für den zivilen Straßenverkehr verbliebenen Verkehrsmittel in jedem Wehrkreisbezirk bei den Mittelbehörden der inneren Verwaltung einen „Bevollmächtigten für den Nahverkehr“. Bei den Oberbürgermeistern und Landräten wurden zum gleichen Zweck „Fahrbereitschaftsleiter“ eingesetzt. Die Bevollmächtigten für den Nahverkehr und die Fahrbereitschaftsleiter haben die Aufgabe, die Durchführung der notwendigen Personen- und Gütertransporte im Straßenverkehr sicherzustellen. Sie können hierzu alle Straßenverkehrsmittel auf Grund ihrer gesetzlichen Befugnisse in Anspruch nehmen. — Zur Befriedigung des großen Laderaumbedarfs im Güterfrachtverkehr wurde durch den Reichsverkehrsminister eine verstärkte Ausnutzung der Kraftfahrzeuge zugelassen.

Eine erhebliche Einschränkung erfuhr der Verkehr mit Kraftfahrzeugen durch eine Verordnung des Reichsverkehrsministers über die Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen vom 6. September (RGBl. I, S. 1698), nach der mit Wirkung vom 20. September 1939 nur noch Kraftfahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen WH, WM, WL, RP, DR, Pol, SS sowie besonders gekennzeichnete Kraftfahrzeuge (mit einem roten Winkel) benutzt werden dürfen.

Sicherung der Versorgungslage: Durch einen rechtzeitigen umfangreichen Einsatz der notwendigen Hilfskräfte konnte die Getreideernte in Deutschland bis zum Beginn des Monats September fast reiflos eingebracht werden. Der Reichsnährstand erließ Anfang September genaue Richtlinien an alle Bauern und Landwirte, welche Arbeiten nunmehr vordringlich sind und welche Erfordernisse an jeden gestellt werden. Das Ziel war im Hinblick auf die Einbringung der Getreideernte und die Herbstbestellung, die Gemeinschaftsarbeit noch stärker zu aktivieren. Reichsminister Darre wandte sich daher in einem *Aufruf* an alle Volksgenossen, soweit sie hierzu in der Lage sind, dem deutschen Landvolk in den Tagen der Getreideernte, der überaus wichtigen Herbstbestellung und des Getreidedrusches zu helfen, um damit eine entscheidende Tat im Dienste der Landesverteidigung zu leisten.

Durch eine Reihe von Verordnungen vom 7. September (RGBl. I, S. 1719 ff.) wurde durch den Reichsernährungsminister die öffentliche Bewirtschaftung für folgende landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt: Milch, Milcherzeugnisse, Ole und Fette, für Tiere und tierische Erzeugnisse, für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse, ferner für Eier und Eierzeugnisse, für Brotausschmitten, Speisewiebeln und Gewürze, für Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse, für Zuckerrüben, Zucker und sonstige Erzeugnisse aus Zuckerrüben, für Rohkaffee und Süßwaren und schließlich für die Regelung der Versorgung mit Fischen und Fischwaren. Diese Verordnungen bildeten die Grundlage der mit Wirkung vom 25. September neu ausgegebenen *Bezugscheine*, die eine wesentliche Umstellung und Erweiterung des bisherigen Systems darstellten. Es wurden eingeführt: die Reichsbrotkarte, die Lebensmittelkarte, die Reichsfleischkarte, die Reichsmilchkarte, die Reichsfettkarte und die Reichskarte für Marmelade und Zucker.

Weitere Änderungen in der Bezugspflicht ergaben sich ebenfalls aus den praktischen Erfahrungen der ersten Wochen. So konnte die Bezugspflicht für Arbeits- und Berufskleidung auf dem Gebiet der Spinnstoffwirtschaft aufgehoben werden. Weiterhin wurde die Bezugspflicht für Leder zur Beschaffung von Schuhen ebenfalls aufgehoben.

Maßnahmen im Handelsrecht: Der Ministerrat für die Reichsverteidigung erließ eine *Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Rechts der Handelsgesellschaften und der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* vom 4. September 1939 (RGBl. I, S. 1694), nach der gewisse zur Zeit noch geltende Erleichterungs- und Übergangsbestimmungen in Kraft bleiben. So werden die Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital unter 100 000 RM noch weiter bestehen, die an sich am 31. Dezember 1940 aufgelöst worden wären. Ferner brauchen in Zukunft die Namen der Vorstandsmitglieder und des Vorsitzers des Aufsichtsrats auf den Geschäftsbriefen nicht mehr angegeben zu werden. Bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung kann das Registergericht auf Antrag alle gesetzlichen oder satzungsgemäßen Fristen für Entlastung, Jahresabschluss, Geschäftsbericht usw. angemessen verlängern. Das bisher auf 15 Monate befristete Stimmrecht der Banken für Depotaktien wird unbefristet, die Ermächtigung zu seiner Ausübung bleibt aber jederzeit widerruflich. Eine erleichterte Vertreterbestellung für die Gesellschaftsversammlung bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung und bei den Genossenschaften wurde neu geschaffen.

Umstellung des Außenhandels: Die Abdrosselung des überseeischen Außenhandels durch die englische Blockade erforderte eine Umstellung auf andere Bezugs- und Absatzländer. Im Gegensatz zum Weltkrieg ergaben sich jedoch wesentlich andere Möglichkeiten, da die Blockade der Westmächte nur von Basel bis Dänemark wirksam sein kann. Die Schifffahrt in der Ostsee und damit der Verkehr nach

den nordischen und baltischen Ländern konnte unter deutschem Schutz aufrechterhalten bleiben. Die deutschen Ostseelinien werden ihre Dienste wesentlich verstärken. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den südosteuropäischen Ländern werden eine weitere Intensivierung erfahren. Dazu kommen die Auswirkungen des neuen Wirtschaftsvertrages mit der Sowjetunion sowie die intensivere Ausnutzung der Bodenschätze in den eroberten polnischen Gebieten. Die für die nordischen Länder nach der Drosselung der englischen Kohlenausfuhr bedeutungsvoll gewordene Einfuhr von Kohlen aus Deutschland wird durch die in den neugewonnenen Gebieten geförderten Kohlen sichergestellt werden. Damit kann für den deutschen Export in verstärktem Maße eine gesicherte Grundlage geschaffen werden, wie sie bei der Bedeutung einer weiteren Einfuhr von lebenswichtigen Gütern notwendig ist. Der von England aufgenommene Wirtschaftskrieg wird sich auf diese Weise als unwirksam erweisen.

Wirtschaftsfragen des Auslandes: Die Umstellung auf die Kriegswirtschaft, die sich in Deutschland fast reibungslos vollzog, verursachte im Wirtschaftsgefüge der beiden westlichen Demokratien, die sich im Konflikt mit Deutschland befinden, nicht unwesentliche Erschütterungen. So mußten sich sowohl England als auch Frankreich zu Maßnahmen bequemen, die früher als mit den liberalistischen Grundsätzen ihrer Wirtschaft unvereinbar schärfstens abgelehnt wurden. Die Kontrolle des Außenhandels, die Devisenbewirtschaftung sowie Fragen der Sicherstellung der Versorgungslage mußten schnellstens in Angriff genommen und durchgeführt werden. Naturgemäß waren wie bei jeder überstürzten und wenig vorbereiteten Umstellung starke Anfangsschwierigkeiten zu verzeichnen, die von der Bevölkerung mit großer Unruhe und Erbitterung aufgenommen wurden.

Die neutralen Staaten, besonders aber Holland und Belgien, mußten ebenfalls zu wesentlichen Einschränkungs- und Überwachungsmaßnahmen greifen, um gegen die für sie verheerenden Auswirkungen des von England vom Zaun gebrochenen Wirtschaftskrieges gegen Deutschland gefeit zu sein. In der ersten Hälfte des Monats September wurden die Schwierigkeiten für die Staaten des D s l o - B l o c k immer größer, so daß sie auf einer zum 11. September nach Brüssel berufenen Konferenz gemeinsame Maßnahmen beschloßen. Inwieweit dieses gemeinsame Vorgehen sich als wirksam gegen die fortlaufenden britischen Völkerrechtsbrüche erweisen wird, bleibt abzuwarten.

Dr. R.

1-2

BIBLIOTEKA • • • • •
UNIWERSYTECKA
010196/1939
• • • • • W TORUNIU •

